

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhält täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist Gebühre für 20 Pfg. (auf fünf 2-zeilige Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neuwahlen in Oesterreich.

II. Ein Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie.

Die politische Situation, aus der die Auflösung des Abgeordnetenhauses erfolgte, und die Stimmung, in welcher die Neuwahlen eingeleitet wurden, zeigen eine unverkennbare Nechtschaffenheit mit den berüchtigten Gottenkottenwahlen des Jahres 1907. Wie damals Bülow, so hat nun Wienert in Oesterreich die Lösung ausgegeben: Sammlung aller Bürgerlichen, der Staatsparteien gegen die oppositionelle Sozialdemokratie! Und was damals der Zweck der „Uebung“ war, die Schaffung des konservativ-liberalen Blocks (der später freilich in sein Gegenteil umschlug), das wird auch in Oesterreich, wenigstens soweit die Deutschen in Betracht kommen, von der Regierung heiß ersehnt: das Zusammenziehen und Sineinanderaufgeben der Christlichsozialen und der Freiheitlichen, der zwei Parteien des deutschen Bürgertums, die man bisher als zwei einander entgegengesetzte Weltanschauungen definieren wollte, zu einem immer inniger werdenden deutsch-bürgerlichen Block, der auf der einen Seite der Regierung treu dienen, auf der anderen seine Krallen gegen das Proletariat kehren soll. Während aber die Bülow'sche Mehrheit über die Finanzreform in die Brüche ging, soll die Wienert'sche Mehrheit auf die Steuerreform, die durch das Defizit im Staatshaushalt, das die wahnwitzigen Militärausgaben ja noch immer mehr müssen, unausbleiblich nötig werden muß, geradeaus dreschert werden. Der k. k. Staat, der mit der deutschen Bourgeoisie so oft in Fehde lag, schließt sie nun freudig ans Herz; und das deutsche Bürgertum, das gegen den nationslosen Staat nicht selten rebelliert, etabliert sich nun als stärkste Staatspartei: das ist Sinn und Unsinns des „Systems Wienert“. Und zur Befestigung dieses so holden Liebesbundes trägt nichts so bei, wie ein bißchen Sozialistenhaß, und also hat die Regierung die Lösung ausgegeben, und das Bürgertum, das sogenannte freiheitliche insbesondere, folgt ihr freudig und fröhlich nach. Soweit die Deutschen in Betracht kommen, ist der Zug nach rechts in Oesterreich unverkennbar.

Selbstverständlich hat jeder von den zum Feldzug wider die Sozialdemokratie Verbündeten seine besonderen Ausreden, und jeder denkt dabei auch seine Spezialbedürfnisse zu befriedigen. Der Regierung ist natürlich vor allem die rückfichtlose Opposition unangenehm, die dem Großmachtswahnsinn energisch an den Leib rückt und an deren kräftigen Widerstande die vom Selbbedere inspirierte imperialistische Politik, die sich in den wahnwitzigen Militärforderungen austobt, das größte Hindernis findet. Also ist es ihr heißer Wunsch, die Sozialdemokratie zu reduzieren und dem Regierungsblock neue Vorkämpfer zuzuführen. Aber darüber hinaus würde es „oben“ nur sehr angenehm empfunden werden, wenn von dem sozialdemokratischen Aufschwung, wie ihn der große Kampf um die Wahlreform und die letzten Neuwahlen geseitigt haben, Rennenswertes abgebrockelt werden könnte; die Scheinbare Begeisterung für die Demokratie, die in der Wahlreformzeit zwar mehr der Not entsprang, als dem eigenen Triebe, der es aber doch gelang, das Erfraunen Europas zu erragen, hat sich seither gründlich verflüchtigt; heute hätte man nichts dagegen, die Szene, die sich in der Januarnacht im Jahre 1907 in Berlin abspielte, in Oesterreich nachzuspielen, wie ja überhaupt unsere Zukunft nach Berliner Muster angefaßt werden soll. Das liebe „freiheitliche“ Bürgertum hat natürlich seiner Scharmacherei andere Vorwände geliehen, und natürlich soll es die „antikommunistische“ Haltung der Sozialdemokratie sein, wie die unausrottbare Dummheit lautet, die ihren Eifer nun beflüßelt. In Wahrheit nehmen wir in Oesterreich, und dies in allen Nationen, eine Umgestaltung der bürgerlichen Parteien zu einer immer ausdauernder werdenden Partei des Klassenkampfes aller Grade und Schattierungen, gegenüber den Arbeitern wahr: alle ideologischen Verbrämungen fallen ab, und die eine Partei des Kapitalismus, die Partei der Verhöhnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wird immer deutlicher sichtbar. Wohl gibt es auch in Oesterreich Gebiete, wo die Politik noch von dem überliefernten Gegenstande zwischen Liberalismus und Merkantilismus beherrscht wird; in den Alpenländern hat dieser Streit auch heute seine Bedeutung. Aber dort, wo das Proletariat die ausschlaggebende Macht geworden ist, in den industriellen Industrieländern, ist der Wahlkampf der aller Verhüllungen ledige Klassenkampf geworden. Dort geht in allen Wahlbezirken der Kampf ausschließlich zwischen dem Sozialdemokraten und dem Bürgerlichen, und daß dieser einmal der Vertreter des Großbürgertums (dann gewöhnlich ein Handlanger der Unternehmerrorganisation), ein anderes Mal der Repräsentant der Kleinbürger, also ein beschränkter Spieler ist, einmal ein brutaler Karrierer und das andere Mal gar der Kapitalistensnecht in der Arbeitermasse, einer von der famosen „Deutschen Arbeiterpartei“, die von den Unternehmern zu dem ausschließlichen Zwecke des Arbeiterverrats ins Leben gerufen ward, ändert an dem eigentlichen Inhalt des politischen Kampfes nichts, der nun in allen Industriegebieten der Partei der Arbeiter die Partei des Klassenkampfes der Besitzenden entgegenstellt. So räumt der Wahlkampf und die Wah mit allen Illusionen auf, vor

allem mit der, daß der geschichtliche Kampf des Proletariats, wenn er vielleicht durch opportunistische Reigungen und Schwächen „gemildert“ würde, auf Anziehungskraft innerhalb der bürgerlichen Welt rechnen darf. Oesterreich hat lange nicht wie ein klassisches Land der Klassenengegenseite ausgefallen, und doch hat es die Entwicklung dahin rasch gebracht, daß nun dort, wo die Industrie ihre scheidende und bindende Kraft bewährt hat, der politische Kampf ein deutlicher und bewußter Klassenkampf geworden ist. Alle gegen die Sozialdemokratie: Das ist die Parole dieser Wahl für das gesamte Bürgertum geworden!

Nach dem Höhegrad der ökonomischen Entwicklung ist die gleiche Erscheinung auch bei allen nichtdeutschen Nationen zu beobachten. Bei den Tschechen ist es sogar zu einem förmlichen Wahlkompromiß zwischen den Jungtschechen, der altbürgerlichen Partei, und den sogenannten Nationalsozialen, der Partei des nationalen Kleinbürgertums, gekommen, wonach es für alle städtischen Wahlbezirke in tschechischen Böhmen nur gemeinsame Kartellkandidaten geben wird. Aber hier kann die Untreue den eigenen Herrn schlagen, und das unmoralische Kompromiß, das die bürgerlichen Wähler auftritten soll, wird sie vielleicht eher mit Widerwillen erfüllen und zur Wahlabsitzung führen. In minderm Grade ist die bürgerliche Sammlung auch bei Polen, Italienern, Ruthenen wahrnehmbar, und so werden diese Wahlen, bei denen die Sozialdemokratie in allen Nationen auf die eigene Kraft angewiesen sein wird und die Legende von den Mitläufern verschwindet, ein wahrer Maßstab für die Größe und die Kraft unserer Partei werden.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

Soeben ist der siebente Bericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen erschienen, der über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in den 20 der angeschlossenen Länder Auskunft gibt. Das etwas verspätete Erscheinen erklärt sich daraus, daß auch diesmal einige Landeszentralen recht lange auf ihren Bericht warten ließen; so lief der Rest des Berichtes erst Februar, der französische gar erst im März d. J. ein. Einige Berichte sind in ihren statistischen Angaben auch nicht ganz lückenlos; einzelne Länder, darunter sogar England, können nicht einmal vollständige Angaben über die Mitgliederzahlen machen. Die Länder, wo straffe Zentralisationen vorhanden sind, sind naturgemäß in der Lage, auch die vollständigsten Zahlen zu liefern.

Im übrigen haben aber alle angeschlossenen Länder Berichte eingesandt. Zum ersten Male erscheint auch aus Rumänien ein Bericht. Dagegen konnten über Rußland zahlenmäßige Angaben nicht beschafft werden, da dort die Verfolgungswut selbst die „legalen“ Vereinigungen zu einer engeren Verbindung nicht kommen läßt. Die Verbindung mit der Türkei und Argentinien ist über gelegentliche Korrespondenzen noch nicht hinausgekommen. Auch Australien ist noch nicht angeschlossen, da es dort noch immer an einer Zentralinstanz fehlt. Wie aber aus einem beigefügten Bericht des Sekretärs vom Gewerkschaftskartell in Carlton (Victoria) hervorgeht, haben die Gewerkschaften der australischen Bundesstaaten in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Dem Gewerkschaftskartell zu Carlton gehören zurzeit 94 Gewerkschaften an, in denen 40 festangestellte Sekretäre tätig sind.

Was die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter anlangt, so hat Deutschland das hierin bisher dominierende England überflügelt! Zu den untenstehenden englischen Zahlen ist allerdings zu bemerken, daß diese sich auf das Jahr 1908 beziehen, da dort die amtliche Feststellung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur alle zwei Jahre erfolgt.

Der Mitgliederzahl nach ergibt sich für die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder die folgende Reihenfolge (die Mitgliederzahl des Jahres 1908 ist in Klammern beigefügt): Deutschland 2 447 578 (2 382 401), England 2 406 746 (2 406 746), Vereinigte Staaten 1 710 433 (1 588 000), Frankreich 977 350 (294 918), Italien 783 539 (546 650), Oesterreich 455 401 (428 270), Schweden 148 649 (210 000), Niederlande 145 000 (129 845), Belgien 138 928 (147 058), Dänemark 121 295 (120 850), Schweiz 112 613 (113 800), Ungarn 62 286 (102 054), Norwegen 44 223 (48 157), Spanien 40 984 (44 912), Finnland 24 028 (24 009), Bulgarien 18 753 (12 933), Rumänien 8516 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3238), Kroatien 4361 (4520). Für Frankreich war im Vorjahre nur die Mitgliederzahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften angegeben, während diesmal die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund des Berichtes des Statistischen Amtes eingestellt ist. Für Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten konnte mangels anderer Angaben nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, welche der Landeszentrale angehören, eingestellt werden. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Ländern zum Teil erheblich höher. Für alle 20 im Internationalen Sekretariat vertretenen Länder weist die Tabelle insgesamt 9 583 493 (8 609 843) Gewerkschaftsmitglieder aus; dazu kämen noch Australien, das Ende 1908: 230 293 (1907: 213 321) gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählte, und Argentinien mit 22 457 (1908: 28 625) Gewerkschaftsmitgliedern, so daß die im Vorjahre mitgeteilte Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die allerdings Rumänien und Argentinien nicht umfaßte, sich von 9 309 157 für 1909 auf 9 845 243 erhöht.

Inzwischen haben in den meisten Ländern die Gewerkschaften schon wieder bedeutend zugenommen, so daß man nicht fehlgehen wird, wenn man das Meer der organisierten Arbeiter in den Kulturländern gegenwärtig auf zehn Millionen schätzt.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften haben nur 15 Länder mit einer Gesamtmitgliederzahl von 6 692 283 (5 000 328 berichtet; es fehlen die Angaben für Frankreich, Belgien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten.

In den 15 (14) Ländern, welche Berichte lieferten, hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 132 253 228 Mk. (126 357 013 Mk.), eine Ausgabe von 117 639 115 Mk. (109 991 690 Mk.) sowie einen Kassenbestand von 182 938 115 Mk. (175 909 670 Mk.). Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 1 414 136 Mk. (1 401 279 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 22 193 888 Mk. (21 438 741 Mk.), Krankenunterstützung 20 844 473 Mk. (20 073 015 Mk.), Jubiläumunterstützung 7 379 120 Mk. (7 464 619 Mk.), Sterbegeld 3 566 075 Mk. (3 327 875 Mk.), sonstige Unterstützung 2 312 130 Mk. (2 784 211 Mk.); für diese Unterstützungen insgesamt 57 707 822 Mk. (56 579 740 Mk.)

Für Streiks und Aussperrungen wurden 1909 in 14 Ländern 26 627 902 Mk., 1908 in 11-Ländern 15 727 870 Mk., 1907 in ebenfalls 11 Ländern 19 601 413 Mk. ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Aussperrungen weist wiederum Deutschland mit 8 610 306 Mk. (8 814 894 Mk.) auf; dann folgt Schweden mit 5 128 250 Mk. (3 209 035 Mk.), England mit 2 667 260 Mk. (2 667 260 Mk.) und Oesterreich mit 1 573 938 Mk. (1 212 102 Mk.).

Gaß in keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung eine ganz einheitliche; meist bestehen neben der Landeszentrale, welche dem Internationalen Sekretariat angeschlossen ist, noch Gewerkschaften anderer Richtung. In Deutschland zählen die christlichen Gewerkschaften mit 270 751 Mitgliedern, auf die Christ-Dunkerschen entfallen 108 028.

Auf die Einzelberichte der verschiedenen Länder des näheren einzugehen, dürfen wir wohl unterlassen, umso mehr, als über die bedeutungsvolleren Vorkommnisse seinerzeit doch schon berichtet worden ist.

Im ganzen zeugt auch dieser statistische Band von 247 Seiten noch mehr wie seine Vorgänger von einer gewaltigen Bewegung, von Kraft und Energie, von dem starken Willen der Arbeiterklasse, sich die ihr gebührende Anerkennung zu erzwingen. Keine Macht der Erde vermag den Aufstieg der Arbeiter zu den lichtereren Höhen der Menschheit dauernd zu hindern.

Eindrücke statt Beweise.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Wie windig es mit dem Material bestellt war, das den „sozialdemokratischen Terrorismus“ in den Krankenkassen dazum sollte, hat sich hier an einem hübschen Beispiel herausgestellt.

Ministerialdirektor Caspar ließ vor einiger Zeit bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages die Bemerkung fallen, daß ihm von zahlreichen Stadtverwaltungen, darunter auch vom Braunschweiger Magistrat, Berichte zugegangen seien, nach denen die Arbeitnehmer ihren Einfluß benutzten, um sozialdemokratische Gesinnungsgenossen in den Krankenkassenposten unterzubringen und andersgestimmte Angestellte zu verdrängen.

Darauf gaben die Gesamtvorstände aller braunschweigischen Krankenkassen (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eine Erklärung ab, deren Sinn die Behauptung des Magistrats als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnete. Inzwischen hat auch die „Freie Vereinigung von Ortskrankenkassen des Herzogtums Braunschweig“ gegen die Berichterstattung des Magistrats protestiert und folgende Erklärung abgegeben:

Einmütig wird das Vorgehen des Magistrats in der Ausnahmestellung an das Reichsamt des Innern hart beurteilt und dem Magistrat das Recht abgeprochen, sich um Privatangelegenheiten — soweit sie nicht gegen das Gesetz verstoßen — der in den ihm unterstellten Ortskrankenkassen beschäftigten Personen zu bekümmern. Nach wie vor werden die Vorstände bei Neuanstellungen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit ihre Entscheidung treffen, sind auch gleichzeitig der Ansicht, daß bei mehr als 14 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten in der Stadt Braunschweig, die in der Hauptrolle den hiesigen Ortskrankenkassen als Mitglieder angehören, gar keine Ursache vorliegt, diesen Personen gewissenmaßen das Recht zur Bekleidung von Stellen in Krankenkassen abzusperrern. Die Vorstände weisen jedenfalls eine derartige Zumutung entschieden zurück. Worauf es ankommt, ist die Tatsache, daß während der Erledigung von Dienstgeschäften die Gesinnung des betreffenden Beamten niemals bemerkt ist und auch für die Folge wahrzunehmen sein wird. Die vom Magistrat angefertigten Ermittlungen über die Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit der Beamten können nicht als maßgebend betrachtet werden, als sie nicht amtlich erhoben worden sind. Als amtlich können nur die Auskünfte angesehen werden, die zwischen Magistrat und jeweiligem Vorstand der betreffenden Kasse gepflogen worden sind. Alle anderen Feststellungen führen zu Neuierungen und Schläffen, die auf Nichtigkeit keinen Anspruch erheben dürfen. Inwiefern dieser Standpunkt richtig ist, geht daraus hervor, daß in der Ortskrankenkasse für das Handelsgewerbe nicht vier, sondern fünf besoldete Beamte tätig sind, wie auch dem jetzigen Vorstand in der Ortskrankenkasse für Metallarbeiter nichts davon bekannt ist, daß bei wichtigen Abstimmungen die Arbeitgebervertreter von den sozialdemokratisch gestimmten Arbeitnehmervertretern überstimmt worden seien; vielmehr sind bis heute alle Beschlüsse tiefeneinschneidender Natur einmütig gefaßt.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung war die Berichterstattung des Magistrats zur Sprache gebracht worden. Da-

Bei stellte sich heraus, daß auf eine amtliche Anfrage des Reichsversicherungsamtes der Magistrat berichtet hatte, besondere Mißstände seien ihm bei den ihm unterstellten Krankenkassen nicht bekannt geworden, aber er habe den Eindruck gewonnen, daß in Braunschweig die Arbeitnehmer ihren Einfluß benutzten, sozialdemokratische Gesinnungsgenossen in die besoldeten Krankenkassenposten zu bringen und andersgeartete Angestellte daraus zu entfernen. Im Reichstage habe Ministerialdirektor Caspar den Vordruck verschwiegen und nur den Nachsatz angeführt.

Als nun die sozialdemokratischen Stadtverordneten wissen wollten, wie denn der Magistrat zu seinem Eindruck gekommen sei, wußte dieser nicht mehr zu sagen, als daß er ermittelt hätte, daß in der Krankenkasse für das Handelsgewerbe von drei vier Beamten zwei politisch und gewerkschaftlich organisiert seien. Von der Metallarbeiterkrankenkasse habe der Magistrat auch den Eindruck, daß Sozialdemokraten bei der Besetzung der besoldeten Stellen bevorzugt würden, aber die Ermittlungen seien erfolglos geblieben.

Das also war das Material, das den sozialdemokratischen Terrorismus in den braunschweigischen Krankenkassen beweisen sollte und das Ministerialdirektor Caspar dem Reichstage als Beweismaterial auszugeben sich nicht scheute. Das schönste aber ist die Art, wie sich der Magistrat seine Eindrücke verschaffte. Er wandte sich an die Polizei und diese beauftragte ihren Spezialisten in Arbeiterbeschneidung, einen Oberwachmeister Schulze, mit der Ermittlung. Schulze berichtete dann, daß er den Eindruck habe, daß die Sozialdemokraten bevorzugt würden usw. Dieser persönliche, subjektive Eindruck eines subalternen Polizisten war das ganze Material, das man dem Reichstage als Tatsachenbeweis anzuführen wagte.

Man hätte nun annehmen sollen, daß die braunschweigische Regierung beschämt schweigen würde, aber das tat sie nicht, sie ließ am Montag durch den Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Boden im Reichstage eine Erklärung abgeben, die die Handlungsweise des Magistrats rechtfertigen sollte. Der Magistrat hätte ja sein Urteil nur in der Form von Eindrücken abgegeben. Diese Eindrücke aber hatte er aufrecht.

Herr Boden scheint gar nicht geflüßt zu haben, was er damit sagte. Eine Aufsichtsbehörde soll einem Reichsamt über Mißstände in den Krankenkassen berichten. Mißstände sind nicht bekannt geworden, um aber doch im gewöhnlichsten Sinne zu berichten, macht sie sich die subjektiven, aus der Luft gegriffenen Eindrücke eines Polizisten zu eigen. Und ein Bundesratsbevollmächtigter hat den Mut, ein ledigliches auf Eindrücken ruhendes Urteil zu verteidigen.

Man muß sich dieses Beispiel wohl merken, wenn der Reichsverband mit Flugblättern kommt, in denen behauptet wird, der sozialdemokratische Terrorismus in den Krankenkassen habe die Aufhebung der Selbstverwaltung notwendig gemacht.

Die Osborne-Vorlage.

London, 31. Mai. (Fig. Ver.)

Der zweiten Lesung der Osbornevorlage wurde im Unterhause ein sehr kühler Empfang bereitet. Die Regierung weiß, daß ihre Vorlage den Gewerkschaften nur ein elendes Surrerogat bietet; ihre Wortführer bemühten sich daher, in einem recht versöhnlichen Tone zu reden und den Gewerkschaften Kränklichkeiten zu jagen. Der Minister Churchill ging sogar so weit, den konservativen Richtern, die die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren heftig angegriffen haben, Parteilichkeit vorzuwerfen, was auf den konservativen Wänden zu einem großen Tumult Anlaß gab.

Er vergaß natürlich zu erwähnen, daß liberale Richter im Verein mit konservativen Richtern das berühmte Klassenurteil zugunsten Herrn Osbornes und seiner Hintermänner gefällt haben. Aber die Freundschaftsbetuerungen der Regierung machten auf die Arbeiterparteier keinen merklichen Eindruck. Sie erklärten sich bereit, für die zweite Lesung der Vorlage zu stimmen, da sie glaubten, die Vorlage in der Komiteeberatung in einer Weise umgestalten zu können, daß den Gewerkschaften ihre früheren politischen Rechte wiedergegeben werden.

Es ist aber sehr schwierig anzugeben, auf welche Weise ein Kompromiß zwischen der Regierung und der Arbeiterpartei herbeigeführt werden könnte. Die Arbeiterpartei verlangt die gänzlich Umstufung des Osborneurteils und die Einziehung der Gewerkschaften in ihre alten Rechte. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften nicht allein berufliche Interessen zu vertreten, sondern auch politische Aufgaben zu erfüllen haben. Man kann diese Anschauung über das Wesen der Gewerkschaften teilen oder verwerfen; eine Mittelstellung läßt sich schwer einnehmen, wenn man logisch bleiben will. Aber gerade diese Mittelstellung hat die englische Regierung gewählt. Sie erkennt das Recht der Gewerkschaften, sich politisch zu betätigen, an, will aber den Gewerkschaften als politischen Körperschaften nicht dieselbe Autonomie zugestehen, die diese Organisationen als berufliche Vereinigungen genießen. Als berufliche Vereinigungen haben die Gewerkschaften das Recht, die Minderheit der Mitglieder zur Beobachtung der von der Mehrheit gefassten Beschlüsse anzuhalten, so verwerflich der Minderheit die Beschlüsse auch vorkommen mögen. Als politische Organisationen sollen die Gewerkschaften dieses Recht nicht besitzen. Die Osbornebill legt diesen Grundsat in der Weise fest, daß sie bestimmt: Gewerkschaften können sich politisch betätigen, müssen aber zu diesem Zwecke einen besonderen Fonds schaffen, für den kein Mitglied, das sich weigert zu zahlen, Beiträge zu entrichten braucht. Die Mehrheit der stimmenden Mitglieder einer Gewerkschaft kann nach dieser Vorlage zum Beispiel beschließen, einen politischen Fonds anzulegen; alsdann werden sich nicht allein die Minderheit und die indifferenten Mitglieder, sondern auch die Mitglieder der Mehrheit der Zahlung des beschlossenen Beitrags entziehen können. In der Praxis würde diese Bestimmung das zugestandene Recht zur politischen Betätigung illusorisch machen. Denn die Zahl der organisierten Arbeiter Großbritannien, die sich mit Eifer in den politischen Kampf ihrer Klasse werfen, ist doch noch sehr gering. Die Abstimmungen der Gewerkschaften über politische Fragen zeigen dies deutlich. So beteiligten sich zum Beispiel vor einigen Jahren von den 107 000 Mitgliedern der Gewerkschaft der Maschinenbauer nur 7166 Mitglieder an einer Abstimmung, die die Sammlung eines politischen Fonds zum Zweck verfolgte. Gewiß muß in Betracht gezogen werden, daß die jugendlichen Mitglieder, die Mitglieder, die die Gewerkschaft in anderen Ländern besitzt und manche andere bei dieser Gelegenheit nicht stimmen konnten; aber selbst wenn man alles

Dies berücksichtigt, kann man nicht zu der Überzeugung gelangen, daß sich die Maschinenbauer, die doch zu den intelligentesten Schichten des Proletariats gehören, sich lebhaft für die selbständige politische Vertretung der Arbeiterklasse interessieren. Unter diesen Umständen wird es jedermann einleuchten, daß die Regierungsvorlage wenig geeignet ist, die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen, in die das Osborneurteil die Arbeiterpartei gestürzt hat.

Ein weiterer Mangel der Vorlage ist das Fehlen einer Bestimmung, die das Gesetz rückwirkend macht. Durch die gegen die Gewerkschaften auf Grund des Osborneurteils erlassenen Inhibitionsbefehle sind große Summen, die für politische Zwecke gesammelt worden waren, lahmgelegt worden. Gelingt es nicht, diese Summen frei zu machen, so scheint das Unternehmen, die Finanzen der Arbeiterpartei in Ordnung zu bringen, fast hoffnungslos. Vielleicht hält die Regierung mit diesem Trumpf zurück, um die Arbeiterpartei schließlich zur Annahme ihrer Vorlage zu bewegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni 1911.

Der Flottenrummel zu verfrüht!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat binnen 48 Stunden eine sonderbare Schwankung vollzogen. Nachdem sie erst die Resolution des Flottenvereins, die den Bau von sechs neuen großen Kreuzern gefordert hatte, als befreiende Tat gepriesen, veröffentlicht sie jetzt eine ihr von „geschätzter Seite“ zugegangene Zuschrift, die also lautet:

„Unbeschadet des sachlichen Gewichtes, das die Ausführungen des Großadmirals von Koester über den Kreuzerbau haben, muß doch folgendes festgehalten werden: Wenn auch die vom Deutschen Flottenverein aufgestellte Forderung sich äußerlich im Rahmen des Flottengesetzes hält, so darf nicht übersehen werden, daß seit dem Beginne der Dreadnoughtperiode die Kampfkraft der großen Schiffe in einer Weise verstärkt worden ist, daß wir es tatsächlich mit ganz anderen Objekten zu tun haben, als sie seinerzeit im Flottengesetz vorgesehen waren. Seitdem hat jedenfalls auch die Qualität der Schiffe gegenüber ihrer Zahl die größere Bedeutung erlangt; und naturgemäß ist auch die Rückwirkung dieser technischen Veränderung auf die finanzielle Seite des Flottenausbauens eine außerordentlich große. Wenn ferner gesagt wurde, daß die Regierung die sachlichen Ausführungen des Großadmirals von Koester als richtig anerkennen werde, so hat doch andererseits der Staatssekretär des Reichsmarineamts auf das deutlichste zu erkennen gegeben, daß er die gegenwärtigen Dispositionen unseres Flottenausbauens für ausreichend hält. Das ist offenbar mit Rücksicht auf die eben angeführten Gesichtspunkte geschehen.“

Aber nicht genug damit. Das Viertelorgan sagt oben drein zu dieser Zuschrift: „Mit diesen Darlegungen können wir uns durchaus einverstanden erklären.“ Ein rascherer Stimmungsumschlag ist wohl noch nicht in einem Blatte, das politisch ernst genommen werden will, dagewesen. Aber sicherlich erklärt sich dieser jähe Umschwung weniger aus über Nacht gefommener politischer Einsicht, als vielmehr aus dem Wunsche, die Karten nicht allzu früh aufzudecken und die Öffentlichkeit nicht noch vor den Reichstagswahlen durch die neuen Flottenprojekte zu beunruhigen! Nach den Reichstagswahlen kann man ja dann eine neue Schwankung vollziehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird dann schon irgendeine Ausrede finden.

Auch Herr Erzberger wendet sich mit großer Schärfe gegen den Vorstoß des Flottenvereins. Er schreibt in der „Märk. Volkszeitung“:

„Das einem neuen Flottengesetz mit diesen vermehrten Erfordernissen der Einwand: Schraube ohne Ende entgegengehalten werden kann, liegt auf der Hand. Vermehrte Schiffsdauern müssen obendrein die ruhige internationale Entwicklung führen und gerade heute sind sie eine Gefahr für den Weltfrieden, keine erhöhte Sicherheit desselben. Warum? Duhendmal hat unsere Regierung gegenüber englischen Stimmen erklärt, daß unser Flottenbauprogramm vor aller Welt offen liegt, daß wir nichts verheimlichen und daß wir uns genau an dieses Programm hielten, es enthalte die für uns erforderliche Risikoprämie gegen fremde Angriffe; nur zu unserem Schutze und Unbedürfnis um fremde Rüstungen sei das ganze Geschick aufgestellt. So beginnen sich die Wogen in England zu glätten; aber allseitig sagt man sich in dem Inselreiche: Das Jahr 1912 wird der Prüfstein für die deutschen Worte sein; da müssen die Deutschen weniger bauen, wenn sie ihre Friedensworte wahr machen wollen. Die ruhig denkenden Engländer redeten ihrem Volke zu, daß es Deutschland Glauben schenken solle. Das Minimum der Flottenverein mit einer ganz ungläublichen politischen Tollpatschigkeit. Er erschüttert durch seine Resolution den Glauben an das gegebene deutsche Wort und erschwert so die gesamte internationale Lage. Wer auf ein gutes Verhältnis zu England nur ein wenig Wert legt, muß daher sagen, daß der Flottenverein trotz des Rahmens von Protektoren und Seeroffizieren ein rein privater Verein ist, und wenn Herr von Tirpitz mit hörbarem Rud jetzt vom Flottenverein weiter abreden würde, wäre dies der beste erneute Beweismachweis für seine diplomatischen Fähigkeiten. Nicht solche Rücksicht oder Schwäche diktiert diese Worte, sondern das Bestreben, daß man im Ausland dem deutschen Wort glauben und vertrauen darf.“

Herrn Erzbergers Argumente sind so dutzschlagend, daß es ganz undenkbar sein sollte, daß das Zentrum für die Pläne des Flottenvereins zu gewinnen wäre. Aber Herr Erzberger hat ja schon gegen so manches gewettert, was das Zentrum nachher doch getan hat. Man braucht sich nur an die famosen Erzbergerischen Wahlbrotschüren zu erinnern, in denen er gegen jede neue indirekte Steuer donnerte. Und als es zum Klappen kam, machte das Zentrum mit den Konservativen zusammen die skandalöse Reichsfinanzreform des Schnapsblocks! Die Kriegserklärung des Herrn Erzberger bietet also nicht die geringste Gewähr für das spätere Festbleiben des Zentrums. Immerhin verdienen sowohl seine Andeutungen als auch die der „Deutschen Tageszeitung“ dem Gedächtnis eingepträgt zu werden, um sie später mit den Taten des Schnapsblocks vergleichen zu können!

Das konservativ-freisinnige Stichwahlabkommen.

Das „Verl. Tagebl.“ bedauert nochmals das in Raumburg-Wilhelmsfeld getroffene Stichwahlabkommen zwischen Freisinnigen und Konservativen, bemerkt jedoch dem „Vorwärts“ gegenüber, daß aus diesem an sich bedauerlichen Vorkommnis nicht ohne weiteres ein Rückschlag auf die Haltung der fortschrittlichen Volkspartei gezogen werden könne. Wir möchten demgegenüber das „Verl. Tagebl.“ darauf aufmerksam machen, daß gerade im Regierungsbezirk Merseburg sowohl bei der letzten als auch bei den früheren Wahlen der Freisinn ganz allein den höchsten Grad von politischer Charakterlosigkeit bewiesen hat. So wurde 1903 in Wittenberg-Delitzsch durch die Unterstützung

des Freisinn der Wahlkreis an den Reichsparteiler ausgeteilt. Im Jahre 1907 verzichtete der Freisinn, der 1903 6388 Stimmen erhalten hatte, von vornherein auf jede Sonderkandidatur zugunsten eines nationalliberalen Kandidaten.

Diese liberalen Stimmen gingen dann bei der Stichwahl vollständig auf den Reichsparteiler über! Im Wahlkreis Querfurt-Merseburg stimmten bei der Stichwahl 6000 Freisinnige für den konservativen Kandidaten! In beiden Kreisen wäre der Sozialdemokrat gewählt worden, wenn der Freisinn sich nicht zur Reaktion geschlagen hätte!

Nicht nur in Weissenfels-Zeitz, sondern auch in den beiden genannten Wahlkreisen, sowie in Sangerhausen-Cartersberge wäre also bei den nächsten Wahlen der Reaktion die Niederlage sicher, wenn der Freisinn nicht wiederum jämmerlichen Verrat übte. Alle wirklich freisinnigen Kreise würden sich deshalb ein Verdienst erwerben, wenn sie mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit rechtzeitig gegen dergleichen konservativ-freisinnige Schachermacher Protest erhoben!

Ironie.

Herr Professor v. Nitz, der verdiente Gelehrte, der in der Dubrowski-Debatte im Abgeordnetenhaus durch seinen ungläubigen Optimismus den Freisinn so arg kompromittiert hatte, soll nun nach einer Mitteilung der „Liberalen Korrespondenz“ in einer Charlottenburger Versammlung erklärt haben, daß er seinen Dank an den Minister „ironisch“ gemeint habe. Selbst das „Verl. Tagebl.“ kann sich der Bemerkung nicht enthalten, daß aus dem Parlamentsbericht der ironische Charakter der Rede nicht zu erkennen wäre. Wir können hinzufügen, daß schwerlich auch nur ein einziger Abgeordneter, der Ohrenzeuge dieser Dankergüsse war, die ironische Absicht des Herrn Professors gemerkt hat. Wer denkt nicht vielmehr bei der nachträglichen Erklärung des Herrn von Nitz an die Worte Heines: „Ehemals, liebes Kind, wenn jemand eine Dummheit beging, was war da zu tun? Das Gefährliche konnte nicht ungeschehen gemacht werden und die Leute sagten: der Kerl war ein Rindvieh. Das war unangenehm... Die Not war groß, bis endlich ein rückwirkendes Mittel erfunden ward, wodurch man jede Dummheit ungeschehen machen und zugleich in Weisheit umgestalten kann. Dieses Mittel ist ganz einfach und besteht darin, daß man erklärt man habe jene Dummheit bloß aus Ironie begangen und gesprochen.“

Immerhin ist es erfreulich, daß Herr Professor v. Nitz jetzt wenigstens eingesehen hat, daß sein Verhalten in der Dubrowski-Affäre einer nachträglichen Korrektur bedarf.

Unzufrieden mit der Reichsversicherungsordnung

Ist auch die württembergische Regierung. In der Zweiten Kammer erklärte am Donnerstag Minister v. Bischof bei der Beratung des Etats des Innern, die Organisation der Krankenkassen, wie sie schließlich vom Reichstage gestaltet wurde, habe die württembergische Regierung nicht befriedigt. Die Regierung sei davon ausgegangen, daß die Beiträge von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern halbiert würden. In dieser Stellungnahme habe sie die Ermäßigung bestimmt, daß sich ein großes Mißtrauen in weiten Kreisen geltend gemacht habe, da die überwiegenden Zweidrittel der Arbeitervertreter im Vorstände ihre Macht nicht ganz sachgemäß angewandt hätten. Deshalb habe die Regierung die Hälfte der Beiträge zurückgehört. Auch hätte er es für wünschenswert gehalten, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen; aber aus finanziellen Rücksichten sei dies unmöglich gewesen. — Den Beweis für die „nicht ganz sachgemäße“ Nachanwendung der Massenverbände ist Herr Bischof natürlich schuldig geblieben.

Gegen Fortführung der Sozialpolitik.

Das elende Nachwerk der Reichsversicherungsordnung soll jetzt gar noch als Vorwand dienen, künftighin der Sozialpolitik Halt zu kommandieren. In der „Magdeb. Zig.“ schreibt Herr Dr. Strefemann, der Unternehmerssekretär und nationalliberale Reichstagsabgeordnete, nachdem er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Herbst die Pensionsversicherung der Privatangestellten vom Reichstage noch erledigt werde:

„Man wird der deutschen Volkswirtschaft eine Spanne der Ruhe gönnen müssen, um sich in diese neuen sozialpolitischen Verhältnisse hineinzuleben, sie zu ertragen und sie zu überwinden, denn die Fortsetzungen, die durch diese Gesetzeswerke gestellt wurden, sind nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeitnehmer eine beträchtliche neue Last, die nun nicht ohne weiteres in sozialpolitischen Experimenten weiter fortgesetzt werden kann, ohne dieselbe auf beiden Seiten die Grenze des Erträglichen zu überschreiten.“

Also diese Spottreform, die selbst der dringendsten Verbesserungen entbehrt, soll auf lange hinaus der Schlüsselstein der Sozialpolitik sein! Und das sagt nicht einer der offenen Schatzmachers, sondern einer der „sozialpolitisch interessierten“ Nationalliberalen! Man wird sich für die Wahlen diese Abgabe an die Fortführung der Sozialreform wohl zu merken haben.

Eine Reichsverbands-Ente.

Die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ vom 21. Mai 1911 enthält u. a. einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein bemerkenswertes Zugeständnis“. Es wird darin behauptet, der deutschen Sozialdemokratie sei es „bekanntlich“ sehr peinlich, daß Deutschland in der sozialpolitischen Gesetzgebung allen übrigen Kulturstaaten weit voraus sei; damit sei ihr ein wirksames Agitationsmittel aus der Hand genommen. Aus diesem Grunde hätten die deutschen Genossen auf internationalen Kongressen die ausländischen Parteivertreter schon sehr oft aufgefordert, endlich ihre volle Kraft einzusetzen, um eine Deutschland ebenbürtige Sozialgesetzgebung zu erreichen. Dies Ziel werde von der Sozialdemokratie aber nicht etwa verfolgt, damit die arbeitende Bevölkerung in den ausländischen Staaten in den Genuss der Wohlthaten einer großzügigen Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung gelange, sondern nur — wie der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frähdorf, der Vorsitzende des Verbandes der Detraktanten Deutschlands, in einer Versammlung in Radeberg bei Dresden (s. „Leipz. Neue Post“ vom 9. August 1910) hervorgehoben habe — damit endlich im politischen Kampfe in Deutschland die ewigen günstigen Vergleiche mit diesen ausländischen Staaten ausgeschaltet werden könnten.“

So der Reichsverband. In Wahrheit hat Genosse Frähdorf selbstverständlich etwas ganz anderes gesagt. Genosse Frähdorf teilt uns dazu mit:

„Ich habe in meiner Radeberger Rede ausgesprochen: Es ist richtig, daß die Arbeiterversicherung in Deutschland einen größeren Umfang hat, als in anderen Ländern, in denen allerdings einige Zweige der Versicherung besser entwickelt sind als bei uns. Wir sind auch auf internationalen Arbeiterversicherungskongressen dafür eingetreten, daß man im Ausland schneller folge. „Dann hört auch bei uns der Einwand auf, daß wir mit Rücksicht auf das Ausland mit unserer Arbeiterversicherung nicht weiter gehen könnten.“

Ich habe die reichsverbandlerische Verdeckung schon im „Grenzblatt“ in Sednitz t. Sachlen bezichtigt wollen. Das Reichs-

Verbandsorgan „berga“ aber die Veröffentlichung der Verzichtung, und zu einer Klage erkläre ich die Sache nicht wichtig genug. Man ist wieder einmal noch berühmtem Muster verfahren: um die Partei und ihre Stellungnahme zur Arbeiterversicherung zu verdächtigen, wird eine nebensächliche Bemerkung herausgegriffen, entzerrt und gefälscht.

J. Fröhlich.

Zentrum und Strafrechtsreform.

Als kürzlich die „Kreuzzeitung“ das Verlangen äußerte, unser bishigen Pressfreiheit vollständig zu erschöpfen, da schrieb die „Köln. Volkszeitung“, daß sie es „durchaus billige“, daß, „wenn eben möglich, auch durch gesetzliche Maßnahmen der Schmähsucht in der Presse Fängel angelegt werden sollen“. Lebhafte Ansichten haben andere Zentrumsblätter geäußert. Die „Augsburger Postzeitung“ schrieb geradezu, daß sich die geplante Verschärfung gegen die Sozialdemokratie und ihre Presse richten solle. Die Zentrumsblätter haben die Kulturkampfzeit vergessen und aus Verfolgung sind Verfolger geworden.

Gegen die zimperliche Auffassung des „Tons“ in der Journalistik aber hat sich in den letzten Wochen zweimal der Berliner Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“ gewendet. In einem Artikel mit der Überschrift: „Zeitbetrachtungen“ meint der Berliner Mitarbeiter: „Wenn heute der große Wörs wieder aufstände und Artikel schreiben wollte, so würden diese von keiner Zeitung abgedruckt werden...“ Man würde ihm schreiben: „Der Abdruck Ihrer Arbeit ist schon wegen des Tones und der Darstellung absolut unmöglich.“ Heute liebe man, so schreibt der Berliner Mitarbeiter der „Köln. Volksztg.“ weiter, „den etwas blasierten Ton, keine Aufregung, keine mots sonores, keine leidenschaftliche Angriffe, vor allem aber keine Begeisterung“. Ebenso gedämpft sei heute die Form der Polemik. Es gebe sogar Zeitungen, die sich genieren, Worte, die Pathos, Temperament und Leidenschaft vertragen, zu gebrauchen. Geradezu jämmerlich sei die heutige politische Dichtung; es fehle „die martige Sprache, die in den Massen einschlägt wie ein Gewitter im Reiche der Natur“. Das alles komme von der „schwülen Atmosphäre“ und resignierter Stille, und der Verfasser kündigt an, daß dies in bewegten Zeiten anders werde.

Kun, solche bewegten Zeiten bestehen für eine Kampfpartei wie die Sozialdemokratie immerwährend. Sie kann die Kerikalen Volksfeinde nicht mit Glacé anlassen und den Junkern und Scharfmachern nicht in Smoking und Lackstiefeln entgegenreten. Im übrigen trifft es zu, was der nämliche Mitarbeiter der „Köln. Volksztg.“ bereits in deren Nummer 381 geschrieben hat: „Manche, die über Verletzung des politischen Tones klagen, schimpfen selbst am meisten und können nur nicht ertragen, wenn sie von anderen kritisiert werden.“ Wie sind indes nicht so naiv zu glauben, daß nun die Zentrumsblätter bezüglich der Verfolgung der sozialdemokratischen „Schmähsucht“ anderen Sinnes werden wird. Die Kerikalen werden ihren ostentativen Bloßbrütern auch dieses Opfer des Intellekts bringen.

Ein Vorurteilprozess

Beschäftigte kürzlich das Kriegsgericht in Köln. Angeklagt waren Leutnant Freiherr v. Capherr, Leutnant Freiherr Wild v. Hohenborn und Freiherr v. Wesslen, weil sie am 26. Juni 1900 in der Wohnung des Unteroffiziers Weith in Bonn, der ihr Vorgesetzter war, da sie damals einjährig bei den Sommer Husaren dienten, den Hausfrieden gebrochen haben. Schon früher hatten „Veruse“ und Standesgenossen der Angeklagten den Weith, der ebenfalls einjährig diente, in den Fluch Sieg geworfen. In der bezeichneten Nacht zertrümmerten die Herren, die dem Studentenkorps Borussia angehören, nach einer großen Aneinander die Tür der möblierten Wohnung des Weith, holten diesen aus dem Bett, warfen das Bettzeug aus dem Fenster, zerbrachen die Möbel und begossen alles mit Wasser. Ferner beschimpften sie den Weith als Wasserkopf, Waschlappen und „nicht fassationsfähig“. Der Zeuge Leutnant Freiherr von Schröder wurde nicht verurteilt. Graf von Finkenstein und der Studierende v. Quistorp wurden feinerzeit vom Schöffengericht in Bonn zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer setzte die Strafe auf die Hälfte herunter und der Kaiser wandelte sie in Festung um. Die eingangs genannten drei Angeklagten waren vom Standesgericht ihres Regiments freigesprochen worden. Das Kölner Kriegsgericht verurteilte den Freiherrn von Wesslen zu acht Tagen Gefängnis. Freiherr von Capherr wurde freigesprochen, weil nicht bewiesen sei, daß er Weiths Wohnung betreten habe. Wegen Herrn Wild von Hohenborn, der wegen eines verstaubten Fußes nicht erschienen war, wird später verhandelt.

Duellunng.

Vor dem Kriegsgericht der 33. Division in Erfurt stand am Mittwoch der Leutnant der Reserve Reichs aus Sondershausen unter der Anklage der Beteiligung an einem Zweikampfe mit tödlichen Waffen. Reichs war in Leipzig mit dem Leutnant der Reserve Erler in Liebeshändel geraten, die durch eine Pistolenkaverei „geschlichtet“ werden sollten. Das Duell verlief unblutig. Erler ist bereits in Leipzig abgeurteilt worden. Das Kriegsgericht, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, verurteilte den Leutnant Reichs zu vier Monaten Festungshaft.

Der pessimistische „Reichsbote“.

Dem „Reichsbote“ hat das Schreiben Wilhelm II. nicht gefallen. Er fürchtet, die Zustimmung, die die Einführung des gleichen Wahlrechts für Elsaß-Lothringen gefunden habe, werde auch für Preußen nachwirken. Sorgenvoll schreibt er: Nachdem der Kaiser selber in so rückhaltloser Weise die Erregung eines „glücklichen Zustandekommen“ bezeichnet hat, das den Interessen des Reiches entspricht, kann der Weg keinem Zweifel mehr unterliegen, auf den in aller Kürze die preussische Wahlreform gedrängt sein wird. Das Volkswort Preußen, das man im Winter noch durch das allgemeine Wahlrecht für schwer bedrückt erkannt hatte, dürfte sehr bald von allen Seiten bestürmt werden und sich dann in seinen Grundfesten erschüttert sehen.

Hoffen wir, daß das fromme Blatt recht behält.

Der Kampf gegen das belgische Schulgesetz.

Die Provinz ist bereit...

Brüssel, 1. Juni. (Ag. Ver.)

„Das Land ist ruhig“, erklärte kürzlich der ehemalige katholische Premier Van den Peereboom im Senat, um die obstruierende Senatslinks, die dem Beispiel der Abgeordneten gefolgt war und bei der Beratung der provisorischen Kredite den Saal verlassen hatte, zu desabonieren. Das Klostergesetz wird nach seiner Prophezeiung „durchgehen“. Es ist freilich wahr, daß auf Herrn Peerebooms prophetische Gabe kein Verlaß ist. Im Wahlreformjahr 1899, als Herr Peereboom Minister war, tat er ein ähnliches Diktum in der stürmischen Kammer Sitzung am 30. Juni, als es in den

Straßen schon bedenklich zu gären begann. Ich habe die Ueberzeugung, sagte er damals, daß das konservative Belgien mit mir ist!

Drei Tage später — die Volksbewegung hatte ganz Belgien ergriffen, — war das Ministerprojekt eine tote Sache, einen Monat später der Minister Peereboom ein toter Mann. Und heute, wo aufs neue eine nur dem Blinden nicht wahrnehmbare revolutionäre Stimmung gegen das Schulgesetz das ganze Land durchbraut, wo Bürgertum und Proletariat sich über die Massengegenstände hinweg zum gemeinsamen Kampf einen, heute erklärt der invalide Kerikale Senatspolitiker Peereboom mit der alten Dreistigkeit: „Das Land ist ruhig“.

Western hat Brüssel ein Nonfire-Meeting gesehen, daß allen Peerebooms zeigen konnte, was dieser Anspruch wert ist, ein Meeting, dessen höchster Wert und größte politische Bedeutung in den Worten der Provinzredner ruht, die alle die Versicherung brachten, daß die Provinz bereit sei, zu „marschieren“. Als der liberale Ghyman das Resümee der Reden zog mit den Worten: „Flandern ist erwacht und die wallonischen Provinzen bereit“ — da brachen die Laufende in einen unbeschreiblichen Jubel aus, Lächer und Hülfe wurden geschwenkt und ein Chaos von Rufen durchbraute den Riesenaal des Zirkus, der mit dieser wogenden Menschenmenge einen unergieblichen Anblick bot.

Das Meeting war von der Unterrichtsliga einberufen worden, deren Ruf gut 10 000 Personen gefolgt waren, die den Zirkusaal in allen Teilen füllten, die Rennbahn, die Stiegen, die Gänge, bis zum Presseräum, der so bestürmt wurde, daß die Verächterflatter nicht die Ellenbogen frei hatten. Lange vor Beginn der Versammlung ertönte die Ausruf: Nieder mit den Katten! Nieder mit Schollaert! — und noch viel unansehnlicher leitete die Stimmung ein und kehrten, die Redner minutenlang unterbrechend, während der Reden immer wieder. Auffallend war das ungeheure Kontingent von Frauen und Mädchen. Den Hauptteil stellte die Brüsseler Arbeiterschaft, doch sieht man wohl auch selten so viel bürgerliche Elemente in der Menge, wie gestern in diesem Protestmeeting. Die Ordnerdienste wurden von Studenten besorgt. Den Vorsitz hatte der ehemalige liberale Brüsseler Bürgermeister und Präsident der Liga, Buis, ein alter Herr, der mit jugendlichem Feuer im Schulkampf wirkte. Für die wallonischen Provinzen sprachen die Deputierten Wauters (Sozialist) und der liberale Masson, für die flandrischen Anseele und der liberale Deputierte Franck. Als letzter sprach Vandervelde, der der revolutionären Stimmung machtvolleres Pathos lieh. Bemerkenswert war das Wort des Liberalen Masson, der die Eringung des gleichen Wahlrechts für die Arbeiter, die sich der politischen Rechte würdig gemacht haben, als Frucht des Schulkampfes verlangte. Nach dem Meeting, das zu den ruhmreichsten historischen Demonstrationen Belgiens gezählt werden muß, bildete sich noch ein Manifestationszug von Tausenden, der, mit der Musikkapelle des „Maison du Peuple“ an der Spitze, unter Rufen und Gesängen über die Boulevards, vor den Redaktionen der Blätter vorbei, bis zum „Volkshaus“ zog, wo er um ein Viertel nach elf Uhr landete. Für Herrn Peereboom und die ganze Kerikale Gesellschaft wäre es vielleicht interessant gewesen, bei diesem Meeting die „Ruhe“ des Landes zu überprüfen, insbesondere in dem Augenblick, als ein nicht endenwollendes, unbeschreibliches Losen die Worte eines Redners, „das Gesetz wird nicht passieren“, begrüßte. Und die Zufrage Anseeles namens der flämischen, des Genossen Wauters namens der wallonischen Arbeiter, daß das Proletariat bereit sei, mühte selbst diesen diafölligen und schwerhörigen Politikern zu denken geben.

England.

Eine Demonstration gegen ein politisches Urteil.

Sull, 1. Juni. Zwei Richter, die heute das Mandat des unionistischen Abgeordneten von Hull-Witle Sie Seymour King wegen gewisser Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt hatten, wurden, als sie das Gerichtsgelände verließen, von der Menge mit Gestein empfangen und mit Steinen und Kohlenstücken bedeckt. Beide Richter wurden getroffen. Die Polizei zerstreute die Aufwiegler und nahm zwei Verhaftungen vor.

Marokko.

Neue Marokkennachrichten.

Paris, 2. Juni. Der „Agence Havas“ wird aus Fez unter dem 28. Mai gemeldet: Alle Kolonnen unter der Leitung General Moiniers werden am Montag früh in der Richtung auf Bu Gaschul und Benamar ausziehen, von wo starke Anjammungen gemeldet werden. Nur ein Besatzungschorp wird in Fez zurückgelassen. Der Sultan befürchtet, daß der heilige Krieg proklamiert werden wird, und wünscht eine rasche Unterdrückung der Bewegung, um ihre Ausbreitung zu verhindern. Der Naib Embarek Bu Rhadja ist an Stelle des Bruders El Ghonia, der ebenfalls abgesetzt worden ist, zum Pascha von Marrakech ernannt worden. Briefe aus Gessa, in denen um Hilfe gebeten wird, bestätigen, daß die Stadt von den Ein Stufen bedroht wird.

Nach einem weiteren Telegramm aus Fez ist der Plan Moiniers, vor seinem Marsch auf Meknes die Rückzugstraße zu säubern, um sichere Verbindungen herzustellen, sodann den Feind aus den Gebirgszügen zu vertreiben, von wo aus die jüngsten Angriffe erfolgten, und eine längere direkte Verbindung über den Zagatopah herzustellen.

Aus Casablanca meldet die „Agence Havas“ vom 1. Juni: Die Fez haben sich vereinigt und über den Bu Mogrog auf Rabat und Fez in Marsch gesetzt.

Französische Truppenkonzentration im Muluja-Gebiete.

Paris, 2. Juni. „Echo de Paris“ meldet aus Oran, daß alle Truppen der Kolonne Loutés von neuem im Lager von Mervada versammelt werden sollen. Man wisse nicht, ob diese Maßnahmen bezwecke, einen entscheidenden Schlag gegen die Stämme des Debbugebietes zu führen, in dem bereits so viel Franzosen gefallen seien, oder ob man sich dazu entschließen wolle, den Mulujafluß zu überschreiten, um die ausländischen Stämme auf dem linken Ufer zu züchtigen.

Japan.

Ein Arbeiterstreikgesetz.

Sehr langsam und zaghaft geht man in dem ausblühenden Industrielande Japan daran, die vollstehende Ausbeutungsfreiheit der Kapitalisten ein wenig einzuschränken. Der japanische Arbeitsminister hat am 7. April 1911 ein neues Werkstättengesetz vorgelegt, das folgende minimale Arbeiterschutzbestimmungen enthält. Das Alter, von dem an Kinder in Werkstätten beschäftigt sein dürfen, ist 12 Jahre, doch sind von dieser Bestimmung ausgenommen Fabriken, die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bereits Kinder zwischen 10 und 12 Jahren beschäftigt; auch dürfen die

Aufsichtsbehörden in Fällen, wo die Arbeit nicht zu anstrengend ist, Ausnahmen zulassen. Durch beide Bestimmungen wird natürlich das ganze Gesetz wertlos. Kinder unter 15 Jahren und Frauen dürfen nicht länger als 12 Stunden täglich beschäftigt werden. Doch darf während der nächsten 15 Jahre der zuständige Minister von dieser ohnehin kläglichen Schutzbestimmung unter gewissen Umständen Ausnahmen zulassen, insoweit deren die Arbeitszeit bis zu 14 Stunden ausgedehnt werden kann. Für die beiden genannten Kategorien ist auch die Nachtarbeit zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens verboten — außer in besonderen Ausnahmefällen. Wo in mehreren Schichten gearbeitet wird, soll diese Bestimmung innerhalb der nächsten 15 Jahre nicht in Anwendung kommen.

Bei besonders gefährlichen Operationen ist die Anstellung von Frauen und Kindern unter 15 Jahren verboten. Ebenso dürfen Kinder nicht mit Giften und gefährlichen Chemikalien umgehen, und diese Bestimmung kann durch den Minister auch auf Frauen ausgedehnt werden. Der Minister ist auch berechtigt (nicht verpflichtet), einschränkende Bestimmungen über die Verwendung von Arbeitern in Krankheitsfällen oder von Frauen kurz vor der Entbindung zu erlassen. In Fällen von Verletzung oder Erkrankung durch die Arbeit (wenn nicht grobe Fahrlässigkeit von Seiten des Arbeiters vorliegt) ist der Unternehmer schadenersatzpflichtig, ebenso in Todesfällen.

Die höchste Strafe, die einen Unternehmer bei Umgehung dieser Bestimmungen treffen kann, ist auf etwa 1000 M. festgesetzt, eine so niedrige Summe, daß sie zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften geradezu herausfordert. — Das Gesetz wird an einem noch durch kaiserliche Order zu bestimmenden Termin in Kraft treten.

Aus der Partei.

Wahltag bei den Bürgervertreterwahlen in Moskau.

Einen glänzenden Wahlsieg errangen unsere Genossen in Moskau bei den am Freitag stattgefundenen Bürgervertreterwahlen. Es hatten neunwahlen in vier Wahlbezirken stattgefunden. Mit Ausnahme eines Bezirks stieg in allen übrigen Bezirken die sozialdemokratischen Kandidaten. Insgesamt entsaßen auf die Sozialdemokratie fünf Mandate. Dieron wurden vier neu erobert, während eines behauptet wurde. Die sozialdemokratische Fraktion des Moskauer Stadiparlaments ist damit von vier auf acht Mitglieder gestiegen.

Englische Trade-Unionisten bei der Krönung.

Man schreibt uns aus London: Der englische König hat an das Parlamentarische Komitee des Trade-Union-Kongresses das Ersuchen richten lassen, die organisierte Arbeiterschaft möge sich durch zwei Delegierte bei der Krönungszeremonie vertreten lassen. Das Parlamentarische Komitee scheint sich durch diese allerhöchste Aufmerksamkeit außerordentlich geehrt gefühlt zu haben, denn es hat dem Erlaßung Folge geleistet und zwei seiner Mitglieder, Mullin von den Textilarbeitern und Davis von den Metallarbeitern, als Delegierte gewählt. Ein erquicklicher Anblick, die Delegierten der organisierten Arbeiterschaft neben den anderen Vertretern der lokalen Untertanen Sr. Majestät in tadelloser Hofgala in der Westminsterabtei Wädlinge machen zu sehen! Die beiden Delegierten sind freilich keine Sozialisten, aber das Parlamentarische Komitee des Trade-Union-Kongresses ist eine verantwortliche Körperschaft, von der man eine größere Achtung für die Gefühle der klaffenbewußten Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb der Reichs Georgs V. erwarten sollte.

Genosse Pablo Iglesias, der Führer der spanischen Sozialdemokratie, ist, wie man uns aus Madrid meldet, infolge der Anstrengungen der letzten Zeit ernstlich erkrankt. Er litt schon ziemlich lange an einem Katharrh. Da der temperamentvolle Streiter seine ganze Zeit auf die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe verwanzt hat, hat er die Sorge für seine Gesundheit außer acht gelassen.

Hoffen wir, daß Genosse Iglesias bald wiederhergestellt werde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßprozess.

Vor dem Schöffengericht in Draunschwieg hatte sich der Verantwortliche des „Draunschwieger Volksfreundes“, Genosse D. Günther, wegen Verleumdung des Straßenbahndirektors und Majors a. D. Ribbentrop zu verantworten. Ribbentrop hatte einen Schaffner entlassen, der einem seiner Kollegen zugerufen hatte: „Du kannst heute abend in die Versammlung kommen.“ Bei der Verlesung dieses Falles wurde gesagt, die Straßenbahner mühten sich in einer starken Organisation zusammenzuschließen; nur so könne dem Herrn Major zum Bewußtsein gebracht werden, daß auch er die Staatsbürger- und Menschenrechte seiner Angestellten zu respektieren habe. Durch diese Bemerkung fühlte sich der Herr Major beleidigt; das Gericht erkannte auf 10 M. Geldstrafe. Der Schuy des § 168 wurde dem Angeklagten zwar zugestanden, aber er sei mit seiner Kritik zu weit gegangen.

In einem Direktionsanwaltslage wurden der „Volksfreund“ und die sozialdemokratischen Agitatoren auf das gehässige Verstimmt. Für die gleichen Bemerkungen wäre gegen ein sozialdemokratisches Organ sicher eine sehr hohe Strafe die Folge gewesen. Trotzdem wurde die Widerlage zurückgewiesen. In der Begründung hieß es: In dem Anwaltslage sind zweifellos schwere Verleumdungen enthalten. Jedoch kann sich der sozialdemokratische Redakteur dadurch nicht beleidigt fühlen; denn er ist nicht genannt. Auch sei keine Absicht der Verleumdung zu erkennen.

Damit ist für Verleumdungen der sozialdemokratischen Presse ein Freibrief ausgestellt.

Wie die Polizei das Versammlungsrecht unsorisch macht.

Die Volksgesellschaft der Besche König Ludwig in Suderwick bei Medlinghausen beschloß, gegen die Vorkriegsregelung von Verbandemitgliedern Stellung zu nehmen. Ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung war nicht aufzutreiben, dafür sorgte dort die Polizei. Es fand sich nun der Wächter einer Wiese bereit, eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten zu lassen. Ein Polizeikommissar kam und beschloß das Terrain. Anfangs hand er nicht auszusagen. Beim Fortgehen fiel sein Blick aber auf eine Düngrgrube, die zwar vorläufigsmäßig mit Kohlen abgedeckt war, aber im Hinblick auf die Versammlung forderte er, daß die Düngrgrube mit eisernen Platten bedeckt werden müsse — sonst könne die Erlaubnis nicht erteilt werden. Der Fall zeigt, worauf die Polizei nicht alles kommt, wenn es gilt, den Arbeitern Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Die Versammlung war verhindert, die Polizei hatte erreicht, was sie wollte.

Das staatsgefährliche Rot.

Zwei Genossen in Romar in Polen erhielten auf Grund einer Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Bromberg Strafmandate in der Höhe von 8 M. Die Polizeiverordnung, gegen die sie geklagt haben, lautet:

„Wer ohne Genehmigung Fahnen und Flaggen in anderen als den preussischen Landes- oder den deutschen Reichs- und Landesfarben öffentlich anhängt, anstellt oder trägt; ferner wer Zeichen und sogenannte Freiheitssymbole, welche geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden, öffentlich ausstellt, oder wer Kolonnen, Vänder und Abzeichen in anderen als in den Farben des Landes öffentlich trägt, in welchem er staatsangehörig ist, wird, soweit nicht der § 366 Riffer 10 des Str.-G.-B. in Anwendung kommt, mit einer Geldbuße von 80 M. oder entsprechender Haft bestraft.“

Zu einem Vergnügen in einem Gartenlokal hatten die beiden Genossen am Eingange des Gartens über einem Transportweg zwei kleine, etwa 1/2 Quadratmeter große Fahnen angebracht. Die Polizei nahm an dem Tage keinen Anstoß an den Fahnen, trotzdem sie das Lokal kontrollierte. Jetzt, einen Monat später, hat sie entdeckt, daß ein Vergehen gegen jene Polizeiverordnung vorliegt und die beiden Strafbefehle ausgestellt. Unsere Genossen werden gerichtliche Entscheidung beantragen.

Gewerkchaftliches.

Eine halbe Million Mitglieder!

Diese stattliche Zahl Mitglieder hat nun der Deutsche Metallarbeiterverband erreicht. Zur Feier dieses Ereignisses und zum wirkungsvollen Auftakt für die bevorstehende Generalversammlung ist die Nr. 22 der „Metallarbeiter-Zeitung“ mit einer achtseitigen, mit reichem Bilderschmuck ausgestatteten Festbeilage erschienen.

Im Leitartikel wird die Entwicklung des im Jahre 1891 gegründeten Verbandes geschildert, der also jetzt auch sein 20 jähriges Bestehen feiern kann. In dem Artikel wird besonders betont, daß bei der Gründung des Verbandes der Gedanke der Einheitsorganisation für die deutschen Metallarbeiter der Leitstern gewesen sei. Dieser Gedanke habe tiefe Wurzeln geschlagen, der Zeitpunkt sei nicht fern, wo auch die noch abseits stehenden freigewerkschaftlichen Verbände der Metallarbeiter mit ihm vereinigt sein würden. Der Aufschwung sei darin begründet, daß er stets die Interessen der deutschen Metallarbeiter nach besten Kräften vertreten habe. Er habe dies tun können, da er nicht wie die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen auf geistliche und weltliche Protektoren habe Rücksicht nehmen müssen. Für Arbeitskämpfe habe er bisher mehr als 19 Millionen aufgewendet, für die anderen Unterstützungen ebenfalls viele Millionen, so für die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit 23 1/2 Millionen.

In einem längeren Artikel wirft der Verbandsvorsitzende Schlichte einen Rückblick auf die 20 jährige Verbandstätigkeit. Es würde hier zu weit führen, wenn wir ihm auch nur im Auszuge folgen wollten; aber die Schlussfolgerungen, die Schlichte zieht, seien wirklich wiedergebend; er sagt:

Aus der Entwicklung unseres Verbandes haben wir gesehen, daß lange Zeit strittige Fragen spielend gelöst werden konnten, sobald die Vorbedingungen dazu gegeben waren. Als wir ein kleines, leistungsunfähiges Häuflein waren, erwachsen unserer Agitation schier unüberwindliche Schwierigkeiten; als es uns gelang, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, als wir begannen, Leistungen aufzuweisen, belebte sich unsere Agitation, wuchs unsere Werbetaft. Kaum anders wird es mit unseren Kämpfen gehen, sie werden um so größeren Erfolg aufweisen, je mehr unsere Mitglieder zur Selbsterkenntnis, zum Selbstbewußtsein und zur Selbsttätigkeit herangebildet sein werden. Das ist unsere wichtigste Aufgabe je gewesen, ist sie gegenwärtig und wird sie für die Zukunft sein. Je mehr wir uns dieser Aufgabe widmen, um so größer und durchschlagender wird der Erfolg sein.

So gern hören wir unseren Verband als Kampforganisation bezeichnen und tun es auch selbst. Was heißt Kampforganisation? Soll das Wort einen Sinn haben, so darf es nicht etwa nur bedeuten: Kampf in dem Falle, wo wir als Gruppe fürgere Arbeitszeit, höhere Löhne, kurzum, bessere Arbeitsbedingungen haben wollen, so darf es nicht nur heißen, Kampf dort, wo wir in großen Gruppen vereint im Felde stehen, sondern soll das Wort einen Sinn haben, so muß es heißen: Kampf in jedem Falle, wo es an unsere Errungenschaften, an unsere Rechte geht. Wichtiger, aber auch schwieriger als die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch Streiks ist das Festhalten des einmal Erreichten. Das geschieht nicht durch Massenkämpfe außerhalb der Betriebe, sondern durch den Widerstand jedes einzelnen in den Betrieben selbst. Unsere Mitglieder zu dieser Widerstandsfähigkeit heranzubilden, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Viel wird heute auch von Tarifverträgen, von Mindestlöhnen und Affordgarantien geredet, häufig werden diese als wichtigste Forderungen hingestellt. Als Forderungen nehmen sich solche Dinge auf dem Papier recht schön aus, nicht minder schön mögen sie als Vertrag sich präsentieren. Damit ist aber noch nichts erreicht. Sollen solche Vereinbarungen wirklich Wert haben, so dürfen sie nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen sich auch in den Köpfen der Arbeiter, für die sie gelten sollen, befinden. Nur dadurch, daß jeder einzelne sich streng an die vertraglich vereinbarte Norm hält, ist der Bestand gesichert.

Nur so darf das Wort Kampforganisation aufgefacht werden. Kampf ist nicht nur Angriff, sondern auch Widerstand, aber nicht nur Widerstand in Massen, sondern auch einzeln. Können wir den Anarist kaum anders als in Massen vornehmen, so kann und gerade der Widerstand des einzelnen zur gegebenen Zeit den Angriff vorbereiten und so seinen Erfolg sichern helfen.

Galt die Vergangenheit in der Hauptsache dem Aufbau unseres Verbandes, galt es, ihm die nötige Werbetaft und Verbreitung zu schaffen, so wird die Gegenwart und die Zukunft der erhabenen Aufgabe, der Heranbildung der Mitglieder zu überzeugten und widerstandsfähigen Kämpfern gewidmet sein müssen.

In einem weiteren Artikel „Unser Rekrutierungsgebiet“ wird auf Grund der Berufsstatistik dargelegt, welche Entwicklungsmöglichkeiten der Deutsche Metallarbeiterverband noch hat. Zu diesem Kapitel liefert auch Otto Hue einen Artikel, in dem er als schwachen Punkt des Verbandes bezeichnet, daß er bisher so wenig Eingang bei den Metallarbeitern der Urproduktion (Montanindustrie) gefunden hat. Würden die Gürtelwerkstoffe zahlreich organisiert sein und sich die Anerkennung kollektiver Arbeitsverträge erzwingen, dann wäre die stärkste Hochburg des wie ein Alp auf Deutschland lastenden Herrenmenschenums gebrochen.

Von dem übrigen Inhalt der Festbeilage sei erwähnt „Ein Ruf aus Schlesien“, „Die Metallarbeiter-Internationale“ von W. A. Davis (Birmingham).

An dichterischen Beiträgen sind zu nennen das Zeitgedicht zu dem Titelbilde „An die Nichtorganisierten“ von S. K. A. m. p. h. e. n.; „In der Gießerei“ von L. L. e. s. s. e. n.; ferner die Dichtung von G. W. e. e. r. t. h. „Die Industrie“.

Mit 500 000 Mitgliedern steht der Metallarbeiterverband als größte gewerkschaftliche Organisation der Welt da. Möge sein rapider Aufschwung anhalten, um als ein starkes Volkwerk weiter zu Schutz und Trutz, zur Verteidigung und zum Angriff für die deutschen Metallarbeiter dienen zu können.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Bauklemper Groß-Berlins.

Gestern vormittag hatten die streikenden Bauklemper sich wiederum vollzählig in den Andreaskirchhof versammelt. Dem Bericht, den das Kommissionsmitglied Diesner über die Lage des Kampfes gab, ist zu entnehmen, daß wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. Die seit der vorigen Versammlung durchgeführte Bezirkseinteilung des Streikgebietes hat sich gut bewährt, so daß der Kampf jetzt mit noch mehr Energie durchgeführt wird als bisher. Wo sich hier oder da Streikbrecher eingefunden haben, gelangt es in den meisten Fällen ohne große Schwierigkeiten, sie von der Anwesenheit ihres Treibens zu überzeugen und zum Verlassen des Baues zu bewegen. Die Klempermeister haben am Mittwoch abermals eine Versammlung abgehalten, um über die Lage zu beraten. Es ist dort, wie der Redner in Erfahrung gebracht hat, eine ziemlich scharfe Opposition gegen die weitere Fortsetzung des Kampfes hervorgetreten. Ein nicht geringer Teil der Arbeitgeber ist offenbar kampfmüde und möchte von neuem Verhandlungen angebahnt wissen. Im allgemeinen wollen die Arbeitgeber aber wohl erst einmal abwarten, ob sich nicht vielleicht infolge des Pfingstfestes in den Reihen der Streikenden eine gewisse Schlappheit bemerkbar macht. Das scheint jedoch ausgeschlossen. Ist doch auch der Monatswechsel vorüber.

Verantw. Redakteur: Albert Bach, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

gegangen, ohne irgendwelche Wirkung auf die Haltung der Streikenden. Sie halten nach wie vor treu und einmütig im Kampfe aus. Es ist aber wohl möglich, daß nach den Feiertagen die Opposition in den Reihen der Meister die Oberhand gewinnt und Verhandlungen angebahnt werden, die dann vielleicht zu einem annehmbaren Ergebnis führen. Sicher ist das ja allerdings keineswegs, aber über kurz oder lang werden die Arbeitgeber doch nachgeben müssen, da sie sich auf die Dauer der Einsicht nicht verschließen können, daß ihre Macht an der Einmütigkeit der Streikenden scheitern muß. — Den arbeitslosen ausgesteuerten Bauklempern soll jetzt ebenfalls eine Unterstützung zuteil werden. Ferner machte der Verbandsvorsitzende Dietrich auf einen Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ aufmerksam, in dem wieder einmal erklärt wird, daß noch nie ein Streik in so scharfer Weise vom Baue gebrochen worden sei wie dieser. Es ist völlig überflüssig, auf solche, in der Arbeitgeberpresse bei so und so vielen Streiks immer von neuem wiederholte Behauptungen näher einzugehen. Wer die Entwicklung des Bauklemperstreiks verfolgt hat, weiß auch, daß die Unternehmer zeitig genug davon unterrichtet waren, daß ihr Verhalten zur Arbeitsniederlegung führen würde, und wenn sie sich über die Einmütigkeit und Ausdauer der Arbeitnehmer nicht im Klaren waren, so ist das ihre eigene Schuld.

Im übrigen richtete die Versammlung von neuem an die Bauarbeitervereine Berlins und der Vororte die Aufforderung, den Bauklempern in ihrem Kampfe tatkräftig zur Seite zu stehen. Bis hier hat die Solidarität der Bauarbeitervereine an einzelnen Stellen noch etwas zu wünschen übrig gelassen. Es wird bestimmt erwartet, daß darin eine Besserung eintritt, so daß diese Solidarität überall zur Geltung gebracht wird, und die Bauklemper der moralischen Unterstützung nicht entbehren, die zur erfolgreichen Beendigung ihres Kampfes notwendig erscheint.

Das Sekretariat der Gewerkschaftskommission

bleibt am Sonnabend, den 3. Juni, nachmittags und am dritten Pfingstfeiertag geschlossen.

Der Berliner Bäckerstreik.

Daß die Mehrheit der Bäckermeister, um mit ihren Gesellen und mit ihrer Kundschaft in Frieden zu bleiben, die Forderungen bewilligt hat, konnten die Innungsbüchhalter nicht hindern. Nun bemüht man sich aber hier und da, das Kennzeichen der tariffreundlichen Meister, das Bewilligungsplakat, unschädlich zu machen. Der Vorstand der Schöneberger Zwangsinnung droht den dortigen Bäckermeistern eine Strafe von 100 M. an für den Fall, daß sie das Plakat im Laden aushängen. Die Innung, zu deren Aufgaben es bekanntlich gehört, das gute Einvernehmen der Berufsgenossen zu fördern, greift hier durch einen Akt des unerhörtesten Terrorismus in die Rechte und in den Gewerbebetrieb ihrer Mitglieder ein. Mit welchem Recht der Innungsvorstand sein Vorgehen begründen will, ist nicht einzusehen.

Gegen die in Spandau streikenden Bäcker erhebt der dort erscheinende „Anzeiger für das Havelland“ einen völlig unbegründeten Vorwurf. Das Blatt behauptet, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hätten streikende Bäcker arbeitende Kollegen zur L. -nahme am Streik zu bewegen gesucht und dabei mit Steinen geworfen und Türen und Fenster mit Stöcken bearbeitet. Die Polizei habe mehrere Urheber der Unruhestörungen festgenommen.

Hierzu hat die Streikleitung folgendes festgestellt: Am Dienstag beschlossen in Spandau 53 Bäcker den Streik. Von der Versammlung, wo dieser Beschluß gefaßt wurde, gingen sie geschloffen in die Volksversammlung, welche sich mit dem Bäckerstreik beschäftigte. Als diese Versammlung zu Ende war, gingen die Streikenden wieder geschloffen in ein Logierhaus, wo sie übernachteten. Hieraus erscheint es also ausgeschlossen, daß sich einer der Streikenden in der fraglichen Nacht an den bezeichneten Ausschreitungen beteiligt habe. Ausschreitungen scheinen allerdings vorgekommen zu sein, wenigstens suchte die Polizei am Mittwoch nach Urhebern von Ausschreitungen. Bei dieser Gelegenheit wurden von den Streikenden, die sich in einem Lokal aufhielten, von Beamten etwa sechs wahllos herausgegriffen und ausgefordert, nach der Polizei mitzugehen, wo sie als Zeugen vernommen werden sollten. Nach ihrer Rückkehr von der Polizeiwache erzählten die Betroffenen, nach habe sie dort völlig grundlos als Täter bezeichnet, sie hätten der Wahrheit entsprechend angegeben, daß sie von den Vorkommnissen nichts wußten und seien dann ohne weiteres entlassen worden. — Es ist demnach eine haltlose Verdächtigung, die der „Anzeiger für das Havelland“ gegen die Streikenden schleudert.

Achtung, Töpler! Einen Lohnausfall in der Höhe von 1017,90 M. hatten die Gesellen des Töpfermeisters Frey Bogler, Nizdorf, Neue Jonsstr. 31. In Betracht kommt der Bau Nizdorf, Warbestraße 29, Bauherr Emil Schöne, G. m. b. H., Nizdorf, Stuttgarter Straße 8. Da der Töpfermeister von dem Bauherrn kein Geld erhalten hat, tun die Gesellen gut, den Bau zu meiden, auch wenn er von einem anderen Töpfermeister weitergeführt wird.

Die Verbandsleitung.

Der Streik bei den Vereinigten Berliner Märtelwerken in Niederlehme zeitigt Erscheinungen, die auch dem Fernstehenden erkennen lassen, was die Unternehmer und deren Freunde gerne möchten. In den vier Wochen des Kampfes haben die Streikenden sich fast gar nicht um die Arbeitswilligen gekümmert, so daß trotz der 400 Streikenden die Dorfstraßen ihr gewöhnliches Aussehen haben, wenn man abseht von den sich zeigenden Gendarmen. Einige Scharfmacher möchten nun gern Verhältnisse schaffen, die der Polizei die Möglichkeit geben, die Bewegung mit Gewalt zu ersticken. Schon vor vierzehn Tagen machten die Hamburger Arbeitswilligen einen Ausfall aus der Kaserne, ausgerüstet mit Sand, gefüllten Flaschen, Steinmeiseln und ähnlichen Werkzeugen und verletzten einen nicht am Streik Beteiligten erheblich am Kopfe. Anstatt gegen diese Elemente einzuschreiten und die Strafe davon zu säubern, sprengte die Gendarmerie auf die vor ihren Häusern stehenden Einheimischen ein und trieben sie von der Straße. Resultat: der Verletzte unter Anklage. Am letzten Dienstag patrouillierten Arbeitswillige der Kalkhandsteinfabrik am Wasser umher und schossen auf ihnen entgegenkommende Leute mit Revolvern. Nach dem Bericht der Ortspresse sollen etliche Personen verletzt worden sein. Obgleich die Gendarmen die Revolverhelden kennen, läßt man sie immer noch frei herumlaufen. Ja, die Polizei geht mit diesen Leuten sogar auf die Suche nach den Verwundeten, warum, dürfte wohl den Lesern dieser Zeilen klar sein. Anständige Steuerzahler werden durch die Polizei von der Straße gewiesen und belästigt; die Arbeitswilligen dürfen sich bei Tag und bei Nacht alles erlauben. Der Wunsch einiger Scharfmacher, die handigen Strophen des Dorfes mit Arbeiterblut zu tränken, wird durch die Disziplin der Streikenden zu schanden gemacht werden. Einige Gastwirte, bei denen die Streikenden verkehren, hat man gezwungen, die Lokale um 8 Uhr zu schließen; in den Kasernen der bestrittenen Betriebe dagegen wird halbe Nächte gefeiert ohne Konzeption. — Es wäre auch an der Zeit, daß die Gewerbeinspektion einmal den Betrieb des Märtelwerkes sowie der Kalkhandsteinfabrik einer Revision unterzieht. An die Auffichtsbehörde richten die Ausständigen die Frage: Wie lange noch sollen die Ausländer beschäftigt werden dürfen? Vor 14 Tagen erklärte der Amtsvorsteher, die Angelegenheit liege auf dem Landratsamt. — Zugang ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Erfolgreicher Streik der Brauereiarbeiter in Posen.

In der Neuen Posener Brauerei legte das gesamte Personal, 65 Personen, darunter 17 weibliche, die Arbeit nieder. Die Ver-

treter des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes hatten bei wiederholten Verhandlungen versucht, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen. Der Versuch scheiterte an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, offenbar glaubten die Herren, die polnischen Arbeiter würden das letzte Mittel, den Streik, nicht anwenden. Darin hatten sie sich geirrt und die Folge war, daß nach halbtägiger Dauer eine Einigung zustande kam. Es wurde erzielt: Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich, Bezahlung der bisher noch unentgeltlich zu leistenden Sonntagsarbeit in der Dauer von 3—4 Stunden, höhere Bezahlung der Überstunden um 10 Pf., durchschnittlich 8 Pf. Lohnerhöhung wöchentlich, 3 Tage jährlichen Erholungsurlaub und bei Krankheit 8 Tage volle Lohnzahlung. — Nachdem schon mit den übrigen Brauereien am Ort durch Streik oder friedliche Verhandlung eine Einigung erzielt war, haben die Brauereiarbeiter von Posen ihre Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Ferner wurde mit der größten Provinzbrauerei in Krotoschin für circa 60 Leute ein ähnlicher Tarif vereinbart. Diese Erfolge eröffnen die besten Aussichten auf die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung in der noch auch auf diesem Gebiete zurückgebliebenen Provinz Posen.

Aufgehobene Aussperrung.

Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverbande im Steinseggewerbe und dem Zentralverbande der Steinsegger, Pflasterer und Berufsgenossen (Bau-Schlesien) ist am Donnerstag ein neuer Lokaltarif vereinbart worden, der den Gehilfen einige Vorteile bringt. Die seit dem 1. April verhängte Aussperrung von über 1000 Arbeitern wurde aufgehoben. Die Unternehmer haben sich überzeugen müssen, daß ihre Maßnahme, die Organisation zu Grunde zu richten, Schiffbruch gelitten hatte. Von den ausgesperrten Steinseggern meldeten sich während der Aussperrung nur wenige zur Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen.

Die Holzarbeiteraussperrung in Kellheim bei Frankfurt a. M. ist beendet. Die Arbeiter errangen eine Verbesserung der Allordräge um 1—3 Proz. und Erhöhung der Stundenlöhne um durchschnittlich 4 Pf. Während der Vertragsdauer wird die Arbeitszeit um wöchentlich zwei Stunden verkürzt.

Zur Aussperrung der Steinsegger im Regierungsbezirk Merseburg.

Die Unternehmer haben den Aussperrten mitteilen lassen, daß sie in ihrer Versammlung vom 21. Mai die Einsetzung eines Schiedsgerichts aus Berufsgenossen endgültig abgelehnt hätten. Nach dem jetzt bereits zwölf Wochen dauernden Kampfe haben sie sich aber doch endlich zu direkten Verhandlungen bereit erklärt, wenn die Aussperrten mitteilen würden, was sie von einem Schiedsgericht erwarteten und „annehmbare Zugeständnisse“ gemacht würden.

Eine Bezirkskonferenz der Aussperrten hat darauf beschlossen, neue Verhandlungen einzuleiten. Inzwischen geht der Kampf mit aller Schärfe weiter. Die Unternehmer arbeiten mit schwachen Listen, in denen selbst der Lohnbewegung fernstehende dargezogen sind. Unternehmer, die Aussperrte einstellten, werden gezwungen, die Arbeiter wieder zu entlassen. Die Behörden leisten den Scharfmachern weiter dadurch Vorschub, daß sie für Pflasterarbeiten Aufschub gewähren.

Zugang ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

Ausland.

Generalstreik in Rumänien?

Infolge des Eingreifens der Kriegsmarine haben sich sämtliche Hafenarbeiter dem Streik bei der Ungaro-Kroata angeschlossen, so daß der Warenverkehr fast ganz aufhören mußte. Es sollen Streikbrecher aus Griechenland herbeigeholt werden. Mehrere der Sympathie mit den Streikenden verdächtige Kapitäne wurden gemahnt. Mittwochabend haben die Vertreter der organisierten Arbeitervereine von Bume beschlossen, aus Solidarität in den Generalstreik zu treten. An dieien würden sich 18—20 000 Arbeiter beteiligen. Der Streikbeschluß wurde begeistert angenommen. — Die Arbeiter des Stabilimento tecnico in Triest, der größten österreichischen Werft, haben durch passive Resistenz die Einleitung von Verhandlungen erzielt.

Letzte Nachrichten.

Das Altersversorgungsgesetz im französischen Senat.

Paris, 2. Juni. (B. Z. V.) Der Senat beriet heute über Interpellationen betreffend Anwendung des Altersversorgungsgesetzes. Der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge Boncour erklärte, ein so bedeutendes Gesetz müsse mit Maß angewandt werden. Der Minister bat die republikanische Mehrheit, nicht ihr eigenes Werk zu verleugnen und der Regierung, die mit der Anwendung des Gesetzes beauftragt sei, ihr Vertrauen auszusprechen. Der Senat nahm mit 225 gegen 2 Stimmen eine Tagesordnung Combes an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie das Altersversorgungsgesetz zur Anwendung bringen und Vorschläge über diejenigen Änderungen machen werde, die die Erfahrung als notwendig erweisen werde.

Unwetter in Frankreich.

Paris, 2. Juni. (B. Z. V.) Ueber ganz Mittel- und Nordfrankreich sind heute Gewitterstürme von ungewöhnlicher Stärke herabgebrochen. In Paris und Umgebung der Blitz oft eingeschlagen und mehrfach gezündet. Die Feuerwehr war in ständiger Tätigkeit um zu löschen oder bei plötzlichen Ueberschwemmungen infolge der niedergehenden Regenmassen Hilfe zu leisten. Besonders groß ist der Schaden in der Touraine. Hier ist die Ernte vollständig verwüstet. Das althistorische Schloß der Witwe Marchaire brannte, von einem Blitzschlag getroffen, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Auch das Schloß von St. Christophe ist infolge eines Blitzes ein Opfer der Flammen geworden. Auf den Weiden ist viel Vieh ertrunken und die Champagnernte in den nordfranzösischen Provinzen hat stark gelitten. Auch im Departement Aube hat das Unwetter arg gehaust. Die Regenmassen haben in den Weinbergen viel Erde zu Tal geschwemmt, Weinstöcke mit fortgerissen und die Weinberge verwüstet. Der Stadtrat von Arcoville, Marlot, wurde in seinem Weinberg vom Blitz getroffen und war auf der Stelle tot.

Grenoble, 2. Juni. (B. Z. V.) In den Bergen in der Nähe des Badoiries Urigo schlug der Blitz in eine Abteilung dort überender Artillerie, ein Unteroffizier wurde getötet, ein Offizier und 6 Soldaten wurden verwundet.

Erdbeben in Belgien.

Brüssel, 2. Juni. (B. Z. V.) In Charleroi sind gestern Abend zwei heftige Erdstöße verspürt worden, die jedoch keinerlei Schaden verursachten. Heute morgen folgten zwei weitere Erdstöße von je 4 Sekunden Dauer, die in der Umgebung von Charleroi die Kirchenglocken zum Läuten brachten und die Häuser erzittern ließen, so daß Bilder an den Wänden und Geräte in den Küchen und Zimmern ins Schwanken gerieten. Unter den Bewohnern der Crischaften entstand eine Panik, die sich erst wieder legte, als die Vormittagsstunden ohne jede Erschütterung blieben. In Poperingues infolge der Erdstöße ein Fabrikshuppen eingestürzt. Vier der unter den Trümmern begrabenen Arbeiter konnten nur mit schweren Verletzungen geborgen werden.

Kongreß für Luftschiffahrt.

Paris, 2. Juni. (B. Z. V.) Der erste Kongreß für Luftschiffahrt hat seine Arbeiten beendet und 17 Artikel angenommen, die den Versuch zu einem neuen Gesetz über den Luftverkehr darstellen.

Mühlenarbeiterausstand.

Bremen, 2. Juni. (B. Z. V.) Die meisten Arbeiter der Hansamühlen sind in den Ausstand getreten.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Lage des Viehmarktes

Schreibt die amtliche Zeitung des Deutschen Fleischerverbandes:

Im Hinblick auf die nicht allzu günstigen Futterausichten dauert die Schwierigkeit in der Rindviehhaltung und der Marktversorgung an. In wenigen Märkten nur ist im abgelaufenen Monat die Minderzufuhr etwas größer gewesen wie im April. An der Mehrzahl der Märkte blieb sie hinter dem Vormonat, oft ziemlich erheblich, zurück. Die Zufuhr von Kälbern war sowohl gegenüber dem Monat April 1911 wie Mai 1910 wieder erheblich schwächer, wenn sie auch nach und nach die zur gleichen Zeit des Vorjahres erreichen wird. Außerordentlich schwach war das Angebot in Hammeln. Alljährlich tritt alljährlich im Mai ein starkes Zurückweichen des Antriebes ein, aber so klein wie in diesem Jahre waren die Zufuhren doch nur selten. Bei den Schweinen hat das Angebot auch die Höchstleistung überschritten, allgemach tritt wieder ein Rückgang ein; auch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verschwindet das Plus wieder mehr und mehr.

Einsichtlich der Preisbewegung bot der abgelaufene Monat kein einheitliches Bild. Für Ochsen verzeichnete Berlin und ganz Mitteldeutschland bis nach Frankfurt a. M. etwas festere Preise, während der Ost-, Nord-, West- und Süd- und Südwesten eher eine Kleinigkeit schwächer waren. Für Kälber hat die Nachfrage nachgelassen, so daß diese nicht ganz die Aprilpreise behaupten konnten. Der Rückgang im Preis ist indes minimal und erreicht nicht einmal 1 M. Damit die Ausnahme auf die Regel nicht fehle, verzeichnete Frankfurt a. M. 1-2 M. höhere Preise. Gute Nachfrage bestand für Kühe, so daß diese in Mittel- und Ostdeutschland im Preise gewinnen konnten, während Nord-, West- und Süddeutschland auch hierin etwas schwächer waren.

Infolge des durch die Höhe der Preise eingeschränkten Kalbfleischkonsums war die Nachfrage nach Kälbern schwächer, so daß trotz geringen Angebots die Preise um 1-2 M. nachgeben mußten. Für Schafe brachten Hamburg, Köln und Dresden gleichfalls etwas flauere Haltung, während die übrigen Märkte im Preise bis zu 2 Pf. anwogen; in Mäntchen war der Ausschlag noch bedeutender. Bei den Schweinen hat sich das Preisniveau nicht wesentlich verändert. In Berlin betrug der Rückgang nur 0,3-0,4 M., Hamburg läßt 1 M. ein, die übrigen Märkte bis 1,50 M.

Gegenüber dem Vorjahre standen die Preise für Ochsen 6,50 bis 8 M., ausnahmsweise 10 M., für Kälber 9 M., Kühe 6-8 M., ausnahmsweise 11 M. höher als im Mai 1910. Bei Kälbern betrug die Differenz durchschnittlich 2 M., ein Zeichen, daß hier die Höhe der Preisbewegung überschritten ist. Schweine waren im Gegenstand zu den vorgenannten Viehgattungen 9-11 M. an einzelnen Märkten 5-7 M. billiger als im Mai 1910, während die Tendenz für Hammel geteilt ist, denn Hamburg und Dresden sind billiger, Berlin nur unbedeutend teurer wie im Vorjahre, während Süd- und Westdeutschland sowie Breslau erheblich teurer waren.

Die Maul- und Klauenseuche nimmt immer noch weitere Ausdehnung an, während von Oesterreich ein Bezirk nach dem anderen wieder für die Ausfuhr geöffnet wird. Holland hat wegen der Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche die ganze Grenze mit Militär besetzen lassen, so daß an eine Grenzöffnung nach dieser Seite in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die Handelskammer zu Opatowitz hat eine Informationsreise nach den Schweinezuchtgebieten im Innern Russlands veranstaltet, wobei man leider hat feststellen müssen, daß im allgemeinen auch von dieser Seite auf billiges Vieh nicht zu rechnen ist. Andererseits glaubt die Kommission feststellen zu können, daß auf russischer Seite von einer Ringbildung der Händler nicht die Rede sein kann.

Morgans Kapitalmacht.

Das „Wallstreet Journal“ gibt eine Aufstellung der Unternehmungen, die der große Bankier Morgan, der Mächtigste des Stahltruffs, des Schiffahrtstruffs und vieler anderen Kapitalkombinationen entweder selbst besitzt oder „kontrolliert“, d. h. beherrscht. Man wäre wohl geneigt, die Zahlen für phantastisch zu halten, aber das Blatt, das sie bringt, mag über diese Dinge wohl unterrichtet sein. Wallstreet in New York ist der Sitz der weltbeherrschenden Kapitalmagnaten. Danach beherrscht Morgan:

Table with 2 columns: Category and Value. Includes Banks (41 million dollars), Trust companies (19), Insurance companies (486), and Railroads and industrial stocks (8500).

Kleines feuilleton.

In helle Nächte. Aus Petersburg wird uns geschrieben: Der Petersburger Mai bringt die vielbesungenen „Weißen Nächte“. Ihre Poesie ist indessen heute nur noch auf den vornehmen Plätzen und Straßen der nördlichen Residenz eine sehr eindrucksvolle. Die weniger glücklichen Stadteile von Petersburg, in denen das ungeheure einheimische Elend, die öffentliche Verwahrlosung und Angst, Epidemie und Verbrechen geradezu nach dem Dunkel schreien: diese Bezirke erfahren durch die verdrängte Sonne der Waimächte eine so unheimliche Beleuchtung, daß sich sogar die in dieser Hinsicht ziemlich phlegmatische Straßenpolizei aufgerüttelt hat. In der Tat — an schauerlichen Nachereignissen sucht Petersburg in der Reihe moderner Städte wohl vergeblich seinesgleichen: wer beispielsweise bei uns einmal eine nächtliche Polizeijagd nach Prostituierten, Zuhältern und Nachtspielkäufern erlebt hat, der würde leicht versucht, europäische Kultur und das zwanzigste Jahrhundert zu leugnen; so granatam, so unmenslich sind diese nächtlichen Straßenbilder des Nordischen Venedig!, angefüllt derer das sonstgewohnte wintertliche Dunkel als eine Art Wohlthat angesehen werden möchte.

Ja, zuweilen kann man sogar schon auf dem Newski-Prospekte erschütternde Szenen erleben: so sieht man zum Beispiel zwei sogenannte „kleine Mädchen“. Mit kurzen Röckchen und aufgelösten Haaren. Sie stolieren vielleicht schon wochenlang in aller Seelenruhe auf dem Newski herum, ohne irgendwo durch die Behörde behindert worden zu sein, — aber plötzlich gibt es „Rast!“ Jagd“. Die vor den Toren der Häuser wartenden Hausfrauen geben die Signale mit den gefährlichsten Alarmschreien, Polizisten und Polizeioffiziere, Detektiven und leider auch fragwürdige Postulanten postieren sich in den Nebengassen der zu ländernden Hauptlinie und die Depe beginnt! Eine Depe im wörtlichen Sinne des Wortes! — Da brechen ein paar hysterische Mädchen mitten auf der Straße zusammen; sie werden von den Hausfrauen durch Prügel wieder zum Bewußtsein gebracht und mit Gewalt nach dem Polizeirevier geschleppt. Hier wehrt sich ein sinnlos betrunkenes Frauenzimmer mit Händen und Füßen gegen die anbrechenden Polizisten; es fällt schließlich von den roten Schlägen betäubt zu Boden und wird auf einen Karren geladen. Dazwischen steht in einer anderen Gruppe ein Hooligan, der in Verbindung gerät, mit dem „finnischen Messer“ um sich — an einer anderen Stelle werden unschuldige Lehrlinge, die nach späterer Arbeitssunde heimwärts wandern, ausgegriffen. Hieben und dröhen flüchten sich atemlos die „besseren Damen“ — ihre Flucht ist umsonst, ein Entkommen ist so gut wie ausgeschlossen und der Verdauungswerten warten noch in der gleichen Nacht auf dem „Utschakof“ (im Volkshaufe) die widerlichsten Szenen. Daß es bei diesen fürchterlichen Nachtjagden nicht ohne empörende Mißgriffe der hege- trunkenen Polizei abgeht, ist leider nur zu selbstverständlich. Auch

Dazu kommen die Vereinigung der Straßenbahnen, Stahltruffs, Kohlenfelder, Kupferbergwerke usw., in denen er „seinen Finger hat“; alles zusammen rund 6000 Millionen. Sonach verfügte er allein oder als Hauptmacher über Vermögenwerte im Betrage von über 45 Milliarden Mark! „Ist es da ein Wunder“, sagt „Appeal to Reason“, „daß auch die Armeen, die Gerichte und alles, worauf sich seine Aufmerksamkeit richtet, beherrscht?“

Aus der Frauenbewegung.

Christliche Dienstmädchenorganisation.

Die in Wien entstandene Dienstmädchenbewegung läßt die um das religiöse Wohl der „unteren“ Klassen besorgten Christkatholischen nicht ruhen. Ein Verband christlicher Hausangestellter führt seit Jahren ein ganz unbedachtetes Dasein. Unsere Dienstmädchenversammlungen haben aber die leitenden Kräfte gewendet und man kündigte eine öffentliche frei zugängliche Versammlung christlicher Dienstmädchen an. Auf den Märkten wurden, ganz wie bei uns, Einladungen ausgegeben, auf welchen es hieß, daß über Standesfragen gesprochen werden wird. Unsere in der „Einigkeit“ organisierten Dienstmädchen wollten auch dabei sein und einige gingen hin. Was für ein Bild bot sich ihnen dar! Im Hause des katholischen Gefellensvereins tagte die Versammlung. Von acht Können geführt, kamen die Mädchen, viele mit Kreuzen an der Brust, den Ausdruck der Demut und Unterwürfigkeit im Gesicht. Ein Geistlicher war der erste Redner.

Katholisch schloß er die „Sozi“ regelrecht ab. „Echt jesuitisch war seine Rede. „Wer nicht lernt, sich recht tief zu hüten, wird auch nie regieren können — und regieren wollen Sie doch alle einmal einen Mann.“ Daß selbst diese Mädchen trotz dieser alligen Reden von den Herren Pfarrern nicht entzündet sind, beweist die Mitteilung einer der Vorstandsdamen. Sie berichtet, daß eines der Mädchen gefragt habe, „warum immer ein Herr Pfarrer dabei sei, man hat doch so wenig freie Zeit, und vor dem geistlichen Herrn kann man nicht lustig sein.“ Eine Begründung für die Notwendigkeit des Herrn Pfarrers gab die Dame nicht. Die Vorsitzende unserer Dienstmädchenorganisation meldete sich zum Wort, erhielt es aber nicht. „Diskussionen sind bei uns nicht vorgegeben“, hieß es. Eines der frommen Mädchen meinte beruhigend zu unserer Genossin: „Wissens, ein andermal dürfen wir schon reden, da müssen wir auswendig lernen und aufpassen.“

Unsere Genossinnen wollten die Gelegenheit benutzen, und für die „Einigkeit“ Propaganda machen. Sie teilten die Verbandszeitung und Einladungen zu einer am 11. Juni stattfindenden Versammlung aus, wo Genossin Vopp über „Die Forderungen der Dienstmädchen an das Parlament“ referieren wird. Aber ob wehe! Run traten die frommen Gefellensvereiner in Aktion. Vor allem wurde um Polizei telephoniert und die Anzeige wegen unbefugter Kolportage gemacht. Prompt erschien ein Postzeinspektor samt Mannschaft und einige Genossinnen wurden von Gefellensvereiner benutzert und von der Polizei arretiert. Am Polizeiamt wurde ein Protokoll aufgenommen und nun folgte das Tableau. Als die Denunzianten aufgefordert wurden, das Protokoll zu unterschreiben, machte jeder — drei Kreuzen. Es waren Analphabeten. Junge Männer in der Großstadt, die ihre Namen nicht schreiben können und im katholischen Gefellensvereine wohl denunzieren, aber nicht lesen und nicht schreiben lernen.

Die christlichen Dienstmädchen wurden gewarnt vor dem Gifte unserer Zeitung, worauf ein sozialdemokratisch organisiertes Dienstmädchen sagte: „Ra, Ihre Organisation muß sehr auf Sand gebaut sein, wenn Sie die Zeitung schon fürchten. Es ist anzunehmen, daß diese Versammlung beigetragen hat, wenigstens einige der christlichen Mädchen auf unsere Organisation aufmerksam und neugierig zu machen.“

Bemerkte sei noch, daß außer Geistlichen und Nonnen eine leibhaftige Gräfin anwesend war, daß Fürstinnen Entschuldigungsbriefe gefandt hatten und daß eine Prinzessin in Protektorin des Verbandes christlicher Dienstmädchen ist und daß ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde. Will man mehr zur Wahrung der Standesinteressen der Dienstmädchen?

Versammlungen.

Der Verband der Bureauangestellten erhob in seiner am Mittwoch abgehaltenen Versammlung Protest gegen die Angriffe, welche der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp in der Reichstags-sitzung am 11. Mai gegen die Krankenlastenangestellten, deren

müssen nicht selten Selbstmorde als dramatisches Resultat dieser Szenen im Utschakof verzeichnet werden.

Jene nächtlichen Tragödien aber, die sich an der Peripherie der Stadt und in den von der Intelligenz gemiedenen Wohnvierteln abspielen, spotten oft jeglicher Beschreibung. Ein charakteristisches Bild möge hier der Inhalt eines knappen Sanitätsrapports aus der vergangenen Woche bieten: der Schauspiel der Vergebnisse liegt auf dem Glukhooferski-Platz im Schlüsselburger Stadtteil. Hier befindet sich ein altes Fintelhaus, das heute nur noch eine Freisätte des Verbrechens, ein Institut für systematisch betriebene Kinder-tötung darstellt. Seit Jahren, so heißt es, wurden hier teilweise noch ungebornen, vielfach aber auch schon zur Welt gebrachte Kinder auf dem inmitten des Glukhooferski-Platzes lagernden Schreitstufen als Leichen ausgelegt — skrupellos und unbehindert!... Wie der Rapport der Kommission belundet, konnten bei jeder — von Zeit zu Zeit — vorgenommenen Säuberung des rüchlichen Platzes eine ganze Anzahl von Kinderleichen aufgefunden werden.

Das ging, wie schon gesagt, seit Jahren so zu und fand nunmehr ein wahrscheinlich nur vorläufiges Ende durch das Vorgehen einer neuengestrichen Sanitätskommission, der wohl über die Poesie der „hellen Petersburger Nächte“ sozusagen auch eublich einmal die Augen aufgehen mußten.

Theater.

Lustspielhaus: „Unsere Pepi“, Schwank von Alexander Engel. Es ist wieder mal's „goldne“ Wiener Herz. Man kennt dergleichen Stücke — wie die der oberbayerischen Bauerntheater kenntlich gemacht sind durch den Schupplattler, Altwienerer mit Schlagsahne. Erhobenes Zeug, aufgepöppelt durch ein paar mühselig herbeigeschleppte Kalauer. Und mit diesem Edmornin beglückt und nun wieder ein Wiener „Star“: Pepi Glöner. In der Donaustadt braucht man dergleichen. Man wird nicht behaupten können, daß einer dieser Wiener Stars vor dem anderen was voraus hat. Sie alle können singen, klapfen und handwurseln. Nichts weiter tut auch Pepi Glöner. Drei oder vier hinüber muß sie das goldne Wiener Herz von vorn und hinten präsentieren — woraus dann so nebenbei, aber doch hauptsächlich ein sattefestes parodistisches Virtuosenstück erjudlich wird. Manche Reize prägen anfanglich zwar, aber wer weiß denn, ob sie nicht vielleicht als Beauftragte handeln müssen — um zu veranlassen, daß nun demonstrativ Beifall gekläfft wird? e. k.

Musik.

Als „Operette“ im Terzibus, als „musikalischer Schwank“ auf dem Theaterzettel wurde und die „teutsche Susanne“ am Donnerstag im „Neuen Schauspielhaus“ von einem Gastspiel des „Neuen Operettentheaters“ vorgeführt. Der Text ist eine richtige französische Verwicklungs- und Situationsposse, eine vergrößerte „Niedermans“. Eine höchst sittenreine Gesellschaft schließt sich nachts in das Pariser

Organisation und Tarifvertrag gerichtet hat. Bekannlich hat Graf Westarp die zwischen dem Verbands der Krankenlasten und der Organisation der Angestellten abgeschlossene Tarifgemeinschaft als eine sozialdemokratische Einrichtung bezeichnet und behauptet, die Tarifgemeinschaft werde dazu mißbraucht, unfähige Beamte angustellen, sofern diese sich Verdienste in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erworben hätten.

Die Versammlung nahm einstimmig ein Protestresolution an, welche nach Konstatierung und Kennzeichnung des vorstehend angegebene Tatbestandes fortfährt:

„Für alle diese schweren, ehrverletzenden, infamierenden Beschuldigungen hat dieser Reichstagsabgeordnete auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht und es ausdrücklich abgelehnt, Beweise beizubringen. Diese unter dem Schutze der Immunität erhobenen und deshalb nicht fahrbaren Anschuldigungen kennzeichnen sich damit von selbst als beweislose Verdächtigungen, diffiziert von Mißgunst und Parteilich.“

Die Versammelten erheben allerhöchsten Protest gegen diese Verdächtigungen und sprechen dem Grafen v. Westarp die Fähigkeit ab, das berechtigte Bestreben der Kassenangestellten nach Verbesserung ihrer bescheidenen Lebenslage objektiv zu beurteilen. Um so mehr, als derselbe Abgeordnete Gesetzesbestimmungen beantragt hat, die weit hinausgehen über die von ihm als unstatlich bezeichneten Bestimmungen der Tarifgemeinschaft.“

Graf Westarp, den der Vorsitzende brieflich zur Versammlung eingeladen hatte, war nicht erschienen.

Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, beschloß die Versammlung mit dem geschäftlichen Teil der Tagesordnung. Auf die Ausschreibung des Postens eines Angestellten der Ortsverwaltung waren neun Bewerbungen eingegangen. Putzsch wurde von der Versammlung für dies Amt gewählt. — Ferner wurde eine Kandidatenliste für Delegiertenwahl zum Verbandstag aufgestellt und nach einem Referat Putzschs über den Verbandstag beschlossen, daß eine Vorlage der von der Ortsverwaltung beantragten Statutenänderungen gemacht werde, die in der nächsten Versammlung diskutiert werden soll. — Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde entgegengenommen. — Als Delegierte zu der am 10. Juni in Brandenburg stattfindenden Bezirkskonferenz wurden gewählt: Rader, Koschinski, Wiesner, Jörn und Kückerl.

Deutscher Holzarbeiterverband. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung erstattete Glöcke den Bericht der Ortsverwaltung für das erste Quartal. Er führte unter anderem aus: Trotz der schlechten Konjunktur sind eine Anzahl von Streiks bei Nichtvertragsmeistern geführt, bei denen es sich um Zurückweisung von Lohnabzügen handelte. Gestreikt wurde in 34 Betrieben mit 667 Beteiligten. Fast alle Branchen waren an diesen Differenzen beteiligt. Eine ganze Reihe dieser Streiks schlossen mit einem Erfolge der Kollegen ab. In verschiedenen Fällen konnte ein Erfolg nicht erzielt werden, weil Gelde als Streikbrecher austraten und den Erfolg vereitelten. Die Gelben besorgten die Lakti, beim Ausbruch eines Streiks ihre Leute aus anderen Werksstätten herauszuziehen und nach der bestreikten Werksstätte zu schicken. So ist der gelben Streikbrecherkolonne in der Tat gelungen, einige Streiks zu hintertreiben. 19 Streiks mit 328 Beteiligten hatten Erfolg für die Streikenden. Die Arbeitslosigkeit war zu Anfang des Quartals so groß wie in den schlechtesten Krisenzeiten. Gegen Ende des Quartals wurde die Lage jedoch günstiger. — Auch bei Vertragsmeistern gab es Differenzen. Infolgedessen wurde in 100 Fällen die Schlichtungskommission angerufen. In 145 Fällen wurde verhandelt, in 30 Fällen unter Hinzuziehung von Sachverständigen. — In der Mitgliederzahl ist ein wesentlicher Fortschritt nicht eingetreten. Der Mitgliederbestand stieg von 26 000 auf 26 300. Die Kollegen müssen durch rege Agitation zur weiten Vernehmung der Mitgliederzahl beitragen.

Die vom Kassierer Wiese erstattete Abrechnung schließt für die Lokalkasse mit einer Einnahme von 379 372,57 M., einer Ausgabe von 161 184,87 M. Der Bestand beträgt 218 187,70 M., er hat sich aber im gegenwärtigen Quartal vermindert, da die Revisionsprüfung circa 34 000 M. erfordert hat. Infolge der starken Arbeitslosigkeit sind die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung erheblich gestiegen. Für Unterstützungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 169 729 M., an Kranke 49 117 M., an Streikende 14 760 M., an Gemahregelte 16 484 M., für sonstige Unterstützungsweize 5376 M.

Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis waren, wie Guth berichtete, 11 618 Arbeitslose eingeschrieben, 10 065 Stellen wurden gemeldet und 8672 besetzt. Am 3. Januar wurde die höchste Zahl der Arbeitslosen, nämlich 3913 verzeichnet. Die niedrigste Zahl, 2198, brachte der 28. März. Gegenwärtig sind 2491 Arbeitslose eingeschrieben. — Der Arbeitsnachweis des Verbandes verzeichnete

Lanzrestaurant „Moulin Rouge“, erkennt sich dort und kommt dann in einem dritten Akt durch verschiedene Späße hindurch zu einem höchst anständigen Ende.

Eine wirkliche musikalische Komödie zu erwarten, ist da durchaus nicht unvernünftig. Der Komponist, Jean Gilbert mit seinem Namen (oder wahrscheinlich seinem Pseudonym), zeigt nicht nur die Fähigkeit, sondern auch tatsächliche Anläufe zu einem Typus von Komposition, der urwüchsig die Welt auf den Kopf stellt. Sätzchen, die Verschiedenstes ineinander bringen, harmonische Wendungen, die mit tragischen Aussehen alten, dröhlige Verwendung der Parze und tiefster Blässione: derlei kommt besonders bei einem Duett und einem Terzett des ersten Aktes zur Geltung. Aber nun verlangt der Operettenschimmel sein Futter, und der Rest ist wohlbekannte Simpel für Publikum — nicht einmal mit den tollsten Ersterungen, die im zweiten und dritten Akt schlag naheliegen.

Der darin nur die Geschicklichkeit und die Unterhaltlichkeit sieht, kommt bestens auf seine Rechnung. Und Jari v. Petrak, die uns bisher in mehr sentimentalen Souveränenrollen gut aufgefallen war, entfaltet hier ihre günstigen Mittel zu einer in Spiel und Song durchschlagenden Leistung, getragen von einer Regie, deren Flottheit auch über Unzulänglichkeiten in Sprache und Gesang bei einigen Mitwirkenden hinweghilft. sz.

Notizen.

— Der Hildesheimer Silberfund, der 1808 gefunden und später ins Berliner Museum kam, ist Gegenstand einer phantastischen Hypothese geworden. Der herrliche Silberfund, der vorzügliche Kunstarbeiten aus der Zeit von 200 vor Christi bis zu Augustus herunter und daneben plumpe barbarische Gefäße enthält, wird nun von Prof. D. Seel in der „Deutschen Rundschau“ als ein Teil der dem Varus in der Teutoburger Schlacht abgenommenen Beute erklärt. Denn nur ein Mann wie Varus konnte so hervorragende Kunstwerke, die zum Teil auf Afrika hinweisen, wo er vorher tätig war, besessen haben. Späterer Besitzer aber soll Hermann der Cheruskier gewesen sein, der kurz vor seinem Untergang seine Kostbarkeiten vergrub, nachdem er die minderwertigeren Teile zur Verlobung seiner Wännen zerstückelt hatte. Diese Anekdote ist zwar sehr lächerlich, aber historisch genau soviel wert wie die Zurschätzung der Nibelungenfrage und des Nibelungenliedes auf Hermann und den Hildesheimer Silberfund.

— Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird am 9. und 10. Juni ihre Jahresversammlung in Dresden abhalten. An wissenschaftlichen Fragen steht die Diskussion über die fernere Abstinenz und ihre Einwirkung auf die Gesundheit auf dem Programm, deren Referenten Prof. Gulsberg, Berlin und Dr. Löwenfeld, München sind. Am Nachmittag des 10. Juni wird Prof. Blaschko, Berlin über die Unterdrückung der Schutzmittel gegen die Geschlechtskrankheiten durch Befestigung und Rechtsprechung referieren.

Nach dem von Spätker erstatteten Bericht 1139 Arbeitslose, 600 Stellen wurden gemeldet, 400 besetzt.

Nachdem die Berichte erledigt waren, nahm die Versammlung folgende Anträge an:

Den Delegierten der Generalversammlung wird empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß das Arbeiten von Tischlern an den Holzbearbeitungsmaschinen nach Möglichkeit unterlassen wird.

Dem Reglement für die Generalversammlungen ist anzufügen: Die Delegierten haben ihr Mandat persönlich auszuüben.

Die Kollegen der Zahlstelle haben ihre Beiträge in den Werkstätten an den Vertrauensmann zu entrichten.

Als Mitglied des Hauptvorstandes wurde Verneau gewählt.

Gerichts-Zeitung.

Kann der Vater die Sparfassenbücher seiner unmündigen Kinder in Zahlung geben?

Das Reichsgericht bejaht das freie Verfügungsrecht des Vaters über die Sparfassenbücher seiner Kinder, unter anderen Ausführungen mit der Erwägung, daß der Vater als Inhaber der elterlichen Gewalt freier gestellt ist als der Vormund.

Der Prozeßstoff dieses Rechtsstreits ist folgender: Die Klägerin behauptet, daß sie ihr in Schneberg gelegenes Eisenwaren- und Seifengeschäft im Oktober 1908 durch mündlichen Vertrag an den Beklagten verkauft habe. Der Beklagte hat vier Sparfassenbücher der Berliner Sparkasse, auf die insgesamt 4270,99 Mark eingezahlt worden sind, als Teilzahlung hingegeben. Später hat er die Anzahlung der Beträge an die Klägerin verbündet und Wandlungseindecke zwecks Rückgängigmachung des Kaufs erhoben. Zuletzt hat er geltend gemacht, daß die Sparfassenbücher auf den Namen seiner vier minderjährigen Kinder gelautet hätten und deren Eigentum seien, über das er nicht habe verfügen dürfen. Schon deshalb sei der Vertrag null und nichtig. Die Klägerin verlangt in der Klage Auszahlung der Summe in Höhe von 4270,99 M., sowie den restlichen Kaufpreis von 1819,60 M. Der Beklagte hat durch Widerklage Herausgabe der Sparfassenbücher begehrt. Das Landgericht hat die Widerklage abgewiesen und den Beklagten zur Einmündigung in die Anzahlung der Sparfassenbücher verurteilt. Das Kammergericht zu Berlin hat dieses Urteil unter Zurückweisung der Berufung des Beklagten bestätigt. Ebenso das Reichsgericht. In den Entscheidungsbegründungen legt der höchste Gerichtshof unter anderem dar: Sparfassenbücher sind keine Inhaberpapiere, sondern bloße Legitimationspapiere nach § 508 B. G. B. Die Eingabe und die Annahme der Sparfassenbücher erfolgte nach dem Vertrage beider Teile, wie er sich aus den beiden Tatbeständen ergibt, zur Befriedigung der Kaufpreisforderung, welche die Klägerin an den Beklagten zu machen hat. Somit hat nicht etwa eine Verpfändung, sondern eine Abtretung der Forderungen der Kinder des Beklagten an die Klägerin nach § 398 B. G. B. stattgefunden, wenn man keine Behauptung als richtig unterstellt, daß die Sparfassenbücher seinen Kindern gehörten. Die Abtretung erfolgte zahlungshöher und nicht etwa an Erfüllungsort nach § 364 B. G. B. Diese Abtretung wurde von dem Beklagten nicht etwa in eigenem Namen als Abtretung einer eigenen Forderung vorgenommen, sondern er handelte bei der Abtretung im Namen seiner Kinder, um seine eigene Schuld zu tilgen.

Es steht auch nicht etwa die Ueberrahme einer obligatorischen Verpflichtung der minderjährigen Kinder zur Tilgung einer Schuld ihres Vaters, also einer fremden Schuld, in Frage, sondern es handelt sich allein um das dringliche Abtretungsgeschäft. Nun verbietet § 1812 Abs. 1 B. G. B. dem Vormund die Verfügung über eine Mündelverfügung ohne die Genehmigung des Gegenvormundes und verlangt im Falle des § 1822 Nr. 10 B. G. B. die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Der Vater als Inhaber der elterlichen Gewalt dagegen ist freier gestellt. Es wurde in den Motiven, Band IV, Seite 465/766 erzwungen, daß es hier nicht nur um einen Gegenvormund fehle, der die Genehmigung zur Verfügung über Mündelverfügungen zu erteilen hätte, sondern man nahm auch an, daß eine solche Beschränkung der Vertretungsmacht mit der durch die natürlichen Verhältnisse angelegten freien Stellung des Vaters und mit den Interessen des Kindes nicht wohl zu vereinbaren sei; das natürliche Verhältnis zwischen Eltern und Kindern — so wurde angenommen — verbürge, daß von der elterlichen Verwaltung kein Mißbrauch werde gemacht werden. Der Gesetzgeber überließ deshalb die freie Verfügung über Mündelverfügungen dem Inhaber der elterlichen Gewalt.

Eine solche Handlung liegt in der Vertretungsvollmacht des Vater-Vormundes (§§ 1827, 1830 des B. G. B.). Es kann dann nur, wenn er seine Vertretungsmacht mißbraucht, gegen ihn durch Entziehung der Vermögensverwaltung und der Vertretungsbefugnis in Vermögensangelegenheiten seiner minderjährigen Kinder nach Maßgabe der §§ 1606, 1679, 1760 Abs. 2 B. G. B. vorgegangen werden, wenn der Tatbestand dieser Gesetzesvorschriften erfüllt ist. — Aus diesen Gründen hat das Reichsgericht die Revision des Beklagten zurückgewiesen. (Wt. Z. II. 894/10. — Urteil vom 3. März 1911.)

Drei gefährliche Geldschrankdiebe,

deren Tätigkeitsgebiet sich nicht auf Berlin beschränkte, die vielmehr auch Kunstreisen in die Provinz unternommen haben, standen gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Sie gehörten zur „Kolonne Tugend“. Die Anklage richtete sich gegen den Arbeiter Theodor Tugend aus Niddorf, den Arbeiter Gustav Krebs und den Arbeiter Gustav Hlawatsch, mehrfach bestrafte Geldschrankdiebe, denen jetzt vier Einbrüche zur Last gelegt wurden. Auf dem Gerichtstage lag eine ganze Sammlung verschiedenartiger Werkzeuge, wie sie zum Öffnen von Geldschränken benutzt werden. Wie sich aus der Aussage des Kriminalschuttmanns Anger ergab, steht diese Spezialität des Verbrechertums in Berlin jetzt wieder in höchster Blüte. Es sind etwa 100 Geldschrankdiebe in Berlin in Tätigkeit, von denen 60 bis 70 hinter Schloß und Riegel sitzen und 30 sich noch in Freiheit befinden. Das den Verbrechern zur Verfügung stehende Werkzeug ist demnach vervollkommen, daß die Verbrecher die Geldschränke mit Leichtigkeit öffnen können; eigentlich bieten nur noch gepanzerte Geldschränke einigen Schutz. Erst vor kurzem ist die „Kolonne Tugend“ festgenommen worden. Sie bestand aus jungen Leuten im Alter von ca. 20 Jahren, die in einem Falle bei einem Geldschrankdiebstahl 4000 M. erbeutet und das ganze Geld in 14 Tagen in Hamburg und Bremen verjubelt hatten. Ein Mitglied dieser Kolonne wurde gestern als Zeuge in dieser Strafsache vernommen. Bei den nächtlichen Einbrüchen, die ihnen zur Last gelegt werden, haben die drei Angeklagten entschieden Recht gehabt: sie haben nicht nur eine geringe Beute gemacht, sondern in einem Falle auch in der Ueberraschung über eine unliebsame Störung ihrer Tätigkeit einige Werkzeuge und einen Spazierstock stehen gelassen, die ihnen zum Verrat wurden. In der Nacht vom 11. zum 12. Februar wurde ein Einbruch bei dem Silberfabrikanten Meyer in Köpenick verübt. Der Geldschrank war gewaltsam geöffnet worden, den Dieben war aber nur eine Summe von 60 M. zur Beute gefallen. Zwei Polizeibeamten in Köpenick waren zwei Männer verdeckt vorgekommen, die in einem dortigen Gasthof logiert hatten und nach dem Diebstahl aus Köpenick abgereist waren. Sie haben später die beiden ersten Angeklagten als die verdächtigen Personen wiedererkannt. Die hiesige Polizei war dann hinter den drei Angeklagten, die sie als alte Geldschrankdiebe kannte, her. Am 28. Februar wurde im Geschäftstotal von Lennig u. Jahn ein Einbruch verübt. Als der Wächter ein verdächtiges Geräusch hörte, in den Vorraum zum Lageraum trat, stand er plötzlich einer Person gegenüber, die in der offenen Kontortür stand und ihm mit einer Bleiblatene in das Gesicht schlug. In demselben Augenblick wurde von einer anderen Person die innere Tür zum Lager, in welcher der Wächter stand, geschlossen, so daß letzterer drücken blieb. Der Wächter glanzte einige Personen, die die Räume durchsuchten, aber die

Diebe nicht finden konnten. Diese waren in nicht erklärlicher Weise entkommen; in der Eile hatten sie zwei Dreifüßen, einen Leinwandlad mit Werkzeug und einen braunen Spozierrock zurückgelassen. Der Polizei gelang es später, die Schloffer, bezw. Schmiedemeister zu ermitteln, die die Werkzeuge angefertigt hatten, und es konnte festgestellt werden, daß ein Teil des Werkzeugs für Tugend, ein anderer Teil für Krebs angefertigt worden war. Die Spur war schon vorher auf diese beiden gelenkt, denn die Vertrauensmänner der Polizei hatten sie in der Nähe des Tataris gesehen. Ein dritter Geldschrankdiebstahl ist von den drei Angeklagten in der Nacht zum 16. März in der Cadiner Straße 17, ein vierter am 18. März am Alexanderplatz 8 verübt worden. Auch in diesen Fällen hatten die Vertrauensmänner der Polizei belastende Beobachtungen gemacht. — Die Referendare Graunhorst, Wittmann und Dr. Schadian, denen die Verteidigung der Angeklagten zugefallen war, zweifelten zwar die absolute Zuverlässigkeit solcher Vertrauensmänner der Polizei an, der Gerichtshof hielt aber die Schuld der Angeklagten für zweifellos festgestellt. Der Angeklagte Tugend, der nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Marx minderwertig ist, wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, Krebs, der technische Leiter der Kolonne, zu 8 Jahren Zuchthaus und Hlawatsch zu 5 Jahren Zuchthaus nebst Ehrenverlust bestraft und die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Der Frauenmord am Humboldthafen,

der seinerzeit großes Aufsehen erregte, wird nunmehr in der nächsten Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I seine Sühne finden. Angeklagt sind der Wächter Gustav Wegener und die Gelegenheitsarbeiter Georg Weisner und Otto Wolff. Den Vorsitz im Gerichtshof wird Landgerichtsdirektor Schmidt führen, die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Carl vertreten, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Puppe, Dr. Philipp und Dr. Fikardt. Die Anklage lautet auf Mord durch Gift mit Todeserfolg bezw. Beihilfe, worauf lebenslängliche Zuchthausstrafe steht. Der Prozeß wird ähnlich diesem Sittenbild aufrollen, wie sie vor Jahren in dem Heine-Prozeß zur Sprache kamen. — Wie noch einmal zu erinnern sei, wurde am 28. Oktober v. J. an der Luhebrücke ein in einem Saal befindlicher und besterweiblicher Leichnam aus der Spree gelandet. Die sofort von den Kriminalkommissaren Peters und Walter eingeleiteten Ermittlungen führten allmählich in die Gegend des Humboldthafens. Dort sollte vor einiger Zeit eine Frauenspezon verschunden sein. Um die Persönlichkeit der Toten festzustellen, wurde dem Leichnam der Kopf abgetrennt und von dem Vorsitz der Leichenschauhauses, Kriminalkommissar Dr. Kössy auf chemischem Wege sojournat-getreu wieder hergestellt. Nach diesem Kopfe sowie an anderen Merkmalen wurde in der Gegend mit einiger Sicherheit eine gewisse Schmidt ermittelt. Eine genaue Feststellung der Persönlichkeit der Toten ist jedoch bis jetzt noch nicht gelungen. Mit dieser angeblichen Schmidt und der Hauptbelastungszeugin Wesemeyer sollen sich nun die Angeklagten sowie der Arbeiter Richter, der sich inzwischen in dem Untersuchungsgefängnis erhängt hat, auf eine an dem Humboldthafen veranlassete Bille begeben haben. Die sich hier abspielenden Szenen, die nahe an Luimord grenzen, sollen damit enden haben, daß einer der Angeklagten der Schmidt, um ihren Widerstand zu beseitigen, ein Messer auf den Mund drückte. Hierdurch wurde durch Erschütterung der Tod der Schmidt herbeigeführt. Als die drei sahen, was sie angerichtet hatten, wurden sie von der Angst gepackt. Sie entkleideten die Leiche und steckten sie in einen Saal, den sie dann in die Spree warfen. — Diese Angaben beruhen im wesentlichen auf einem später widerrufenen Geständnis des verstorbenen Richter und den Angaben der Wesemeyer. Auf letztere hat jene nächtliche Schredenszene infolge absprechend gewirkt, daß sie jenem Lebenswandel entsagt hat und sich jetzt durch ehrliche Arbeit durchs Leben schlägt. — Eine der interessantesten Figuren in diesem nächtlichen Drama ist der angeklagte Wächter Wegener. Dieser hatte den städtischen Lagermeister am Humboldthafen zu bewachen und soll anstatt seinen Dienst zu tun, dem Gefindel Unterschlupf gewährt haben. Wegener, der Familienvater ist, soll sogar mit mehreren Frauenpersonen, die sich dort am Hafen herumtrieben, nähere Beziehungen unterhalten haben. — Die Verhandlung wird einen großen Umfang annehmen, da ein nächstlicher Lokaltermin wegen der Glaubwürdigkeit der Zeugin Wesemeyer stattfinden wird.

Aus aller Welt.

Ein glücklich entdecktes Attentat.

Die Pariser Polizei und ihr Herr und Meister Lepine scheinen das Bedürfnis zu haben, ihre Unentbehrlichkeit der Welt in Erinnerung zu rufen. Wie ein Telegramm aus Paris meldet, ist die Pariser Hermandad einem fürchterlichen Anschläge auf die Spur gekommen. Gestern wurden ein Goldschmiedegebiße und zwei Handlangergehülfe verhaftet, die im Verdacht stehen, an einer Veranschaulichung zum Zwecke eines Dynamitanschlags gegen die Polizeipräfektur beteiligt zu sein. Einer der Verhafteten sei durch das Los bestimmt worden, den Anschlag auszuführen.

Sonderbar, daß die Polizei in der Entdeckung geplanter Attentate immer so fündig ist, während bei der Aufhellung großer Kriminalverbrechen gewöhnlich die Intelligenz versagt. Offenbar sind die „Verächter“ Menschen, die gar zu gern die Polizei ins Vertrauen ziehen. Oder spielen etwa die Korruptionsfonds der Polizei bei der Arrangierung der Veranschaulichungen eine Rolle?

Die Entführung des Ingenieurs Richter.

Die Verhandlungen wegen der Freilassung des Ingenieurs Richter hängen nach einem Telegramm aus Saloniki noch einige Tage in Anspruch nehmen. Die Höhe des Lösegeldes ist noch nicht bekannt, da noch keine Forderung mit den Räubern genommen ist. Auch ist die prinzipielle Frage, ob die türkische Regierung das Lösegeld tragen wird, noch nicht entschieden. Inzwischen verläutet an zuständiger Stelle, daß die Regierung bereit sei, das Lösegeld zu tragen. Inzwischen ist die Verfolgung der Räuber im Interesse Richters ganz abgebrochen worden.

Zur Erythronkataklyse in Nicaragua.

Wie aus Managua gemeldet wird, sind 117 Leichen aus den Trümmern des durch Explosion zerstörten Militärareals geborgen worden. Antlich wird erklärt, daß die Explosion auf ein politisches Komplott zurückzuführen ist. Viele Anhänger des früheren Präsidenten Estrada sind verhaftet worden. Die Hauptstadt befindet sich tatsächlich im Belagerungsstand.

Christliche Jugendbildung.

Im „Stadt-Anzeiger“ der „Kölnischen Zeitung“ ist zu lesen: Die Jugendabteilungen des christlichen Vereins junger Männer (Köln) haben in diesem Jahre ihre Sommerveranstaltungen mit einem Kriegsspiel auf der Wälder Heide eingeleitet. Etwa 400 Jungen aus den Kölner, Bonner und Godesberger Jugendvereinen standen sich als blaue und rote Armeen gegenüber. Unter Vorantritt der von einigen Vereinen gebildeten Trommler- und Musikkorps fand im Anschluß an das Gesecht ein Paradezug statt. Dann ging's zum Schützen-Wirt, der die schweizerische Aufgabe der Verpflegung der Truppen so glücklich löste, daß die Jungen kräftiger Erbsensuppe und Käsebraten gar nicht zu bewältigen waren. Der Nachmittag war dem Spiel und der Besprechung des Gesechts vorbehalten, wobei den Jungen die Bedeutung der Kriegsspiele als Grundstein zum Lernen des soldatischen Gehorsams und der Treue zu Kaiser und Reich vor Augen geführt wurde.

Diese Kriegsspiele, die auf den Massenmord dreifachen, sind ja eine wunderbare Ergänzung der christlichen Erziehung, zu der ja auch wohl das Wort: Du sollst nicht töten! gehört:

Kabener. Mit einem krassen Fall von Kindesmißhandlung hatte sich das Londoner Schwurgericht zu beschäftigen. Das Ehepaar Kellall hatte sein jetzt neunjähriges Kind, eine Tochter, jahrelang eingesperrt und ungenügend ernährt. Das Kind wog nur 13 Pfund und war nur 27 Zoll groß. Das Ehepaar erhielt sechs Monate Zwangsarbeit.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Auf der Chaussee Bornthum-Bütow in Pommern überfiel sich während der Fahrt ein Automobil. Von den drei Insassen wurde der Uhrmacher Reichert aus Bornthum getötet, ein Wählenerberger Braun schwer verletzt. Der leichtverletzte Chauffeur wurde verhaftet, da durch seine Schuld das Unglück entstanden sein soll.

Ein vierjähriger Mörder hingerichtet. Der Invalide August Becker aus Jfenburg, der wegen Ermordung seiner Frau, seiner Schwiegertochter und seiner Enkelkinder vom Schwurgericht Halberstadt viermal zum Tode verurteilt worden war, ist gestern früh durch den Scharfrichter Gröpler-Magdeburg hingerichtet worden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. Juni, vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 8: Festvortrag von Fr. Ida Altmann: „Sonnenzeiten“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 60, vorn vier Treppen — 1. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Dankzettel und eine Schrift als Wertgegenstand beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmündigungsbescheinigung beiliegt, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Heute, Sonnabend, fällt die juristische Sprechstunde aus.

H. St. G. Vermittelt die betreffende Organisation, Transportarbeiterverband, Berlin, Engelauer 14/15. — U. O. Mosbit. Tragezeit 21 bis 22 Wochen, können also demnach sehr wohl jährlich zweimal kommen. — B. 2. 1. Solche geschäftliche Verbindung haben wir nicht. — W. 2. 12. Diese Verbindungen sind uns am dortigen Orte nicht bekannt. — W. 2. 12. Unterer Wiesen 1, 2, 65 Meter 2 ungefähr 240 Meter. — Max Str. 65. Dazu ist der betreffende nicht berechtigt. Wenn Sie sich in künftigen Fällen sofort an einen unserer hiesigen Abgeordneten. — C. 3. 100. Es ist nicht möglich, vom Ort meistenteils im Interesse seines Patienten gewählte Auskünfte im Briefkasten näher zu bezeichnen. — G. N. 999. Rein. — U. 3. 25. Sie haben nach wie vor Anspruch, Klagen Sie beim Amtsgericht. — U. 3. 30. G. St. 1. In 30 Jahren 2 Aufzucht unterrichtet die Verjährungsfrist nicht. — G. 3. 12. Schuldverhältnisse mit daran anschließendem Ehelichkeitsverhältnis. — W. 2. 1. Rein. 2. In drei Monaten, bei schwerer in fünf Jahren. — S. 1132. Besprechen Sie die Angelegenheit mit Ihrem Anwalt. Antrag auf Vernehmung eines Sachverständigen empfiehlt sich. — Sp. 303. Sie haben nur dann Anspruch, wenn der Schwiegervater vor dem Kinde verstorben ist. — J. 99. Die Armenvorsicht erhalten jährlich 300 M.

Marktpreise von Berlin am 1. Juni 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidenten. Kartoffelpreise (Meinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linen 30,00—60,00. Karffel 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,50. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,50. 60 Stück Eier 2,50—4,40. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,20. Hais 1,40—3,00. Hander 1,40—3,80. Hechte 1,20 bis 2,60. Barsche 0,80—2,00. Schlei 1,20—3,40. Dorsch 0,60—1,60. 60 Stück Krabbe 2,00—3,00.

Witterungsbericht vom 2. Juni 1911.

Ort	Temperatur	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Sicht	Luftdruck	Luftfeuchtigkeit	Rel. Luftfeuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Sicht	Luftdruck	Luftfeuchtigkeit	Rel. Luftfeuchtigkeit
Amstelveen	774	NO	3	spollent	13	767	767	97	2	Wester	17	17	1013,5	76	97
Hamburg	773	D	3	spollent	14	768	768	97	1	Wester	11	11	1013,5	76	97
Berlin	773	D	3	spollent	14	768	768	97	1	Wester	11	11	1013,5	76	97
Frankfurt a. M.	767	NO	3	spollent	16	770	770	97	1	Wester	14	14	1013,5	76	97
München	767	NO	3	spollent	16	770	770	97	1	Wester	14	14	1013,5	76	97
Wien	767	D	2	bedeckt	12	765	765	97	1	Wester	16	16	1013,5	76	97

Wetterprognose für Sonnabend, den 3. Juni 1911. Trocken und wolkenlos heiter, nachts ziemlich kühl, am Freitag warm bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 6. Juni	am 5. Juni	Wasserstand	am 6. Juni	am 5. Juni
Havel, Mühl	125	-5	Saale, Groditz	149	-7
Havel, Jüterbog	42	-1	Havel, Spandau	82	-3
Havel, Teltow	178	-14	Havel, Rathenow	68	-4
Oder, Rastow	284	+33	Spree, Spremberg	74	-2
Oder, Strossen	343	-14	Elbe, Buxtehude	68	0
Oder, Frankfurt	344	+33	Elbe, Rendsburg	-74	+5
Elbe, Schwarm	110	+4	Elbe, Rendsburg	-10	+2
Elbe, Lüneburg	39	0	Elbe, Rendsburg	458	+6
Elbe, Barmstedt	-4	-1	Elbe, Rendsburg	240	+5
Elbe, Elmhorn	46	+7	Elbe, Rendsburg	229	+7
Elbe, Barmstedt	-33	+1	Elbe, Rendsburg	65	-9
Elbe, Barmstedt	171	-10	Elbe, Rendsburg	175	+3
Elbe, Magdeburg	148	-6	Elbe, Rendsburg	86	-4

+) + bedeutet Hoch, — Hoch, — ?) Untersee.

Dr. Simmel Greift zu!

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41. (sicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12-2-4)

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden

Dr. Popke, Rosenhaler Str. 70, Spr. 9-2, 6-8, Sonnt. 9-3

Monats-Garderobe

Spezialhaus für wenig getragene, fast neue Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gedruckt-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Hirschaletts, Reittücher (auch für konstante Herren), sowie Kellner-Jackets, Fracks, schwarze Trenchcoats. Die Kleider sind teils aus Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, kauf man spottbillig bei

Welingarten, Prinzenstr. 28, I. Etage, (Schloss Rittershof, früher 20 Jahre Altkönig Str.), Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten

10 Pf. Tour, Elektr. Bahn, Targellen 2000 M. an, Königspl. 300., 2469, Rüdiger, Reuterstr. 17.

Tivoli Luckenwalde

Inhaber Georg Back, Fernspr. 53. — 5 Minuten v. Bahnhof, Gr. Theater u. Konzert-Etablissement, Gr. u. B. Säle von 50—3000 Pers. fast 10 000 m² großer Sportplatz, Großbühnen, 100er Plätze, modern eingerichtet Sommerbühne, Warme Küche zu jeder Tageszeit.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert Wäschefabrik Leib- und Bettwäsche, Kleiderstoffe aus realer Leinwand, Offerten unter T. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 280.)
Am 28. d. M. verstarb plötzlich
unser Mitglied, der Buchbinder
Paul Marowsky
Görlitzer-Str. 79.
Ehre seinem Andenken!
Tag der Beerdigung wird noch
bekannt gegeben, da sich die Leiche
im Schauhause befindet.
Der Vorstand.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser Kollege, der
Buchbinder
Paul Marowsky
am Sonntag, den 28. Mai, plötz-
lich gestorben ist.
Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 3. Juni, nachmittags
4 Uhr, auf dem Simeons-Friedhof,
Berl., Tempelhofer Weg, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
24/4 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
(Bezirk 351 III.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Hermann Vergens,
(Simon-Dach-Str. 30)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 6. Juni (3. Feiertag)
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentralfriedhofes
in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
21/11 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
innigstgeliebte Gattin, unsere
herzensgute Mutter, Tochter,
Schwester, Schwägerin und tante
Emma Warnat
geb. Jäkel
nach einem langen, schweren Leiden
im Alter von 34 Jahren sanft
entschlafen ist.
Schmerzerfüllt zeigt dies an
und bittet um stille Teilnahme
Otto Warnat, Boberstr. 21,
im Namen der Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 6. Juni, nach-
mittags um 1/2 Uhr, von der
Kapelle des St. Philippus-Apostel-
friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus
statt. 20915

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unsere Genossin Frau
Emma Warnat
(Boberstr. 21)
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 6. Juni, nach-
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seefische, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/20 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Hölz
am 31. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juni, nachmittags
1 1/2 Uhr, von der Halle des
Kazareth-Kirchhofes in Reinick-
dow aus statt. 84/6
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung meines lieben Sohnes
und Bräutigams
Emil Seitz
sagen wir allen Beteiligten, insbe-
sondere dem Turnverein "Richter",
den Sängern, sowie den Kollegen
und Kolleginnen der Firma Sitten-
feld unseren herzlichsten Dank.
**Ww. A. Seitz,
Lieschen Gebauer.**

Danksagung.
Für die mir anlässlich des Todes meines lieben
Sohnes, des Fabrikbesizers
Otto Blumenberg
in Firma Wilhelm Behr
so zahlreich erwiesene Teilnahme spreche ich hier-
mit meinen herzlichsten Dank aus.
Erna Blumenberg
geb. Brauwers.
Berlin-Schöneberg im Juni 1911:

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die herrlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines unergötlichen
Sohnes, unseres Vaters
Paul Hercht
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, sowie dem
Arbeiter-Turnverein Weiskamer, dem
Deutschen Transportarbeiterverband
und dem Deutschen Holzarbeiterver-
band unseren innigsten Dank.
Ww. Elisabeth Hercht nebst
Kindern.

Restaurant „Wald-Idyll“
Schmöckwitz
Bedeutend vergrößert — im Wald und am Langen See gelegen. 2 Säle,
Seeterrassen, Herren- und Damen-Badeanstalt, Ruderboote,
Heberfestelle, Dampferbrücke, Ausspannung, Verbindung: Stadtbahn
oder Görlitzer Bahnhof—Schnalbe; Dampfer nach allen Richtungen.
Prächtige Fußpartie von Grünau ab auf schattiger Waldpromenade am
See entlang. Terrinen und Fabriken hält sich bestens empfohlen.
E. Noack, Fernsprecher: Jeutigen 31.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung unserer lieben
Tochter, der Studentin **Martha
Kreuschner,** sagen wir allen
Beteiligten unseren innigsten Dank.
20926 **Familie Kreuschner.**

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 13
Ecke Schulstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
— guten — **Sommer-Anzügen** und **Paletots**
für **Herren** und **Knaben** zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an
in eigener Betriebswerkstätte. 4251L*

Von heute ab
totale Räumung des gesamten Lagers
in **Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten** bei
Westmann
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Ich empfehle meiner geehrten Kundschaft, sich schnellstens herzubemühen,
da sonst die **besten Sachen vergriffen** werden
ca. 15 000 Piesen, bestehend in:
Leinen-Kostümen zum Aus- 15.—, 25.— sonst Preis
such. M. bis M. 72.—
Kamm- u. Tuch-Kostümen zum Aus- 25.—, 39.— sonst Preis
such. M. bis M. 125.—
Seiden- und Tüllmänteln zum Aus- 25.—, 45.— sonst Preis
such. M. bis M. 150.—
Bast-Kostümen zum Aus- 40.—, 60.— sonst Preis
such. M. bis M. 350.—
Röcken, Blusen zum Aus- 4.—, 12.— sonst Preis
such. M. bis M. 65.—
Gesellschafts-Kleidern zum Aus- 15.—, 33.— sonst Preis
such. M. bis M. 150.—
2. Pfingstfeiertag geöffnet 9-10, 12-2. — Sonnabend geöffnet bis 5 Uhr abends.



R. Voigts Krampenburg,
vis-à-vis Schmöckwitz.
An allen 3 Feiertagen:
Konzert und Ball.
Abfahrt der Dampfer von der Wallenbrücke
(Kahnt & Herzer) und Jannowbrücke (Stern-
Gesellschaft)
Von der Michaelisbrücke, a. d. Michaelisstraße
Pfingst-Extrafahrten.
Am 1. Feiertag, Abf. 7 Uhr früh: Promenadenfahrt
mit Nacht nach „Prinzengarten“ am Müggelsee. Ankunft in Berlin 12 Uhr
mittags. Preis: einfache Fahrt 40 Pf., hin und zurück 50. 2. Feiertag,
Abf. 9 1/2 Uhr früh nach Krampenburg u. Schmöckwitz. 10 1/2 Uhr früh nach
Wollersdorf u. Neu-Helgoland. 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg und
Schmöckwitz. Preis: einfache Fahrt 50 Pf., hin u. zurück 60 Pf. 3. Feiertag,
Abf. 9 1/2 Uhr früh nach Krampenburg, Schmöckwitz, Neue Mühle, Krampen-
burg, Schmöckwitz. 4. Feiertag, Abf. 9 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampen-
burg, Schmöckwitz. 9 1/2 Uhr nach Wollersdorf, Neu-Helgoland. Preis: hin und
zurück 50 Pf., Kinder die Hälfte.
Reederei Jachow, Tel. 7, 6965.

Grim lieben Onkel Ernst
in Treptow, Neue Krug-Allee,
am 1. u. 2. Feiertag:
Großes Früh-Konzert
bei freiem Entree.
Charlottenburg
Krumme Str. 92.
Nur bis Pfingsten dauert der
Verkauf der **400 Jacketts**
Anzüge, alles hochmodern zu
noch nie dagewesenen billigen
Preisen, im einzelnen!
Rosenthal, Krumme Straße 92
2 Haus d. Berlinerstr.

Neumanns Volksgarten
Röderstr. 28/29 früher Meute Am Bahnhof
Landsberger Allee
An beiden Pfingstfeiertagen:
Frühkonzert und Frühvorstellung
des 4. Berl. Soziald. Wahlvereins und der Konsum-
Genossenschaft von Berlin und Umgegend, 7. Abtlg.
Nachmittags von 4 Uhr an:
Konzert □ Spezialitäten
Noch nie dagewesen! — Zum ersten Male in Berlin!
Fliegende Menschen.
F. W. Hardt mit seinem gänzlich neuen Repertoire
und das auserlesene Pfingstprogramm.
3. Pfingstfeiertag:
1. großes Kinder-Freudenfest
— **Gratis-Verlosung:** —
für Mädchen eine silberne Damen-Uhr,
für Knaben eine silberne Herren-Uhr.
Gr. Marionetten-Theater, Konzert, Spezialitäten,
Fliegende Menschen. — Freitanz.
Kaffeeküche 1 Ltr. 80 Pf., 1/2 Ltr. 40 Pf.
3 herrliche Kegelbahnen.
— **Anfang 4 Uhr.** —
Hochachtungsvoll **Friedrich Neumann.**

Brauerei Friedrichshain (am Königstor).
1., 2. u. 3. Pfingstfeiertag: **Große Festkonzerte.**
— 50 Künstler. —
Philharmonisches Blas-Orchester Direktion: Franz v. Blon.
— **Mitwirkung: 100 Sänger.**
Außerdem: **Gr. intern. Radrennen.** 3 spannende Rennen
auf der amerik. Home Train Rennbahn. 10 Rennfahrer. Es starten:
Tadewald, Techner, Pawke, Teizlaff, Theiss, Ehlert, Vinzelberg,
Casani usw.
— **Anfang 4 Uhr.** — **Entree 30 Pf.**
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag: **Früh-Konzert.**

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg
Röderstr. 11-13 (zwischen Landsberger Allee und Röderplatz).
Größtes und schönstes Establisement Groß-Berlins. 25 000 Verh. lassend.
Inmitten des herrlichen Parks. 11 000 qm großer See.
Ob schön! Ob 1. Pfingstfeiertag täglich! Ob Regen!
Gr. Konzert. □ Spezialitäten-Vorstellung.
Ausgetreten Turmseilkünstler der Welt: J. G. Elyett
und **Wish Warry.**
Ohne jede Konturanz: **Johnte** und **Wish Warry**, bester Kraftakt
der Gegenwart, u. a.: Das Balancieren eines besetzten Automobils
in den Händen. Balance eines Original-Militärgeschüßes in den Händen.
Abfeuern beselben. — **The Koros**, der beste Kopfbalance-Akt der Welt.
Jeanette u. Vallis, bester acrobatischer Tanzakt der Welt. ? **Susanna**
im Bade? Phänomenale Reueheit. **Mat Weobil**, number. komischer
Musikal.-Akt. **Paul Hoffmann**, Gesangsphänomen u. aktueller Humorist.
Geschwister Hartung, Phänomen. Grotesque-Humoristen.
Hiesem-Land u. Wasser-Fenerwerk. Beschienung einer
Festung, ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker **O. Masutho.**
Saben Dienstag: **Gr. Rinderfest** mit vielen Ueberraschungen und
Familienentzügen. Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag:
Gr. Ball. — 15 Ruderboote. Hiesem-Land-Fest. Volksbelustigungen
aller Art. — **Bei ungünstiger Witterung Schau f. 8000 Personen.**
Am 1. u. 2. **Gr. Früh-Konzert und Vorstellung.** Anfang
Pfingstfeiertag: 5 Uhr.

Abfahrtsst. Schillingsbrücke
am Schiffschen Bahnhof.
Am 1. und 2. Feiertag früh 8 Uhr mit Ruffel nach Neue Mühle.
Einfache Fahrt 50 Pf. — Früh von 8 bis 9,
mittags 2 Uhr nach Wollersdorfer Schleuse. Hin und zurück 50 Pf.
Am 3. Feiertag früh 8, mitt. 2 Uhr, nach Wollersdorfer Schleuse.
früh 10 Uhr nach Neue Mühle.
Hin und zurück 50 Pf. 2087b
Täglich von mittags 2 Uhr ab ca. 1/2 Stündl. nach Restaurant **Abfahrsst.**
Hiesem-Land, Bodentags 20, Sonntags 30 Pf. Dabeist: **Großes
Konzert.** Fahrgäste zahlen kein Entree. — Nach den Feiertagen täglich,
außer Sonnabend, früh 9, mittags 3 Uhr nach Wollersdorfer Schleuse,
früh 10 Uhr nach Neue Mühle, hin u. zurück 50 Pf. **R. Tismer.**

An allen 3 Feiertagen:
Gr. Extra-Dampferfahrten.
1. und 2. Feiertag durch die herrlichen Dampfer nach **Nedlitz.**
3. Feiertag nach **Baumgartenbrücke** und **Werder.**
Abfahrt vom Reichstagsufer an der Wallenbrücke vormittags 9 Uhr,
von Charlottenburg, Lecker Weg
Fahrpreis hin und zurück 1 M., Kinder 50 Pf.
Rever von der Oberbaumbrücke, Falkensteinstr. 49:
1. Feiertag nach **Schmöckwitz** Abf. vorm. 9 Uhr
2. **Wollersdorfer Schleuse** nachm. 2 1/2.
3. **Ziegenhals**
Am 3. Feiertag hin und zurück 50 Pf.
Dampfer sind an Vereinen
billig zu vermieten. **Reederei Kieck,** Falkenstr. 48
Tel. IV. 8197.

Reederei Kahnt & Herzer. Tel. VII.
3062
Pfingst-Dampfer-Extrafahrten ab **Walsenbrücke.**
Promenadenfahrt nach **Müggel** oder **Langensee.**
Am 1. Feiertag: Abfahrt 6 Uhr früh hin und zurück 50 Pf.
Am 2. Feiertag: Abfahrt 6 Uhr früh hin und zurück 50 Pf.
Nach **Teuplitz** (Tornow Idyll), Abf. 7 1/2 U. früh, hin u. zurück 2 M.
Nach **Wollersdorfer Schleuse**, Abf. 7 1/2, u. 2 1/2 U. Hin
Nach **Neue Mühle**, „ 8 „ 2 1/2 „ „ zurück
Nach **Ziegenhals**, „ 8 1/2 „ 2 1/2 „ „ zurück
Nach **Krampenburg**, „ 9 „ 2 „ „ 1 M.
Am 3. Feiertag:
Nach **Krampenburg**, Abf. 9 1/2, u. 2 1/2 U., hin u. zurück 70 Pf.
Fahrpreise sind im Vorverkauf in unserem Kontor: An der
Stralauer Brücke 4/5 zu haben. — Dampfer sind an Gewerk-
schaften, Vereinen etc. zu äußerst billigen Preisen zu vergeben.

Pfingst-Extrafahrten
v. Salon-Dampfer ab **Stralauer Tor**
(Waldbahnstation)
nach **Wollersdorfer Schleuse** (Schleß), (mit Musik). 1. Feiertag, vor-
mittags 9, nachmittags 2 Uhr. Hin und zurück 2 M.
2. Feiertag, vormittags 9, nachmittags 2 Uhr. Hin und zurück 1 M.
3. Feiertag, vormittags 9 und 10 Uhr, nachmittags 2, 10. Hin u. zurück
vormittags 60 Pf., nachmittags 50 Pf., Kinder die Hälfte.
Verbindung: Stadtbahn, S-Bahn, Straßenbahn (Wachstauer Brücke).
Reederei Fr. Saewert. Am 7, 11561, und Erfter 49.
Som 7. Juni an täglich vormittags 9 und 10 Uhr, nachmittags
2 1/2 Uhr. Hin und zurück 50 Pf. Kinder die Hälfte. D. D.
Verantwortlicher Redakteur: **Albert Wags,** Berlin. Für den
Inseratenteil verantw.: **H. Glase,** Berlin. Druck u. Verlag: **Domagala**
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer u. Co.,** Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Darum ist es unbedingte Pflicht jedes Arbeiters, alle Lokale zu meiden, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert werden.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu erobern.

Da uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird.

Zußerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Deetow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.

Zur Lokalliste wird berichtigend mitgeteilt, daß das Lokal „Gegemühle“ bei Strausberg ebenfalls frei ist.

Rixdorf. Morgen (1. Pfingstfeiertag) finden in den Lokalen von Felsch, Kenebedstr. 48/49, und im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6/10, Frühkonzerte vom Wahlverein statt.

Rixdorf. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt vom 3. bis 6. Juni inkl. geschlossen. Der Inventur halber wird die Rückgabe der ausstehenden Bücher bis spätestens 25. Juni gewünscht.

Berliner Nachrichten.

Die Dezentralisierung der polizeilichen Hundbureaus in Groß-Berlin

hat recht viele Unannehmlichkeiten und Umstände für die Kinder und Verlierer und auch für die Beamten im Gefolge. Wir reden hier nur von den polizeilichen Hundbureaus und sehen ab von den eigenen Hundbureaus der Eisenbahn und der Verkehrsvereinigungen.

gar nichts an, der Kutscher solle sich nach Halensee schieben. Wie im vorliegenden Falle es dem einen Kutscher ergangen ist, so soll es vielen anderen ebenso ergehen.

Im Interesse der Kinder wie im Interesse des verlierenden Publikums liegt es daher, daß auf diesem Gebiete grundlegende Änderungen eintreten. Der jetzige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar.

Um die Prenzlauer Straße verbreitern zu können, hat der Magistrat beschlossen, für die Ostseite neue Baufluchtlinien festzusetzen, die eine Verbreiterung der Straße auf 19 Meter vorsehen.

Eine Straßenbreite von 19 Meter für eine verkehrsdichte Straße ist recht gering. Die meisten Berliner Straßen verfügen über größere Breiten.

Die städtischen und andere öffentlichen Kassenbüros usw. werden heute um 1 Uhr geschlossen.

Ein Leidensweg für Rentenempfänger.

Die Arbeiterversicherungsrenten, welche beim Postamt 34 zu erheben sind, werden seit längerer Zeit in den „Prachtstuden des Ostens“, einem belakomten Saaletablissement in der Frankfurter Allee, ausbezahlt.

Die Ausstellung von Arbeitermöbeln im Gewerkschaftshaus bleibt am Pfingstsonntag geschlossen.

„Die Neue Zeit“ ist ausgeblieben und gelangt wie und die Buchhandlung Vorwärts mitzuteilen bittet erst heute Sonnabend zur Ausgabe.

Desgleichen gelangt „Der wahre Jakob“ diesmal nicht Dienstag sondern erst am Mittwoch den 7. d. M. zur Ausgabe.

Das Enteignungsrecht ist der Stadtgemeinde Berlin behufs Erwerbung der zur bebauungsmäßigen Freilegung der Greißwalder Straße erforderlichen Flächen verliehen worden.

Der Ausschuh zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Unterfertigung des Deutschen Dauerfluges für 1911/1912 hat am Donnerstagabend getagt und die Magistratsvorlage angenommen.

In der Richtung Warschauer Brücke — Stettiner Bahnhof: ab Warschauer Brücke 4.17, 5.47, 6.57, ab Anipröderstraße 4.34, 6.04, 6.14 und alle 10 Minuten.

Zur Affäre des Kriminalkommissars v. Tressdow. Kommissar v. Tressdow II, der in der Angelegenheit des Wankers v. Winterfeld in letzter Zeit mehrfach genannt wurde, hat nunmehr ein Besuch um Entlassung aus dem Amt an den Polizeipräsidenten gerichtet.

Auf eine Beschwerde des Herrn v. Winterfeld an den Minister des Innern ist vom Polizeipräsidenten eine Erklärung erfolgt, worin es heißt: „Die Eingaben bieten mir bei der Lage der Sache, soweit sie Streitigkeiten persönlicher Natur betreffen oder auch persönliche Heiberceien, Kränkungen oder angebliche Nachstellungen berühren, keinen Anlaß, im Disziplinarwege gegen den Kriminalkommissar v. Tressdow einzuschreiten.“

Strassenbahnunfall. Am Freitagvormittag gegen 10 Uhr versuchte der Radfahrer Heinrich Ende, Schöneberg, Lindower

völlig abweichende Erklärungen. Die von den Beschuldigten behaupteten dienstlichen Verfehlungen des Kriminalkommissars v. Tressdow gehen nach drei Richtungen: Erstens soll er Agenten, Biglanen und Beamten zu Recherchen in persönlichen Angelegenheiten nicht kriminalistischer Natur verwendet haben.

Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten: Da erfahrungsgemäß zu den Ferienkolonien alljährlich viel mehr Kinder angemeldet werden, als aufgenommen werden können, so machen wir darauf aufmerksam, daß die abgewiesenen Kinder Aufnahme finden können in den Erholungsstätten vom Roten Kreuz in Schönholz, Sabowa und Eichkamp.

Der Kohle in Charlottenburg wird noch in diesem Sommer für Baderzwecke erhalten bleiben, da die königliche Eisenbahndirektion Berlin am 31. Mai d. J. einem entsprechenden Antrage der Deputation für Gesundheitspflege entsprochen hat.

Die Erwerbung des Egerzierplatzes. Das Kriegsministerium hat dem Magistrat die östliche Hälfte des Egerzierplatzes vor dem Schönhauser Tor zum Kauf angeboten.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde in der vergangenen Nacht der in der Simon-Dachstraße 20 wohnhafte, beim Nabelwerk Oberpreese als Kranführer beschäftigte Arbeiter Hermann Bergens.

Automobilunfall bei Wannsee. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Donnerstagabend gegen 11 Uhr in der Nähe von Wannsee. Dort fuhr der Chauffeur Krüh des Versicherungsdirektors von der Kaserne, der mit einem Freunde eine „Spritour“ nach Potsdam gemacht hatte, in der Dunkelheit gegen einen Möbelwagen.

Bei einer Lebensrettung den Tod gefunden. Von einem tragischen Geschehnis ist der zwanzig Jahre alte Bootsmann Georg Holland ereilt worden. Der in der Albrechtstraße in Steglitz wohnhafte Parfümeriefabrikant Seeger hatte auf seiner Dampfjacht eine Partie nach der Crampnitzbucht unternommen.

Strassenbahnunfall. Am Freitagvormittag gegen 10 Uhr versuchte der Radfahrer Heinrich Ende, Schöneberg, Lindower

Strasse 3, mit seinem Fahrrad vor dem Straßenbahnwagen 2764 der Linie 91 an der Ecke der Brandenburgischen und Berliner Strasse die gegenüberliegende Seite des Fahrhammes zu erreichen, wurde jedoch umgerissen und kam neben dem Wagen zu liegen. E. wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung und mehreren Kopfverletzungen in das Kreiskrankenhaus Groß-Lichterfelde eingeliefert.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern nachmittag in dem Hause Reinickendorfer Str. 116 ab. In dem Eisenwarenladen von Baumann erschien ein junger Mann namens Harry Knoblauch, kaufte einen Revolver, ließ ihn sich laden und richtete dann plötzlich die Waffe auf sich selbst, um sich zu erschießen. Der Verkäufer sprang hinzu, um ihn von seinem Vorhaben abzuhalten, und erreichte es, daß der Schuß fehl ging. Jetzt ging aber ein zweiter Schuß los, ehe der Verkäufer es verhindern konnte, und traf diesen selbst so schwer, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Der Kunde ergreift jetzt die Flucht, wurde aber eingeholt und nach der Wache gebracht. Mauth- und Nordgerichte, die sich an den Vorfall knüpfen, sind falsch.

Großes Unheil ist am Donnerstagabend in der Gottschewstraße durch das mutige Eingreifen eines Herrn Janning verhindert worden, der einem im rasenden Galopp durch die Straße laufenden Pferde in die Zügel fiel und es zum Stehen brachte. In einer Schaar dort spielender Kinder hätte der Gaul sonst schweren Schaden anrichten können.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Freitagvormittag gegen 11 1/2 Uhr an der Ecke der Königsallee und Siemensstraße in Halensee. Dort wollte das 16 jährige Fräulein Anna Reichowksi, Schwedlerstraße 9 wohnhaft, den Hinterrücken des Motorwagens verlassen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem linken Fuß unter den Anhängewagen. Die junge Dame, der die Sehnen des linken Fußes durchschnitten waren, mußte nach einem nahegelegenen Krankenhaus geschafft werden.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 540 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Der Sängerkorps Bedding veranstaltet am Montag, den 6. Juni (2. Pfingstfeiertag) in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142, ein großes Frühkonzert mit Spezialitätenvorstellung. Da der Sängerkorps Bedding bei allen Parteilichkeiten mitwirkt, werden die Genossen ermahnt, das Konzert zahlreich zu besuchen. Anfang des Konzerts früh morgens 6 Uhr.

Brandwunden erlitt gestern der Kaufmann Paul Fall bei einem Brande, der aus dem Grundstück Wassertorstr. 17 Ecke Prinzenstraße ausgebrochen war. Bei dem Versuch, die Flammen zu löschen, fing seine Haare Feuer. — In der Wilmannsstr. 9 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden.

Aus Blögensee wurde ein Waldbrand gemeldet, der in der Jungfernhöhe ausgebrochen war und von Charlottenburgern gelöscht wurde.

Heute Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag begann mit einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, welche heftige Auseinandersetzungen der sozialdemokratischen Fraktion mit dem Vorsteher zeitigte. Letzterer hatte einen Antrag der Stadtv. Dietrich, Koye, Serno u. Gen. (Alte bürgerl. Fraktion) auf Einrichtung eines Pressebezirks auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung gesetzt, ohne daß es geschäftsordnungsgemäß irgendwie motiviert war. Stadtv. Groger (Soz.) verlangte die Verhandlung in öffentlicher Sitzung und hobte über die Begründung des Antrages, in der von der Förderung des Ansehens der Stadt Rixdorf die Rede ist. Es ist bezeichnend — so sagt Redner — wenn das hinter verschlossenen Türen besorgt werden soll; als lächerliche Deuselei muß es aber gebendmarkt werden, wenn diejenigen, welche Rixdorf durch die unerhörte Wahlrechtsdraufkampagne herabgesetzt haben, dessen Ansehen plötzlich betreten wollen. Hiermit entzog der Vorsteher dem Redner das Wort. Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) protestierte energisch dagegen, da es eine Annäherung der Antragsteller sei, wenn diese einen derartigen Antrag in die geheime Beratung verweisen; ebenso wies Genosse Groger die ihm zuteil gewordene Behandlung zurück und bezeichnete das Vorgehen des Vorstehenden als einen Gewaltstreich, wie er schlimmer nicht gedacht werden könne. Nachdem noch der Spähmacher der Versammlung, Stadtv. Welz, sich produziert hatte, trat man in die Tagesordnung ein.

Gegen die vom Magistrat vorgeschlagene Abänderung des Behausungsplanes im nordöstlichen Stadtteil, nach welcher zur Verbindung von zu harter Hinterhausbebauung große Baublöcke aufgeteilt werden sollen, erheben die Stadtv. Wögelke, Behne, Rahmig, Serno, Jousfall (Alte bürgerl. Fraktion) Einspruch, weil die Privatinteressen der Grundbesitzer zu wenig berücksichtigt sind. Oberbürgermeister Kaiser bestritt das und plädierte für Annahme der Vorlage, ebenso Stadtv. Conrad (Soz.) und Stadtv. Kallmann (Neue bürgerliche Fraktion), da diese vom Standpunkt einer vernünftigen Wohnungspolitik aus nur zu begrüßen sei. Nach langer Debatte wurde die Vorlage einer gemischten Kommission überwiesen, welche innerhalb 14 Tagen Bericht erstatten soll; dieser gehören u. a. auch die Genossen Heller, Jden und Wüth an. Charakteristisch war bei dieser Beratung, daß die Behauptung der sozialdemokratischen Fraktion, in der Versammlung befänden sich Interessen der in Frage kommenden Grundstücke, zwar nicht bestritten werden konnte, ihrem Verlangen auf Entfernung dieser Herren aber nicht nachgegeben wurde.

Die Grundfrage über die zinsbare Belegung der städtischen Sammelstände u. a. auch als zweistellige Hypothek für in Rixdorf belegene Grundstücke unter bestimmten Garantien, werden einstimmig genehmigt.

Die Zusatzbestimmungen zur Behausungsordnung der städtischen Beamten und Angestellten über Verwendung von Erfindungen derselben und die Prüfungsordnung für die Bewerber auf Baufachstellen gehen an den Wahlausschuß zur Vorberatung, nachdem die Stadtv. Walz (Neue bürgerl. Frkt.), Seitzmann (Soz.) und Jaed (Soz.) gegen die vorliegende Fassung protestiert hatten.

Die Schülerzahl der Gemeindefschulen ist von 30 593 im April 1910 auf 32 409 zum gleichen Zeitpunkt 1911 gestiegen. Die durchschnittliche Klassenfrequenz ist mit 53,9 gleich hoch geblieben; 64 fliegende Klassen werden zurzeit gezählt. Die Neueinstellung von 15 Lehrern, drei wissenschaftlichen und einer technischen Lehrerin ist notwendig und wurde genehmigt.

Der Errichtung einer Gemeindefrauentageschule, einer Gemeindefrauentageschule für Knaben und Mädchen und einer Gemeindefrauentageschule mit je 20 Klassen auf dem Hintergelände des Schulgrundstücks am Richardplatz erteilte die Versammlung ihre Zustimmung.

Der Magistrat und die Krankenhausdeputation schlagen vor, für Bedienstete des städtischen Krankenhauses in Budow, die der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde angehören und im Krankenhaus zur Kur und Verpflegung aufgenommen werden, den Verpflegungssatz von 8 auf 2 M. herabzusetzen. Stadtv. Bermuth (Soz.) bekämpfte den Antrag. Wenn dieser damit begründet werde, daß die Krankenhausanstellungen der Betriebskrankenkasse erheblich mehr kosten, als sie an Beiträgen eingahlen, so ist das auf das zwingende Wohnen der Angestellten im

Krankenhause und die damit verbundene Gepflogenheit zurückzuführen, diese im Krankheitsfalle ohne weiteres auf Krankenhausbearbeitung zu übernehmen. Hiermit müsse ein Ende gemacht und nicht etwa, wie behauptet, zu einer unredlichen Begünstigung der Betriebskrankenkasse gegriffen werden. Die Behauptung der Vorlage, die Behandlung der erkrankenden Angestellten auf der Station sei notwendig, weil sonst häufig Krankheit nur vorgegaukelt werden könnte, muß zurückgewiesen werden; denn es liege darin eine demselbe Diskreditierung des Personals und zugleich ein Armutszwang für das Können der unterliegenden Ärzte. Mit der allgemeinen Ueberweisung erkrankter Angestellten auf Station müsse auch um deswillen getrieben werden, damit der ewigen Bettentot im Krankenhause gesteuert wird und mehr schwer kranke Patienten aus der Bürgererschaft Aufnahme finden können. — Bürgermeister Dr. Weinreich und Stadtv. Dr. Müller beharrten bei den Verhandlungen auf simulierte Krankheiten im Personal und verteidigten daher die Vorlage. — Obwohl Stadtv. Böcke (Soz.) nochmals lebhaft gegen diese Vorlage stimmte, stimmte die Versammlung zu; nur die sozialdemokratische Fraktion verhielt sich ablehnend. Angenommen wurde auch die Festsetzung des Verpflegungssatzes für Rixdorfer Einwohner auf 3 M., für Auswärtige auf 3,50 M. pro Tag. Ferner ist für letztere, sofern ihre Wohngemeinde einen noch höheren Satz von auswärtigen Kranken nimmt, entsprechend mehr zu zahlen. Der Bau einer Brücke über den Rixdorfer Schiffahrtskanal im Zuge der Kanner Chaussee, verbunden mit einer unterirdischen Wasserkanalisation für Männer und Frauen, mit einem Kostenaufwand von 142 000 M. wurde beschlossen. Ueber den Schluß der Verhandlungen werden wir morgen berichten.

Ein Wüstling wurde vorgestern von der Kriminalpolizei unerschädlich gemacht. Der 52 Jahre alte Arbeiter Andreas Huchselowski aus der Berliner Straße 87, der Vater von achtzehn Kindern ist, verging sich seit 11 Jahren auf das Schwerste an dreien seiner minderjährigen Töchter. Erst jetzt wurde das ruchbar und daraufhin der Unhold verhaftet.

Die städtische Badeanstalt soll, wie in der hierfür eingesetzten Deputation mitgeteilt wurde, gemäß den Beschlüssen der städtischen Körperkassen auf dem Gelände an der Richardstr. 113/114 errichtet werden. Die Errichtung einer kommunalen Turnhalle sei aus räumlichen Gründen noch nicht feststehend. — Zum einzigen Punkt der Tagesordnung „Vorlegung des Projektes und Feststellung des speziellen Raumprogramms für die Badeanstalt“ erläuterte Stadtbaurat Niehl das Projekt in seinen einzelnen Teilen an der Hand von Zeichnungen und Modellen. Es sind vorgesehen: im Erdgeschoß: zwei Schwimmbassins für Männer und Frauen, im 1. Stockwerk: die Spezialbäder (römisch-irische und medizinische Bäder), im 2. Stockwerk: die Damen- und Brausebäder, im 3. Stockwerk: die Volksbibliothek. — Im einzelnen wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Es ist die Anlage eines Fahrstuhles für Beförderung des Publikums und des Personals vorzusehen. — Verschließbare Auskleidezellen in den Schwimmbassins sollen nur in den unteren Gängen vorgesehen werden, während in den oberen Umkleekabinen mit verschließbaren Schränken ausgestattet werden sollen. — Für die Frauenabteilung sollen besondere Licht- und medizinische Bäder mit den zugehörigen Ablüftungsbädern und Massageräumen vorgesehen werden. — Das dritte Geschoß soll jetzt im ganzen Umfange für eine Erweiterungsmöglichkeit ausgebaut werden. — Den Bau der Turnhalle erachtet die Deputation für wünschenswert und empfiehlt, denselben gelegentlich des Baues einer benachbarten Schule zur Ausführung zu bringen.

Schöneberg.

Eine Liebestragödie hat sich am Donnerstagnachmittag auf dem Raubengelände der Kolonie „Reu-Japan“ am Tempelhofer Weg abgespielt. Hier besitzen die in Berlin, Kulinstr. 82, wohnenden Losagensehen Eheleute eine Laube, die auch von ihrer Stieftochter, der achtzehnjährigen Margarete Kroh und deren Bräutigam, den ebenfalls achtzehn Jahre alten Schlosser Wilhelm Meyer besucht wurde. Am genannten Tage abends gegen 8 Uhr hörten plötzlich die Laubebesitzer mehrere Schüsse fallen. Sie eilten in die Losagensehen Laube und fanden hier die beiden Liebesleute in ihrem Blute schwimmend auf dem Fußboden der Laube liegen. Das Mädchen hatte einen Revolverschuß in die linke Schläfe erhalten, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Sie wurde nach der Leichenhalle in der Magistraße gebracht. Der junge Mann hatte sich eine Schußwunde in den Kopf beigebracht; er wurde nach dem Schöneberger städtischen Krankenhause gebracht.

Tempelhof.

Nach fünfwöchiger Pause fand sich die Gemeindevertretung zu einer Sitzung zusammen. Die Schularzfrage und die Errichtung eines Gewerbegerichts waren immer noch nicht auf der Tagesordnung, obgleich ein Antrag zur ersteren Sache noch vom Anfang des Vorjahres stammt; auch Schritte zur Errichtung eines Gewerbegerichts hätten schon getan werden müssen, da der Ort bereits im Vorjahre die Einwohnerzahl überschritten hat, bei welcher ein Gewerbegericht errichtet werden muß. Gegen das Urteil des Bezirksauschusses in der Verwaltungsstreitfrage der Eigentümer Schmidt, Müller und Franz gegen die Gemeindevertretung wegen der Wahl am 16. März v. J. soll Verufung angemeldet werden. Die Wahl Müllers war bereits vom Kreisaußschuß für gültig erklärt worden, während die Klagen Schmidt und Franz wegen eines „formellen“ Fehlers zurückgewiesen wurden. Die beiden letzteren haben nun betont, daß bei ihnen eine wesentliche Tatsache nicht angeführt worden sei, nämlich, daß die Klagebegründung des Müller nicht nur dessen Unterschrift, sondern auch die der beiden anderen getragen habe. Hierdurch sei einwandsfrei zum Ausdruck gebracht, daß sie die Klagebegründung auch zu der ihrigen gemacht hätten. Die Vertretung und der Kreisaußschuß hätten darüber keine Zweifel haben dürfen, weil die Klagen auf derselben Wahl und demselben Beschluß der Vertretung beruhten, die Verbindung der drei Streitfragen angeordnet und sie einheitlich entschieden hätten. Es liege deshalb kein Anlaß vor, die formelle Gültigkeit der Klagen zu bezweifeln. Der Bezirksauschuß erkannte die Abweisung der Klagen Schmidt und Franz als zu Unrecht erfolgt und bestätigte alle drei Wahlen. Auch bezüglich der Stimmabgabe äußerte das Gericht, daß sie zu Recht erfolgt und der Raum in dem fraglichen Lokal genügend gewesen sei. Die Verufung gegen ein derartiges Urteil bedeutet nicht mehr einen Streit ums Recht, sondern es kommt hierbei der Haß gegen die Arbeiterklasse, die Furcht vor unangenehmen Maßnahmen zum Ausdruck. Neuperte der Vorsteher doch schon vor den Wahlen: „In das königliche Vorparlament zieht kein Sozialdemokrat hinein!“ und nach den Wahlen hat noch keiner der bürgerlichen Herren von einer weiteren Klage abgesehen. So dürfte sich die Vertretung ihren Gemütszustand auch noch von der höchsten Instanz quittieren lassen. — Die Gebühr für Benutzung des Gemeinde-Krankentransportwagens wurde auf 6 M. für 6 Kilometer festgesetzt, ein Preis, der nicht unter dem des Verbandes für erste Hilfe steht. — Bei der neuen Hundpolizeiverordnung wurde der Wunsch ausgesprochen, eine Zusammenstellung aller Steuerordnungen, Ortstatute, Beschlüsse usw. zu schaffen, da man sich hierin nicht mehr zurecht finden könne. Die neue Verordnung besagt, daß jeder Hund entweder die Steuer- oder die Erkennungsmarke führen muß; bissige Hunde oder solche, die durch ihre Größe erschrecken, müssen einen Kauford tragen. Hunde ohne Kauford herumlaufen zu lassen, ist verboten. — Wegen dem Bau der Straße vom Grünen Weg bis zur Straße 38 müssen 119 400 M. geliehen werden, in einem anderen Falle 63 000 M. und endlich 77 900 M. zur Anzahlung für das neue Rathausgrundstück in der Berliner Straße. — Auch an den Ausbau der Schöneberger Straße wird nun gedacht werden können, nachdem für Ableitung des Regenwassers Vorkehrungen getroffen worden sind und das zwar nicht besonders

günstige Angebot der Geschwister Brederes die Gemeinde angenommen hat. Bei der weiteren Beschlussfassung über Straßenangelegenheiten wurde betont, der Terrängesellschaft nur unter der Bedingung den Pfasterkonkret für einige Straßen zu erteilen, wenn diese eine Verbindung der Volkmar- mit der Industriestraße schafft. Bezüglich wurde das Herausreißen der Leitungen in der Gottlieb-Dunfelstraße ohne Wissen der Baukommission. Dort sind die Kanäle zusammengebrochen. Da diese Sache wieder unnötige Kosten verursacht, wünschte der Vertreter mehr Berücksichtigung der Baukommission. Früher tagte dieselbe alle acht Tage, jetzt vergehen immer erst acht bis zehn Wochen. Die schweren Vorwürfe wurde der Vorsteher aufzuklären, indem er sich auf das Urteil von Sachverständigen berief, die diese Kanäle gebilligt haben. — Dem Vaterländischen Frauenverein wurden als Beihilfe wiederum 1000 M. zum Kinderhort zugesprochen. Syndikus Wiesner warf die Frage auf, ob nicht eine andere Regelung des Kinderhorts möglich sei, vielleicht durch Uebernahme in eigene Regie, da der jetzige Zustand des Kinderhorts zu teuer sei. Er mußte bald einsehen, daß für derartige Pläne das Vorparlament nicht zu haben ist. Den Herren ist eben eine eizende Rücksichterei lieber, als daß sie etwas Ganzes schaffen. — Eine Dringlichkeitsfrage bei der Umsatzsteuerordnung bildete den Schluß der dreistündigen Sitzung.

Behlendorf (Wannseebahn).

Beim Baden ist am Mittwoch nachmittag in der Krümmen Danke der etwa zwanzigjährige Bautechniker Seeger erkrankt. Der junge Mann war von der Badeanstalt mit ein paar Freunden in den See hinausgeschwommen. Als die drei zurückschwammen, blieb E. etwas zurück. Am Lande angekommen, wurde er von den beiden Freunden vermisst. Vermutlich hat E. einen Herzschlag bekommen und ist sofort untergegangen. Die Leiche konnte trotz sofort angestellter Bergungsversuche noch nicht gelandet werden. Der junge Mann war erst von der Schule gekommen und hatte seine erste Stellung angetreten. Er stand im Begriff, seine bei Brandenburg wohnenden Eltern zu besuchen.

Ober-Schöneweide.

Die Frage des doppelgleisigen Ausbaues der Straßenbahnlinie beschäftigt zurzeit wieder die Verkehrscommission der Gemeinde. Von der Gesellschaft wird beabsichtigt, eine Abzweigung durch die Kaiserstraße zu leiten und dann bis Köpenick ein zweites Gleis zu legen. In der Kommission wurden von der Gesellschaft Kompensationen verlangt, in der Hauptfache Befestigung der Gleise in der Wilhelmshofstraße; die Gesellschaft zeigt jedoch bislang wenig Entgegenkommen. Die Gemeindevertretung sollte daher vor Befestigung dieses unwürdigen Zustandes auf die Wünsche der Straßenbahngesellschaft nicht eingehen.

Stralau.

Wegen Beschlusfähigkeitsfrage mußte die letzte Gemeindevertretersitzung vertagt werden. Anwesend waren nur drei Vertreter. Hätte auf der Tagesordnung dieser Sitzung der Punkt: „Erfaß einer neuen Umsatzsteuerordnung“ gestanden, so wären die bürgerlichen Vertreter sicher vollzählig zur Stelle gewesen. Wie recht wir hiermit haben, bewies die Sitzung am 1. November 1910. Ohne Ausnahme waren sie erschienen, selbst diejenigen Vertreter, die sonst das ganze Jahr hindurch den Sitzungssaal von außen betrachten, waren gekommen, um mitzubraten über das Wohl der — Haus- und Grundbesitzer. Den Arbeitervertretern, die es für ihre Pflicht halten, an allen Sitzungen pünktlich teilzunehmen, wird durch die Gleichgültigkeit der Bürgerlichen am kommunalen Leben die festbare Zeit unnütz getraut. Die Sitzungen beginnen nicht mehr wie bisher um 7 Uhr abends, sondern bereits um 5 Uhr nachmittags. Nach den für diese Änderung maßgebend gewesenen Gründen gestraft, erklärte der Gemeindevorsteher, daß er keine Lust habe, bis 10 bzw. 11 Uhr abends zu sitzen. Der wahre Grund der früheren Anberaumung der Sitzungen dürfte jedoch sein, die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, die in letzter Zeit rege die Sitzungen besucht hat, von diesen fernzuhalten. Mehrere bürgerliche Vertreter haben erklärt, daß es ihnen nicht möglich sei, so früh zu erscheinen. Rechnet man weiter mit der Tatsache, daß während der Sommermonate immer einige der Herren im Bade oder auf Erholungsreisen sind, so dürfte es in der nächsten Zeit überhaupt nicht möglich sein, eine beschlußfähige Versammlung zu bekommen. Dabei hatten wichtige Aufgaben ihrer Erledigung. Eine derartige Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit gegenüber dem Allgemeinwohl in einem Ortsparkament ist nur möglich bei Vertretern, die nicht vom Vertrauen der Bevölkerung, sondern auf Grund des Selbstwahlnrechts gewählt sind.

Dorfow.

Zur Anlage eines Gemeindefriedhofes wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung der Ankauf eines 20 Morgen großen Geländes beschlossen. Kaufpreis: 3300 M. pro Morgen.

Lichtenberg.

Die von der Freien Turnerschaft veranstalteten Kinderspiele fallen am Sonntag, den 4. Juni aus; dieselben werden am zweiten Feiertag abgehalten. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder an diesem Tage nach den schon bekannt gegebenen Sammelplätzen zu schicken. Am letzten Spieltage hatten sich über 250 Knaben und Mädchen beteiligt. Die Spiele finden bis auf weiteres im Stadtpark statt.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Die Errichtung der ersten öffentlichen Bedürfnisanstalt war auf dem zu Marktweiden und als Schmutzplatz hergerichteten Plaze in der Wismardstraße vorgesehen und ein entsprechender Teil des Plazes zu diesem Zweck ungepflastert gelassen. Hauptächlich sollte hiermit für die Marktstelleninhaber eine durchaus notwendige Einrichtung geschaffen werden. Nach Jahresfrist ist aber dem hierfür eingesetzten Ausschusse die Einsicht gekommen, daß die Aufstellung einer Bedürfnisanstalt die Mittel der Gemeinde übersteigt, er empfiehlt daher als Ersatz, dem Restaurateur Weyer jährlich 100 M. Entschädigung für die Verunreinigung seiner auf seinem Grundstücke liegenden und seinem Geschäftsbetriebe dienenden Bedürfnisanstalt zu zahlen und dieselbe als öffentliche Bedürfnisanstalt zu bezeichnen. Dagegen wandten sich unsere Genossen, die verlangten, daß die Gemeinde einem schon langempfohlenen Bedürfnis in ordnungsmäßiger Weise Rechnung trägt. Der vorgeschlagene Weg sei nur zu geeignet, das Ansehen des Ortes, welches schon so oft durch die bürgerlichen Vertreter einen argen Stoß erlitten habe, erheblich zu schädigen. Für die Aufstellung einer Bedürfnisanstalt stimmten nur unsere Vertreter, während für den Vorschlag des Ausschusses nur die Vertreter der zweiten Abteilung eintreten. Jeder Fortschritt wird jetzt dem Sparsystem geopfert. Die Untersuchung über die Interpellation unseres Genossen Hildebrandt, betreffend den Ankauf des Fabrikgrundstücks der chemischen Fabrik F. A. Kahlbaum an die öffentliche Kanalisation, ist jetzt abgeschlossen; es liegt ein Gutachten des Amtsanwaltes vor, nach welchem der Ankauf genannter Fabrik technisch nicht ausführbar sein soll. Nach diesem Gutachten sollen die Entfernungen zwischen dem Rohreiß und den Aborten zu groß sein, daß sich bei der vorhandenen Höhenlage ein Gefälle nach dem Glienicker Wege nicht schaffen läßt. Das Gutachten der Polizeiverwaltung erweckt aber bei der Gemeindevertretung so geringes Vertrauen, daß auf Erfordern unserer Genossen beschlossen wurde, das Gemeindefriedhofes zu beauftragen, in eine Prüfung der Höhenlagen einzutreten und das Ergebnis der Vertretung vorzulegen. Der etwaige Kostenpunkt für den vollständigen Ankauf darf selbstverständlich kein Grund sein, aus welchem die öffentlichen hygienischen Anforderungen bei dem Umfange der Betriebsanlagen unberücksichtigt bleiben dürfen. Zur Neuregelung der Sonntagstraße im Handelsgebiet wurde beschlossen, an den Magistrat und die Stadtvertretung Köpenicks heranzutreten, um eine gemeinsame Regelung herbeizuführen. In Vorschlag soll das Öffnen der Verkaufsstellen in der Zeit von morgens 7 bis 10 Uhr

gebracht werden. Ausnahmen hiervon sollen auch den Geschäften der Lebensmittelbranche nicht gestattet werden. Im Interesse der Handelsangelegenheiten ist zu wünschen, daß sich Köpenick dem Vorgehen unserer Gemeindevertretung anschließt, damit auch dieser Kategorie von Arbeitern eine größere ununterbrochene Sonntagsruhe zugute kommt. Eine nicht unerhebliche Belastung der Einwohnerzahl haben die bürgerlichen Vertreter mit der neuen Gebührenordnung für die Benutzung des Gemeindebegräbnisplatzes herbeigeführt. Wenn der Luxus, soweit er sich auf den Kirchhöfen breit macht, zur höheren Besteuerung herangezogen wird, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Aber entschieden wandten sich unsere Vertreter dagegen, daß auch die Reihengräber mit circa 60 Proz. Aufschlag bestraft werden. Als Teil der öffentlichen Wohlfahrtspflege müßte das Begräbniswesen an sich kostenlos durch die Gemeinde ausgeführt werden und nicht, daß die Gemeinde als Grundstücksbesitzer auftritt und das Begräbniswesen als Steuerquelle betrachtet. Die bürgerlichen Vertreter zogen vor, sich in Still-schweigen zu hüllen und nur die Hand bei der Abstimmung zu erheben. Nach siebenjähriger Bearbeitung in der Kommission wurde nunmehr die Ortsfassung für das Gewerbegericht einstimmig beschlossen. Auf eine gleich lange Bearbeitung kann auch der Straßenbahnvertrag mit Köpenick zurückblicken, welcher in der Sitzung endlich zum Abschluß gebracht wurde. Da die vorhandenen Klassenräume in unseren Gemeindeschulen schon wieder nicht ausreichen, wurde der weitere Ausbau der 2. Gemeindeschule beschlossen. Die Vorlage für die Errichtung einer zweiten Turnhalle wurde nochmals an den Ausschuß zurückverwiesen, da unsere Vertreter ihre Zustimmung davon abhängig machten, daß in dem Gebäude auch eine öffentliche Badegelände eingebaut wird. Dieses Verlangen stieß wohl auf Widerstand bei den Vertretern der zweiten Abteilung, aber schließlich fand sich auch ohne diese Herren eine Majorität, welche unser gerechtes Verlangen unterstützte. Zum Schluß wurde die Besichtigung des preussischen Landgemeindetages am 22.-24. Juni 1911 beschlossen.

Bantow.

Ein Schmerzenskind Bantow und speziell ihrer Anwohner ist die Berliner Straße. Auf Grund des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 befindet sich dieser Hauptverkehrsweg mit Berlin in der Verwahrlosung und Unterhaltung der Stadtgemeinde Berlin. Als „Schönhauser Chaussee“ ist ihre Unterhaltung eine Sache der öffentlichen Verwaltung. Wie sehr Berlin sich an den Begriff „Chausseemäßige Unterhaltung“ hält, davon können die Anwohner und Passanten ein Lied singen. Der außerordentlich starke Verkehr mit Berlin verursacht bei trockenem Wetter eine geradezu entsetzliche Staubplage, bei nassem einen fast unpassierbaren Schmutz. Dazu kommt eine geradezu hinterwäldlerische Reinigungsmethode, die diese „Annehmlichkeiten“ noch erhöht. Die von der Gemeinde Bantow seit langem angestrebte Verringerung dieses unerhörten Zustandes scheint nun endlich in Aussicht zu stehen. Nachdem zwischen den Gemeinden Bantow und Berlin seit langen Jahren Verhandlungen wegen Abtretung der Straße an Bantow gepflogen worden, aber immer wieder gescheitert sind, haben neuerdings eingeleitete Verhandlungen in der Angelegenheit zu einem positiven Resultat geführt, und es dürfte in kurzem die Abtretung zum vertraglichen Abschluß gelangen. Allerdings sind damit noch nicht alle Hindernisse beseitigt, die der Anlage einer allen modernen Anforderungen genügenden Straße im Wege stehen. Die Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse, vor allem die Lösung der Schnellbahnfrage, bei der die Berliner Straße eine große Rolle spielen dürfte, schweben noch im Ungewissen. Letztere Frage hängt namentlich auch davon ab, wie sich die Dinge unter dem Zwangsverband gestalten werden, ferner davon, welchen Gang die Verschmelzungsfrage mit Nieder-Schönhausen nehmen wird. Immerhin aber ist nach Abtretung der Straße an die Gemeinde Bantow die Möglichkeit gegeben, dieselbe in einen halbwegs erstklassigen Zustand zu versetzen, eine Aufgabe, deren unermessliche Lösung der Bantower Gemeindeverwaltung am Herzen liegen sollte.

Der Gesangsverein „Vereinigte Bantower Männerchor“ (M. d. U.-S.-V.) veranstaltet am 1. Pfingstfeiertag abends 6 Uhr in dem Lokal des Herrn Koczicki, Kreuzstr. 3/4, ein Konzert. Die Genossen werden ersucht, das Arrangement des Vereins durch rege Beteiligung zu unterstützen.

Reinickendorf-Ost.

Als ein bedauerlicher Mißgriff wird der Versuch einiger hiesiger Lehrer empfunden, am Montag, den 20. Juni, in dem der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehenden Ruhmann-schen Gesellschaftsgarten ein Schillerkonzert zu veranstalten, dessen Ertrag zu Schillerwanderungen Verwendung finden soll. So sehr des Zweckes wegen dem Unternehmen voller Erfolg gewünscht werden sollte, müssen es die Arbeiter doch ablehnen, Veranstaltungen beiwohnen in einem Lokal, dessen Inhaber die Freigabe des Lokals unter den niedrigsten Vorwänden abgelehnt hat. Zu bedauern sind die armen Kinder, die sich im Bewußtsein des guten Zweckes um den Abfall der Billetts bemühen und Opfer bringen sollen für eine Veranstaltung, der ihre Eltern ihre Zustimmung nicht geben können.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Ueber Wanderungen durch die Mark Brandenburg referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Heinrich. Der Vortrag war dazu angetan, in jedem Besucher die Lust zum Wandern anzuregen. Darauf wurden 11 Neuaufnahmen voll-

zogen. Zugezogen sind 22 Genossen. Ueber den Wälderstreit entspann sich eine längere Debatte, in deren Verlauf die Genossen nur in solchen Geschäften zu kaufen erklärten, wo Plakate aushängen. Mit der Vertretung in der Beschwerdekommission war von der Bezirksleitung der Genosse Meyer beauftragt worden. Meyer erstattete sogleich Bericht über die Schritte, welche getan wurden, um eine pünktliche Lieferung der Zeitung zu erzielen. Ueber das Ergebnis der Vorarbeiten zum Sommerfest berichtete Genosse Hellrich. Von der Bildung einer Vergütungskommission wurde abgesehen und die Angelegenheit der Bezirksleitung übertragen. Da am zweiten und dritten Pfingstfeiertag wieder ein Blumentag stattfindet, wird allen Genossen angeraten, die Taschen zuzuhalten. Hoffentlich gewöhnen sich die Jungfern das Betteln nicht an, denn die Polizei ist nur dann so rücksichtsvoll, wenn es sich um fröhliche oder sonstige reaktionäre Bestrebungen handelt. Beachtenswert waren die Ausführungen eines Genossen, der die Mitglieder mit den Zielen eines Hausarztesvereins bekannt zu machen suchte und zum Beitritt auf-forderte. Genosse Hellrich erklärte sich bereit, Anmeldungen entgegenzunehmen.

Bernau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Eine Magistratsvorlage ließ darauf schließen, daß die Stadt sich schadlos halten wollte vor dem Risiko der von ihr veranstalteten Hufstiefenpiele. Es wurde nämlich verlangt, für das Pflücken von Beeren und Pilzen in dem Stadtpark eine Gebühr zu erheben, und zwar für Bernauer pro Person 10 Pf. für den Sommer, beginnend bei Kindern von sechs Jahren, für Fremde 1,50 M. In Verbindung damit fand auch eine Besprechung wegen unbefugten Betretens des Forstes außerhalb der öffentlichen Wege statt. Von unseren Genossen wurde energisch gegen eine Gebührenerhebung protestiert, weil bekanntlich ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung Bernaus sich durch Pflücken von Beeren und Suchen von Pilzen einigen Verdienst verschafft. Die Bürgerlichen gaben vor, dadurch den Bernauern eine Gefälligkeit zu erweisen, indem durch die erhöhte Gebühr für Fremde den Bernauern mehr Vorteile erwachsen. Die Vorlage wurde leider mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten unsere sechs Genossen, der Vorsteher, Dr. Wieners und Maurermeister Billmann. Einer unserer Genossen mußte infolge Krankheit der Sitzung fern bleiben. Das Verbot des Betretens nichtöffentlicher Wege wurde von den Bürgerlichen damit begründet, daß Berlin fast in allen seinen Forsten gleiche Maßnahmen treffe. Die Veranlassung hierzu sei, daß Fremde den Forst mit brennenden Zigarren betreten und Bäume ruinieren. Unsere Genossen protestierten auch hiergegen; der werktätigen Bevölkerung sollte man den Genuß an der Natur nicht beschränken. Wenn einzelne Personen sich solche Ungehörigkeiten in dem Forst zuschulden kommen lassen, so könnten dieselben doch aus den Forsten entfernt werden, es sollte daher für die Fehler einzelner nicht die Allgemeinheit bestraft werden. Ein Beschluß wurde vorläufig noch nicht gefaßt. — Die Magistratsvorlage betreffend das Gesuch der Berliner Elektricitätswerke wegen Durchlegung eines Kabels durch die Schönower Chaussee, Zahnstraße, Zeperner Chaussee und Chausseestraße wurde von der Versammlung genehmigt. Ein Antrag des Dr. Wieners wegen der Wahl eines Kuratoriums für die höhere Knabenschule, sowie die Magistratsvorlage betreffend die weitere Entwicklung der städtischen höheren Knabenschule und Gehaltsregulierung für dieselbe wurde abgelehnt. Genosse Krüger gab namens unserer Genossen die Erklärung ab, daß wir nunmehr, nachdem man unsere Anträge bei der Uebernahme in städtische Regie gänzlich unberücksichtigt gelassen habe, kein Interesse mehr für die höhere Knabenschule hätten.

Mühlenbed.

In der letzten Wahlvereinsversammlung gab Gen. Wärsch einen erschöpfenden Bericht aus der Gemeindevertretung. Nach den Ausführungen des Redners wurden die letzten noch in Privat-händen sich befindenden Feldwege in Gemeindebesitz genommen. Für die Verbindungsstraße Mühlenbed-Wollersdorf bestimme die Aufsicht, daß dieselbe gepflastert werde, da die Regierung und der Kreis sich bereit erklärt hätten, eine Wegebauhilfe zu leisten. Einer scharfen Kritik unterzog Redner die hiesigen Schulverhältnisse; so werden z. B. die zum Schulunterricht gehörenden Schulfeiern Sonntags abends gegen 8 Uhr in einem Wirtshaus arrangiert, dieselben dehnen sich bis in die elfte Nachtstunde aus. Da diese Feiern im Beisein der Eltern vor sich gehen, wobei auch das Rauchen gestattet sei, könne man sich denken, wie gesundheitsschädlich solche Feiern auf die kleinen Lungen wirken müssen. Redner erwähnte hierbei den im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Fall, wonach er, weil er seinen Sohn von der letzten Feiern zurückgehalten habe, in eine Geldstrafe genommen worden sei. Das Schöffengericht habe ihn freigesprochen. Da der Amtsanwalt jedoch Verurteilung gegen dieses Urteil eingelegt habe, werde sich die Strafkammer und vielleicht auch das Kammergericht noch mit der Sache beschäftigen. Ferner brachte der Referent noch folgendes zur Sprache: Kürzlich sei der Lehrer Brandt beim hiesigen Steuererheber, der erst ein paar Wochen amtierte, erschienen, um sein Monatsgehalt in Empfang zu nehmen. Nach kurzem Abwesenheit sei er wieder bei dem Steuererheber erschienen mit dem Bemerkten, daß er 11 M. zu wenig erhalten habe, ob vielleicht etwas liegen geblieben sei? Der Steuererheber sei von der Richtigkeit der Auszahlung überzeugt gewesen und habe später auch zugegeben, daß das Geld stimme. Aus vorliegendem Grunde habe der Steuererheber dem Gemeindevorsteher seinen Dienst quittiert, so daß dieses Amt seit kurzer Zeit das drittemal zu vergeben ist. Zum Schluß wurde

darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 18. Juni, im Gasthof zur Sonne eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der ein Referat über: „Kirche, Schule und Sozialdemokratie“ auf der Tagesordnung steht. Die Geistlichkeit wird hierzu besonders ein-geladen.

Notizes.

Eine Reihe Anträge bildeten den Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung des Gewerkschaftskartells. Ein Antrag der Schuh-macher forderte, für die Unterstützung der Arbeiten des Jugend-ausschusses pro Jahr und Mitglied 25 Pf. durch Umlageverfahren von den Gewerkschaften zu erheben. Der Bauarbeiterverband be-antragt, für die Unterstützung der Arbeiten des Jugendauschusses pro Monat und Mitglied 1 Pf. durch Umlageverfahren von den Gewerkschaften zu erheben. Ein Antrag des Jugendauschusses lautet: Das Kartell möge beschließen, zur Aufbringung von Geldern für die Aufgaben des Jugendauschusses von den Gewerkschaften einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Halbjahr und Mitglied durch Anwendung des Umlageverfahrens zu erheben. Der Ver-band der Buchdrucker beantragt, die Kartellbeiträge um 2 1/2 Pf. pro Vierteljahr und Mitglied zu erhöhen, um sämtliche Ausgaben für Jugendauschuss und Samariterkolonne decken zu können. Die Metallarbeiter beantragen, in Anbetracht der steigenden finan-ziellen Forderungen an das Kartell die Beiträge pro Vierteljahr und Mitglied um 5 Pf. zu erhöhen; doch müssen hieron 2 1/2 Pf. für den Jugendauschuss bereitgestellt werden. In der Diskussion über die Anträge sprach sich ein großer Teil der Delegierten für den Antrag der Metallarbeiter aus, um endlich einmal mit den freiwilligen Leistungen der Gewerkschaften für verschiedene Ein-richtungen, welche das Kartell zu unterstützen habe, aufzuräumen und die Anwendung des Umlageverfahrens für Unterstützungen größerer Streiks und Aussperrungen zu reservieren. Da sich noch nicht alle Gewerkschaften mit den vorliegenden Anträgen beschäftigt hatten, wurde die Abstimmung hierüber bis zur nächsten Sitzung vertagt. Abdann wurde auf die Lohnbewegung der Kutcher in den Fuhrgeschäften hingewiesen und die organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, bei Umzügen, Veranstaltung von Kremspartien usw. das Geschäft des Fuhrherrn Grünfeld, der sich weigert, die Organi-sationen der Arbeiterschaft anzuerkennen, zu meiden. — Der Auskunftsabend findet des Pfingstfestes wegen acht Tage später, am 11. Juni, in dem bekannten Lokale statt.

Für den Blumentag, der am zweiten und dritten Pfingstfeiertag hier stattfinden soll, wird gegenwärtig in der Lokalpresse eifrig Propaganda gemacht. Der Blumentag soll nicht nur im Orts-gebiet selbst stattfinden, sondern wird sich sogar bis zum Bahnhof Neubabelsberg, Kollhofenbrück, auf die Dampfer des Griebnitzsees und die Wagen der Elektrischen erstrecken. Daß die Arbeiterschaft irgendwelche Beteiligung erhalte, braucht wohl nicht beson-ders betont zu werden; sie verurteilt eine Wohlthätigkeit, die zur Verschaffung der notwendigen Mittel nicht nur auf den Ehrgeiz und die Heiligkeit der Besitzenden spekuliert, sondern auch den Nadel des Armes unter den Armen nicht verschmäht. Dies um so mehr, als der Erlös nicht nur rein wohlthätigen, sondern zum Teil auch ausgesprochen arbeitserleidlichen Zwecken dienen soll. Außer der Sänglingspflege des Vaterländischen Frauenvereins, dem Knaben-chor, der Kleinkinderschule der Volkshilfsgemeinde, dem Frauen-bund und den beiden Frauenhilfen werden auch die beiden Chris-tlichen Junglingsvereine einen Teil der Einnahme er-halten! Wie dumm müssen doch diejenigen sein, die da glauben, die Arbeiter würden für diesen Zweck ein „Mümmlein der Warm-herzigkeit“ kaufen!

Eine Schwindlerin treibt gegenwärtig ihr Unwesen. Dieselbe sucht im Namen der Kinderschuttkommission freiwillige Gaben für Kinder zu sammeln. Sobald die Bettelnde nach der Legitimation befragt wird, verduftet sie.

Jugendveranstaltungen.

Rixdorf. Am Sonntag, den 4. Juni, findet für die Jugendlichen der Arbeiterschaft Rixdorfs eine Partie nach Grünau, Marienlust, Aramdenburg, Kragelheim, Ralmsdorf, Friedrichshagen statt. Treffpunkt am Reuterplatz früh um 6 Uhr. Abfahrt 6 1/2 U. — Ferner wird eine zweitägige Partie nach Bienenfeld, Berdelwitz, Kloster Thonin unternommen. Treffpunkt: Bahnhof Hermannstraße, Hermannplatz, Richardplatz. Sonntags abends 7 1/2 U. Abfahrt vom Steintiner Bahnhof 9 1/2 Minuten. An den beiden Pfingstfeiertagen bleibt das Jugendheim ge-schlossen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 35. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Fortschritt. — Kritische Betrachtung der Stuttgarter Bürgermeisterwahl. Von Fritz Kummer (Stuttgart). — Die Bagdadbahn. Von Karl Adel. (Sulzb.) — Geschichtsunterricht in der Staatschule. Von Leo Hüllhorn (Zürich). — Literarische Rundschau: Morris Hillau, Der Sozialismus: keine Theorie und Praxis. Von R. Beer. Professor Heinrich Schnyer, Der Zug der Landwirthschaft nach der Großstadt. Von Therese Schlegler. Dr. Albrecht Wirt, Privatdozent, Die Weltgeschichte der Gegenwart. Von Karl Adel. — Zeitschriftenschau. Von G. St. — Bibliographie des Sozialismus. Die blaue Laterne. 1. Jahrg. Nr. 1. Herausgeber: A. Albert. Wochenchrift. 40 Pf. Verlag Berlin W. 8. Irma Stippel. Ein Berliner Pfingstfest von A. Strell. 1 M. Pöppersberg-Verlag, Berlin W. 30. Zeitschriftliche unserer Klassen. Von Dr. G. Jaller. 3 M. C. L. Hirschfeld, Leipzig. Samuel der Suchende. Roman von Upton Sinclair. 3 M. geb. 4 M. Adolf Sponholtz Verlag, Hannover.

Wir ernten, wie wir säen!

Wir bringen

gute Ware für billiges Geld

und daher übertreffen heute die Umsätze der Marke „SALAMANDER“ die aller anderen deutschen Schuhmarken.

SALAMANDER

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale und Versandabteilung: W. 8, Friedrichstrasse 182



50 eigene Geschäfte
Ueber 400 Alleinverkaufsstellen im In- und Auslande

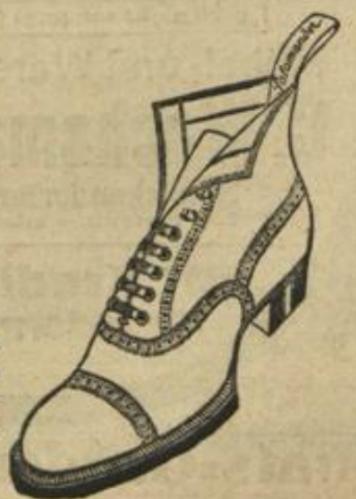
W. Friedrich-Strasse 182
SW. Friedrich-Strasse 221
N. Friedrich-Str 118/19
C. König-Strasse 47

W. Potsdamer Strasse 5
C. Rosenthaler Tor
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20

NO. Gr. Frankfurter Str. 102
(am Strausberger Platz)
NW. Wilmacker Strasse
Ecke Turmstrasse 9

Charl., Wilmersdorfer Str. 126
Steglitz, Schloss-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Potsdam, Nauener Strasse 24

Neu eröffnet: W. Martin-Luther-Strasse 2.



Einheitspreis 12.50

für Damen und Herren M. 12.50

Luxusausführung M. 16.50

Fordern Sie Musterbuch V.

Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit



73 Alte Jakobstrasse
an der Ecke Dresdener Strasse

Mr. Glogau
an der Ecke Dresdener Strasse
Alte Jakobstrasse 73

Grösstes Unternehmen dieser Art
in Deutschland: 12 eigene Geschäfte

Verlangen Sie Ihren Wertbon gratis!

Beim Einkauf v. 30 M. Bon über 3 M.
Beim Einkauf v. 50 M. Bon über 5 M.
Beim Einkauf v. 80 M. Bon über 10 M.

Bis 10 Uhr geöffnet.

M. Glogau

Herren-Anzüge

Jacken-Kleider

Atelier-Kleider

Mädchen-Kleider

Kleider-stoffe

M. Glogau

M. Glogau

Knaben-Anzüge

Ohne Anzahlung
für alte Kunden und Beamte

Auf Kredit pro Woche **1** Mark

Kinder-Kleider

Jupons

M. Glogau

M. Glogau

Ulster Paletots

Blusen-Röcke

Mäntel Jacketts

Manufaktur-waren

M. Glogau

Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit Kredit



ENDLICH WAS NEUES!

Jeder
neue Kunde erhält ein passendes,
geschmackvolles, nützliches
Geschenk
statt Marken-Mark
10% in bar von der Anzahlung

Unverroht ist unser heutiges Angebot in

**Herren-, Damen-,
Kinder-Konfektion**

Wir bieten Ihnen eine Auswahl, die Sie an Geschmack
und Preislage unbedingt befriedigen muss.

Herren-Paletots Preis 18, 24, 30 Anz. v. 6 M. an

Herren-Paletots Preis 35, 40, 45 Anz. v. 8 M. an

Herron-Gehrock-Anzüge Preis 45, 50, 55 Anz. v. 10 M. an

Herron - Sakko - Anzüge Preis 28, 30, 35 Anz. v. 6 M. an

Herron - Sakko - Anzüge Preis 40, 45, 50 Anz. v. 8 M. an

modern u. hochschick verarbeitet. Auf Wunsch auch nach Mass

Damen-Paletots

Damen-Kostüme

Damen-Röcke, Blusen
In jeder Preislage
hochmodern u. chic verarbeitet

Schuhwaren
schwarz und farbig

Kinderwagen

Teppiche, Portieren, Gardinen, Bett- u. Steppdecken, Betten, Wäsche usw.
geringe Anzahlung! bequeme Abzahlung!

Möbel- und Waren-Kredithaus
C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Strasse 15
Ecke Ravenstr. — neben der Feuerwache.

Kredit für jedermann!



Kredit

Kleinste Anzahlung
Beamten u. Kunden ohne Anzahlung
Raten nur 1 Mark pro Woche
Vornehmstes Kredit-Institut des Südens

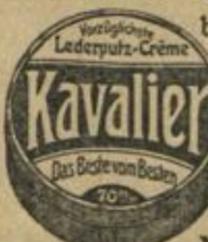
Hugo Udo Cohn
13 Kottbuser Damm 13

Möbel u. Polsterwaren
Herren-, Damen-, Kindergarderobe
In ganz kolossaler Auswahl.

Nur SAISON-NEUHEITEN vorrätig!
Meine Preise sind trotz Teilzahlung niedrig, weil ich
billig einkaufe und geringe Spesen habe.

GRATIS Hut - Stock - Schirm
Handtasche - Gürtel usw.

KAVALIER



beste Lederputz-Crème der Welt

Gibt mühelos schönsten
wasserfesten Hochglanz
Macht das Leder
geschmeidig weich
und haltbar
Färbt in der Nässe nicht ab.

Niederlage in Berlin S.W. 68
Markgrafenstr. 91 G.F. Müller · Telephon IV 10302.

Soziales.

Erbbaurecht.

Die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung beschloß am Donnerstag grundsätzlich, städtisches Gelände im Erbbaurecht zu vergeben. Aus den für die Vergabe aufgestellten Bedingungen ist hervorzuheben, daß städtisches Gelände nur zur Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern im Erbbaurecht vergeben werden soll.

Kammergerichtliche Einigung des Koalitionsrechts.

Als die Metallarbeiter der Sprengstoff-Aktiengesellschaft in Reinsdorf streikten, waren ihrerseits Streikposten ausgestellt. Diese bewegten sich auf dem an der Fabrik vorbeiführenden Wege in einer Entfernung von etwa 200 Meter. Unter der bekannten Firma „Schuh der Arbeitswilligen“ waren Gendarmen aufgebunden worden, die die Streikposten, soweit sie sie als solche erkannt hatten, aus der Gegend fortwiesen.

guten Rechte glaubten. Die Streikposten erhielten darauf Anklagen wegen Uebertretung der vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erlassenen Verordnung vom 26. April 1907, wonach den zur Erhaltung der Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen ergehenden Anordnungen der Sicherheitsorgane unbedingt Folge zu leisten ist.

Die Angeklagten machten geltend, daß es sich hier lediglich um ein Vorgehen im Interesse der Dynamitfabrik, nicht aber um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des Verkehrs handle. Der Verkehr sei nicht im geringsten beeinträchtigt gewesen. Die Gendarmen hätten die Streikposten auch nur weggejagt, weil es der Landrat und andere Vorgesetzte befohlen. Die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten wäre auch ungültig. Sie widerspreche der Verfassung und der Gewerbeordnung sowie dem dadurch gewährleisteten Koalitionsrecht.

Die Strafkammer in Torgau als Berufungsinstanz beurteilte aber die Angeklagten mit folgender Begründung: Die Verordnung sei gültig. Der Einwand der Angeklagten, daß die Gendarmen den Befehl gehabt hätten, die Streikposten wegzuwiesen, sei unbeachtlich in diesem Falle. Allerdings würde die bloße Befolgung eines solchen Befehls durch die Beamten keine Anordnung darstellen, die sie zur Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs erlassen hätten. In solchen Fällen würde die Anordnung auch nicht zu befolgen sein. Selbst wenn aber hier ein Befehl der vorgesetzten Behörde zum Wegweisen von Streikposten vorgelegen hätte, würde das den Angeklagten nicht zugute kommen, denn vorliegend sei festgestellt, daß die Gendarmen nicht bloß einem solchen Befehl gefolgt seien, sondern aus der eigenen Erwägung heraus, daß es bei Duldung der Streikposten zu Störungen der Sicherheit des Verkehrs kommen würde, gehandelt hätten. Da die eigene Entschlieung der Exekutivorgane somit feststehe, so sei der Einwand der Angeklagten hinsichtlich des Befehls der vorgesetzten Behörde belanglos. Die Anordnung der Gendarmen hätte befolgt werden müssen. Das Kammergericht verwarf die von den Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision, weil festgestellt sei, daß die Gendarmen aus eigener Entschlieung heraus die Anordnung zur Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs hätten ergehen lassen. Sie hätte befolgt werden müssen.

Das Recht des Streikpostensiehens ist ein notwendiger Teil des den Arbeitern garantierten Koalitionsrechts. Mit seinem offenbaren Rechtsbruch legt das Kammergericht die Entscheidung über die Ausübung des Koalitionsrechts in das Belieben des Gendarmen. Und preussische Gendarmen werden immer geneigt sein, in Streikposten eine Gefährdung der Sicherheit des öffentlichen Verkehrs zu sehen.

Ein langwieriger Prozeßweg.

Welche Schwierigkeiten zumeilen Arbeiter zu überwinden haben, um zu ihrem verdienten Lohne zu gelangen, zeigte wieder einmal ein vor dem hiesigen Gewerbegericht verhandelter Prozeß.

28 Töpfer klagten gegen den Töpfermeister Müller und den Ofenfabrikanten Wilhelm Voge in Fürstenwalde. Sie haben alle noch erhebliche Restlohnbeiträge zu bekommen. Müller hatte sie eingestellt und beschäftigt. Als die Kläger merkten, daß es bei ihm mit dem Gelde Knapp wurde, waren sie entschlossen, die Arbeit einzustellen. Voge, der jedoch ein gewisses Interesse an der Fertigstellung der Arbeiten hatte, sagte ihnen aber, daß er für den Lohn einstehen werde, sie sollten nur weiter arbeiten. Als nun die Arbeiten beendet waren, erhielten die Kläger trotzdem keinen Lohn. Sie hatten deshalb schon beim Gewerbegericht in Steglitz, wo Müller ansässig ist, geklagt. Da Voge aber in Fürstenwalde wohnt und die Arbeiten in Berlin ausgeführt wurden, war seine Beurteilung dort nicht zu erreichen. An einer Beurteilung Müllers, der gar nicht zum Termin erschienen war, lag den Klägern nichts, weil von ihm doch nichts zu holen wäre. Sie zogen deshalb die Klagen zurück, um in Berlin zu klagen. Vom Berliner Gewerbegericht mußten sich jedoch die Kläger befehlen lassen, daß auch hier eine Beurteilung Voges nicht möglich ist, da er nicht ihr Arbeitgeber war, sondern nur als Bürge für Müller in Frage kommt. Ansprüche aus einer Bürgschaft sind aber nur beim zuständigen Amtsgericht geltend zu machen und zwar erst dann, wenn die Zwangsvollstreckung gegen den eigentlichen Schuldner fruchtlos geblieben ist. Müller muß deshalb erst beim Gewerbegericht in Steglitz — da das Berliner nicht zuständig ist — verklagt und beurteilt werden, bevor Voge verklagt werden kann. Die Kläger zogen nach dieser Belehrung die Klagen zurück.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bureau: Engelauer 15, Zimm. 83. Zweigverein Berlin. Telephon: Amt IV, 4098.

Donnerstag, den 8. Juni d. J., abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung des Gesamt-Zweigvereins

im Saal 4 (großer Saal) des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 1. Quartal 1911. 2. Bericht der Delegierten an der Berliner Gewerkschaftskommission und Reuwahl derselben. 3. Reuwahl der Schlichtungskommission. 4. Bericht über den Mitgliedsbuch legitimiert, ohne daselbe kein Zutritt.

138/20*

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Am heutigen Tage (Pflingstsonnabend) sind alle Bureaus ununterbrochen bis 3 Uhr geöffnet. Wir eruchen alle Kollegen, dies zu berücksichtigen.

Am Dienstag, den 6. Juni (3. Pflingstfesttag), sind alle Bureaus der Organisation geschlossen.

D. O.

Achtung! Steinholzleger! Achtung!

Mittwoch, den 7. Juni d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Haberlands Festsaal, früherer Gahn, Lintenstr. 73:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission zur Tarifrevision.

Bei der hochwichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren und bestimmt selber zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

8 stündige Arbeitszeit.

8 stündige Arbeitszeit.

Allen voran!

In meinen Bäckereien wird nur acht Stunden gearbeitet.

E. Goldacker,

Brunnenstr. 129/130.

8 stündige Arbeitszeit.

8 stündige Arbeitszeit.

Selbst wenn Sie nur

1000 Schritte täglich

GUMMI-ABSÄTZE



zu gehen hätten, würden Sie erstaunt sein über die Annehmlichkeiten, welche das Tragen von Gummi-Absätzen bietet. Sie ersparen dem Körper die fortgesetzte Erschütterung des Auftretens, was Sie bald als Wohltat empfinden werden. Dauerhafter als Leder. Verlangen Sie deshalb von Ihrem Schuhmacher :: ::

Continental - Gummi - Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen und Schuhgeschäften.

Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. Westf.



Wasch-Anzüge blaugestreift von M. 1.10
Wasch-Hosen aus Resten gearbeitet . . . von 60 Pf.
Kieler Anzüge Gezeilte Kadettstoffe, feste Kragen und Manschetten . . . von M. 3.50

Kittel - Anzüge nur einzelne Modelle, hervorragend schöne Muster M. 4.75
Wasch-Blusen verschiedene Muster M. 1.85 0.95 und 50 Pf.
Spiel-Höschen Praktischer Ersatz für Spielanzug 2.50, 2.25 95 Pf.

Sport-Hemden für Knaben . . . M. 1.75

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen . . von M. 4.50

ca. 1000 Knaben-Anzüge Modelle von hervorragender Schönheit außergewöhnlich billig

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

Vereinigte Hutcompagnie

W., Wilmersdorfer Str. 124.

NO., Gr. Frankfurter Str. 120.

NW., Turmstraße 61.

Pflingst-Offerte

:: :: Panama-Hüte :: ::
Stroh-Hüte × Filz-Hüte
Oberhemden (weiß u. farbig)
Westengürtel
Hosenträger
Stöcke!

Leser dieser Zeitung erhalten 5 Prozent Rabatt.

Nachtrag
zum
**Statut d. Allgemeinen Orts-
krankenkasse für Rixdorf.**
Beschl. in der Generalversamml.
ung am 7. April 1911.
§ 64 erhält folgende Fassung:
Die Kasse ist durch den Vorstand
einmonatlich regelmäßig und jährlich
mindestens einmal unermittelterweise
zu prüfen. Die Prüfung hat sich
jedoch auch auf die vorchrifts-
mäßige Belegung des Kassener-
mögens und auf die Verwahrung der
Wertpapiere zu erstrecken.
Der Vorstand kann bei den regelmä-
ßigen und unermittelten Prüfungen
außerdem einen Rechnungs-
verständigen zuziehen, welcher vom
Vorstande unter Vorbehalt einer
gegenseitigen dreimonatlichen Kündi-
gung bestellt wird und nicht Mitglied
der Kasse zu sein braucht. Die dem-
selben für seine Rüdewaltung zu ge-
währenden Vergütung und die sonstigen
Rechtsverhältnisse der Bestellung werden
vom Vorstande festgesetzt bzw. ver-
tragmäßig geregelt. 276/17
Vorstehende Änderung tritt mit
dem heutigen Tage in Kraft.
Rixdorf, den 3. Juni 1911.
Allgem. Ortskrankenkasse
für Rixdorf
(Ges.) Schulze, Walter,
Vorstehender. Schriftföhrer.

Für Ausflügler!
Luckenwalde.
Vorzügliche Einladestouren durch
herrliche Land- und Waldmalerei an
Direkte Verbindung vom Anhalter
Bahnhof, in circa 40 Min. zu erreichen.
Stündlich Jüge.
In näherer und weiterer Entfernung
überall leicht erreichbare, der Neuzeit
entsprechend eingerichtete Gaststätten
mit anerkannt guten Küchen.
In der Stadt selbst bieten groÙe und
kleine Lokale angenehmen Aufenthalt.
Eine Mark
wöchentliche
Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Schneiderei
nur
Frankf. Allee 75, I.
Eingang Theater Str.

Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli
A. B. KOCH
Kohlen- u. Briketts-Großhandlung
Gegr. 1893 Gegr. 1893
Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040
O 34. und 3096.
Lagerplatz 1: O., Rüdendorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Lagerplatz 3: N., Behmstr. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmöer Str.).
Tel.: Amt 3, 7736.
Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr.
Ia Sennth. Marienglück Salon 74 Pf. Ia Ilse Salon 90 Pf.
Ia Sennth. Gotthold Salon . 77 Pf. Ia Halsteine 74 Pf.
Ia Diamant Salon 90 Pf. Ia (w.) Anthracit Cadé 2.10 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115—120 Stck.)
Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 10—18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlenbilligst. Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, zerkleinert, per Zentner 1.95 M.
Bei größeren Abschlässen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.
Als besond. preiswert sind meine unübertroffenen Marienglück-Briketts
zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stck mit
7.50 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **84 Pf. pr. Ztr.**
franko bis 4 Tropfen inklusive aller Unkosten liefere.

Ohne Anzahlung!
Liefere an jedermann
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
bequemster Abzahlung
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
neueste Fassons, größte Auswahl
auf Kredit Wochenrate von 1 Mk. an
Möbel
Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Posterswaren, farbige
Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Lein- und
Bettwäsche, Stoppdecken, Saiten, Kronen, Kinder-
wagen etc. in modernster Ausführung.
S. DORN,
Ecke Linienstrasse.

S. Kaliski
Spezialgeschäft für:
**Nähmaschinen, Kinder-
wagen, Metallbettstellen.**
Friedenstraße 5, Belle-Alliance-
Straße 4, Chaussee-Str. 80, Brunnen-
Straße 173 u. 82, Frankfurter Allee 124
Oranien-Str. 2a, Sausen-Strasse 18
Charlottenburg, Scharren-Str. 2,
Wilmsdorfer Straße 131, Tegel,
Berliner Straße 18.
Singer-B. 67.50
Singer Prima
versucht bei
24.50
Bobbin ver-
sucht 145.00
Bei gröÙ. Käsen
höchst. Rabatt.
Schnellläufer
1 Jahr. Garantie.
Singer A. 55.00 Unterricht gratis.
Hygienische
Bettauf-
stattung,
Betten,
verschieb.
Schlaf-
möbel
Kastenwagen
mit Gummi-
rädern 25.00
Sportwagen
von 5.50 an
Feste Kassapr., auch bei 2 Käten
Für Nähmaschinen monatliche
Ratenzahlung gestattet.

Die billigsten Pfingstbraten
nur
Lützower Str. 5a
am Rathaus.
Schweinefleisch u. Schaf 65 u. 68 Pf.
Kohlrabi und Ramm . . . 75
Rahlschneepfer 85
Fleisch und Rindfleisch . . . 53
Kohlschneepfer und Rindfleisch . 100
Gans, Ramm, Brast 85
Schmorbraten } 100
Schlierbraten }
Kostbeef und Gilet 100
Suppenfleisch }
Fleisch, 5 Pf. gemischt 4, 4.50, 5 Pf. }
Bretelab u. Salamawurst }
je nach 1.00 Pf.
je nach 1.45 Pf.

Anzüge
und Paletots in allergrößter Auswahl, aparte, moderne
Muster neueste, vornehme Fassons, in bekannt
guten Stoffqualitäten erhalten Sie zu ganz außer-
gewöhnlich billigen Preisen im Verleihhaus feiner
Herren-Moden, Leipziger Straße 59, am Spittelmarkt.
Extra-Pfingst-Angebot:
Ein Posten zirka 500 Anzüge und Paletots
ein- und zweireihig
Serie I: Regulärer Wert bis M. 29.— jetzt M. 16.—
Serie II: Regulärer Wert bis M. 38.— jetzt M. 22.—
Serie III: Regulärer Wert bis M. 52.— jetzt M. 32.—
Wir haben diesen Posten unter Fabrikationswert er-
standen und bringen denselben mit ganz geringem
Nutzen zu obigen kolossal billigen Preisen zum Verkauf.
Verleihhaus feiner Herren-Moden
am
Leipziger Straße 59 Spittelmarkt.
Sonnabends bis 9 Uhr abends,
Sonntags v. 8—10 Uhr vormittags u. 12—2 Uhr nachm. geöffnet.

Tadellos
1 M.
wöchentliche Teilzahlung
feinere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und
feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt. | Ecke Friedenstraße.

Vorjährige feinste
Frühjahrs-Ülster
und
elegante Anzüge
jetzt 20—50 Mark.
Täglicher Verkauf.
Kavalier-Klub,
Unter den Linden 61 II.

1 MARK
wöchentliche
Teilzahlungen
Herren-Garderobe
Ersatz für Mass
Anfertigung u. Mass
Tadellos. Ausführung.
Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz
II. Geschäft:
Turm-Strasse 18
nur erste Etage
kein Laden

Geldnot
ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so
sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für
Monats-Garderoben erhalten Sie von
Millionären
Reisenden, Kavaliereu, Doktoren nur wenig getragene
reine Wolle, vielfach auf Seide gearbeitete
Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.
Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen.
Kaufhaus für Monats-Garderoben
nur **Große Frankfurter Str. 93** nur
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Keine Filialen am Platze. Versand nach außerhalb.
Abteilung II: Neue Garderoben.
Nur Große Frankfurter Straße 93

Anzüge
für Herren und Knaben
Herren-Paletots □ Damen-Konfektion
Manufakturwaren, Wäsche
gegen wöchentliche od. monatliche
Teilzahlung!
Möbel in grosser Auswahl
zu den günstigsten
Zahlungsbedingungen.
Enorm billige Preise!
Tadellose Waren □ Kleinste Anzahlung
Größte Kassa b. Arbeitslosigkeit u. Krankheitsfällen
Hans Wittkopp
Rosenthaler Strasse 33,
vis-à-vis Neue Schönhauser Strasse.

Kadda
SCHUTZ- **KADDA** MARKE.
Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette
Cigarettenfabrik „Kadda“
Berlin N. 37.

Rezepte für Haus und Familie
von Dr. R.
Gegen Hautunreinigkeiten
(Milchseife, Eiterbläschen etc.)
Man reibt abends vor Schlafengehen die Haut mit einer Mischung von
1 Eßlöffel voll Wasser und 20 Tropfen Lysoform*) ein und wäscht morgens
mit Wasser und Seife. (Nicht in die Augen reiben, da diese sonst leicht tränen.)
*) Lysoform ist überall erhältlich (grüne Flüssigkeit mit weißer Umhüllung).

Prachtvoller Blumen-Flor
wird erzielt durch Düngen mit echtem
Dr. Landmann's Blumen-Dünger.
Nachmännlich langjährig erprobt.
Voll 10 und 25 Pf. — Kleinteile 25 und 50 Pf.
1/2-Ros-Teile 1 Pf. — 1/2-Ros-Teile 3 Pf.
Nur echt in Original-Verpackung in allen ein-
zelnen Geschäften zu haben.
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark
Grammophone
mit und ohne Nadel zu spielen.
Harmoniums, Zithern auf unterer
baren Noten, Mandolinen, Gitarren, Gel-
gen, Wiener Handharmonikas usw.
M. Jahre's Musikspezialgeschäfte
I. Geschäft: Brunnenstr. 17, II. Geschäft: Moabit, Gotsdowskystr. 31,
III. Geschäft: Woldenberger Str. 2, an Greifswalder Str.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit

Turnstraße 55, Ecke Waldstr. gewährt jedem b. spielend leichter An- u. Abzahlung mehrjähriger Kredit auf Waren und Möbel.

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt Wilh. Neumann, Pappelallee 83 Waren, Möbel, Garderobe.

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick NO, Landsberger Allee 6/7.

Franz Abraham... Beste alkohol-freie Getränke. Berlin O. Hindelf. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk!... Homburger-Laden, Charl., Walf. 46

Blottner's Großbäckerei... Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Arnold Bouster's Landbrotfabrik... Alt-Glienicker bei Berlin

Großbäckerei Max Bodie... Berlin W., Schöneberg, Friedenau, Steglitz.

Engel's Landbrot... Heinersdorfer Mühle

W. Engel... Brotfabrik

Gustav Fenske, Ebbingerstr. 90... Fischer, Götterstr. 55

Feronia... Alleinig. Fabr. Gebr. Hagen

O. Pritsche... Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei... 75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Herberg, Paul, Amsterd. Str. 29... Oscar Hildebrandt, Langestr. 25

Rich. Liebenow... Rixdorf, Bergstr. 143

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Albert Manthey, Falkensteinstr. 37... Mollweide's bew. Bäckerei

Marlenburgerstr. 2... Bäckerlei 'Nordstern'

Peter's Großbäckerei... in allen Stadtteilen u. Gutlichen Vororten

Conrad Richter... Brotfabrik Nied. Schönehaus

Ulrich... C. Vogt, Weißensee

Badeanstalten... Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34

Erstes Lohntannin-Bad... Hgl. fr. Alkoholfrei, kein Extrakt

Kuranstalt M. Schulz... langjähr. I. Assistent d. ehemals

Köhn's Samariter-Bad... Frankf. Allee, 22 Rigerstr. 20

Bad Ostend... Ost-Bad, Pallasdenstr. 76

Passage-Bad... Prinszen-Bad, Prinszenstr. 42

Silesia-Bad... Spandauer Bad, Neundorf-Str. 31

Bandagen, Gummi... R. Bauke, Straßener Str. 36

Beerdig.-Anst., Sargm... Berndt, W., Pallasstr. 7

Max Fuchs... Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170

Max Fuchs... Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Beleucht.-Gegenst. Bunzel, R. Rixdorf... Kronen-Grossmann

Berufsbekleidung... A. Jarecki, Spandau

Wilh. Scholem... Kottbuserdamm 94, Keller.

Bierbrauereien, Bierh. W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei... Feinstes Doppelbier

Brauerei Königstadt... feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg... Versand- und Pilsener Bier

Groterjans... Malzbier, Schick-Allee 130

Goldbier... ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

S. D. Moewes... Hohersteinweg 67

Schlossbrauerei Schöneberg... in Gebirgen und Flüssen.

Weissbier Albert Braun... Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze... Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Butter, Eier, Käse... Butterhandlung J. F. Assmann

Butter, Eier, Käse... Butterhandlung J. F. Assmann

Fritz Bartz... F. Bartz, Pallasstr. 22

Bouillon-Würfel... Michaelis & Co. G. m. H.

Buntrock, W. Rixdorf... A. Daweritz, Schivelbeinerstr. 17

August Holz... 10 Detail-Geschäfte

Maeding, J. Markthalle, Adressat, Krasler

Schröter, R. 35... Schulz, Arthur, Rl. Hermannstr. 55

Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Gratis... Prospekt über wichtige Gesundheitsbücher

Cylix, G., Filialen... Die Fabrikate der 'Sarotti'

Seiffert, Erich... C. Senff

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Alb. Kasulke... Klein, Wilh.

Damenkonfektion... Hugo Ahrenfeldt

Max Arnsdorff... Oranienstr. 176

Holz & Ascher... O. Frankfurter Allee 68

Tobias Lewin, Schneidemeister... A. Selowsky

A. Kieper, Nowawes... Friedrichstrasse 28.

Westmann... 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

Adler-Drogerie... Adlershof Apotheke

F. Hagen 22... 10 Detail-Geschäfte

F. Hagen 22... 10 Detail-Geschäfte

W. Riesner... Ernst Schneider, Spandau

Uhlenberg... Vereinigte Pommersche Meiereien

Gratis... Prospekt über wichtige Gesundheitsbücher

Cylix, G., Filialen... Die Fabrikate der 'Sarotti'

Seiffert, Erich... C. Senff

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Alb. Kasulke... Klein, Wilh.

Damenkonfektion... Hugo Ahrenfeldt

Max Arnsdorff... Oranienstr. 176

Holz & Ascher... O. Frankfurter Allee 68

Tobias Lewin, Schneidemeister... A. Selowsky

A. Kieper, Nowawes... Friedrichstrasse 28.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Fahrräd., Nähmasch. Baum, Emil, Schöneb. Herberstr. 1

Klinik d. Westens... Krüger, Rich.

Färbereien, Wäscher... Berliner Dampf-Wäscherei

H. BERGMANN... Birkenstr. 53

Dampf-Wäscherei... E. Friedrich

Reichenbergerstr. 35... Dampf-Wäscherei 'Sport'

Gebr. Erbguth... O. Naefe

Taubert, J. Sebastianstr. 94

Fleischer u. Wurstw... Otto Arendt

W. Becker... Tegel, Brunowstr. 55

Wilhelm Behr... Wurstfabrik, Speck- und Schinkenfabrik

Danziger Fleisch-Centrale... Danziger Straße 14

Rich. Deckert... 33

Anton Fehlau... Gonthardt, Stadthahn-Ecke

Feine Fleisch- und Wurstwaren... Landsberger Str. 20

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Lebensmittel-Großhandlung

Triftstraße 8... Billigster Einkauf d. Nordens

Fleisch-u. Wurst-Centrale... Brunnenstraße 76

Gerhardt... Rixdorf

Eduard Grunwald... nur Turmstr. 37

Georg Heiter... Echte Bratenschw. u. Thüringer Wurst

Oskar Klähn... 114 Alt-Moabit 114

August Koch... Gust. Kuntze

Herm. Leucht... Wilhelm Liebherr

Otto Menzel... Merker, P.

Adolf Nagel... Max Neubert

Peter Rechel... Reimann, Frankfurter Allee 28

Oscar Röhr... Wilhelm Röhr

W. Tauche... E. Steeger

Fr. Thiel... Echte Thür. Haselwurstwaren

Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. Thiel, N. Waldenburgerstr. 73

Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. Thiel, N. Waldenburgerstr. 73

Schirme u. Stöcke, Reparaturen, Belege billigst. Gustav Gumbel, Kantstr. 64. Helmke, Paul, Burysdorferstr. 13.

Joh. Boggerow, Carl, Tepl. Weg 108. J. Bohndorf, Wrangelstr. 52. Arnold Beyer, Oberhönowstraße.

Lesevang, Now., Lindenstr. 61. Ernst Leutert, O. am Rudolphplatz 1. Lewin, Adolf, Königsstr. 43/44.

Adolf Vökel, Frank. Chaussee 196. Brunnenstr. Reimb. Wankel 163. Otto Warrtig, Triftstr. 2.

Warenhaus M. Hirsch Spandau. Weine, Liköre u. Fruchtsäfte. Hugo Beling, 50 Filialen in allen Städten.

WeiB-Wollw., Trikot. Ahlacher, Gust., Chorinerstr. 76. Max Bahn, Mühlenstr. 42.

Schaefer, Hunsleinstr. 45. M. Schaefer, S.W. Hollmannstr. 43. W. Maassonstr. 17.

Vorwärtsleser aufgepaßt!!! In der Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstr. 34 I kauft man verfallene Pfänder...

Jeder Herr, welcher schön! Ich leide und beim Einkauf sparen will, erschiele ich großen Nutzen...

Hüte, Mützen Herrenartikel Panama-Müte empfiehlt Johann Soujon, Prenzlauer Allee 219.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (schlieflich 2 fettgedruckte Worte).

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...

Verkaufe. Jahn Prozent Rabatt, 'Vorwärts', lefen Teppiche, Gardenseiler, jetzt abgelassen...